

SPD BERLIN

E N T W U R F

Wahlprogramm der SPD Berlin zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Antrag 02/I/2026

Fassung der Antragskommission
Stand 16.04.2026



Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Anpacken, damit alle profitieren..... | 1 |
| Investitionen in eine funktionierende Stadt | 1 |
| Gute Arbeit und Fach- und Arbeitskräftesicherung | 2 |
| Industrie- und Innovationsstandort Berlin..... | 5 |
| Wirtschaftsförderung vor Ort..... | 7 |
| Internationalisierung..... | 10 |
| Zuhause sein - heute und morgen | 12 |
| Mehr Wohnungen für Berlin | 12 |
| Regulierungen von Wohnraum und Mietverträgen..... | 15 |
| Unser Berlin wird sauber, grün und lebenswert | 18 |
| Sichere Mobilität für alle Berliner*innen | 21 |
| Sicherheit für ein gutes Leben..... | 26 |
| Unsere wehrhafte Demokratie schützen | 26 |
| Schutz und Sicherheit für Stadt und Menschen..... | 27 |
| Moderne und leistungsstarke Justiz..... | 30 |
| Gute Gesundheitsversorgung für alle | 31 |
| Aufsteigen mit gleichen Chancen | 35 |
| Frühkindliche Bildung, Kinder und Jugend, Familie | 35 |
| Schule, berufliche Bildung, lebenslanges Lernen..... | 38 |
| Hochschule, Wissenschaft, Forschung | 43 |
| Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie..... | 46 |
| Zusammenleben, Familie und Gleichstellung | 46 |
| Soziales Berlin..... | 50 |
| Zusammenhalt in der Einwanderungsmetropole..... | 52 |
| Kulturmetropole Berlin | 54 |
| Zuhause in der Sportmetropole | 57 |
| Verantwortung, die uns alle trägt | 59 |
| Verantwortung durch Klimaschutz und Energiewende | 59 |
| Eine starke Verwaltung – bürgernah, sozial und demokratisch..... | 61 |
| Verantwortungsvolle Haushaltspolitik..... | 64 |

1 Anpacken, damit alle profitieren

2 Berlin ist Wirtschaftskraft. Sie steht hier auf vielen Beinen: die Branchenvielfalt macht
3 unsere große Stärke aus. Wer in Berlin arbeitet, soll davon spürbar profitieren – mit guten
4 Löhnen und verlässlichen Perspektiven für einen bezahlbaren Alltag. Wir fördern Wachstum
5 zum Wohl aller und legen das Fundament für ein Leben, das sich die Menschen leisten
6 können. Wir investieren in Wirtschaftsförderung und Infrastruktur und wollen attraktive
7 Arbeitsbedingungen mit Tarifbindungen statt Lohndumping. Wir stärken unseren regional
8 fest verankerten Klein- und Mittelstand, erhöhen das industrielle Wachstum der
9 Hauptstadtregion und machen Berlin zum Innovationsstandort Nr. 1 in Europa. Dafür setzen
10 wir sowohl auf vorhandene Stärken als auch auf das große Potential von
11 Zukunftstechnologien - Gemeinsam packen wir es an für ein erfolgreiches und bezahlbares
12 Berlin!

13 Investitionen in eine funktionierende Stadt

14 Ein Jahrzehnt der Investitionen

15 Unsere Stadt hat einen massiven Investitionsbedarf. Einerseits müssen wir die bestehende
16 Infrastruktur modernisieren – ob Brücken und Straßen, Krankenhäuser, Feuerwehr- und
17 Polizeiwachen oder Schulen. Vieles ist in die Jahre gekommen und braucht dringend Sanierung.

18 Andererseits erzwingen die Veränderungen in unserer Zeit neue, große Investitionen. Der Zuzug
19 hunderttausender Menschen macht einen historischen Wohnungsneubau notwendig. Der
20 Klimawandel verlangt entschlossene Investitionen in die Energie- und Wärmewende sowie in die
21 Klimaanpassung. Und der technologische Wandel erfordert Investitionen in die Digitalisierung.

22 Schon seit Jahren sorgt die SPD Berlin dafür, dass das Land die Investitionen aus dem Haushalt und
23 aus dem zusätzlich eingerichteten Sondervermögen Infrastruktur und Wachsende Stadt (SIWA)
24 deutlich erhöht. Das von der SPD auf Bundesebene im Jahr 2025 durchgesetzte Sondervermögen
25 Infrastruktur ermöglicht nun eine weitere Steigerung, damit wir den investiven Herausforderungen
26 gerecht werden.

27 In der nächsten Wahlperiode muss deshalb die Umsetzung im Mittelpunkt stehen: die Investitionen
28 müssen auf die Straße kommen. Dafür brauchen wir effektives Verwaltungshandeln – und vor allem
29 politische Konstanz. Wir wollen die Erneuerung und den bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur
30 im Leitungsnetz und bei den Verkehrswegen beschleunigen. Deshalb bündeln wir die
31 Planungsabteilungen und den Baubetrieb der landeseigenen Betriebe an einer Stelle. Denn dauernde
32 Ziel- und Planänderungen sind Gift für den Investitionserfolg. Dabei werden alle Investitionen
33 konsequent gleichstellungspolitisch ausgerichtet. Denn: Mit guter Infrastruktur stärken wir
34 Geschlechtergerechtigkeit und entlasten insbesondere Menschen mit hohem Sorgearbeitsanteil –
35 häufig Frauen. Mit Gender Mainstreaming fördern wir Teilhabe, bauen Ungleichheiten ab und
36 stärken die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen.

37 Unser Ziel ist klar: In der nächsten Regierung werden wir ein Jahrzehnt der Investitionen gestalten.
38 Wenn die Investitionen sichtbar und fertig werden, stärken wir das Vertrauen der Berliner*innen in
39 einen handlungsfähigen Staat und damit letztlich in die Demokratie.

40 Unsere Investitionsschwerpunkte

41 Wir halten Investitionen vor allem in sieben Schwerpunkten für notwendig. Das spiegelt sich auch in
42 der Belegung des Sondervermögens des Bundes wider:

43 Erstens der Wohnungsneubau (→ siehe Kapitel [Mehr Wohnungen für Berlin](#)).

44 Zweitens die Sanierung unserer Straßen und Brücken sowie der Umbau zu nachhaltigem Verkehr mit
45 Schwerpunkt ÖPNV (→ siehe Kapitel [Sichere Mobilität für alle Berliner*innen](#)).

46 Drittens die Investitionen in die Energie- und Wärmewende, Klimaschutz und Klimaanpassung (→
47 siehe Kapitel [Klimaschutz](#)).

48 Viertens Sanierung und Neubau von Schulen, Kitas und sozialer Infrastruktur in den Kiezen (→ siehe
49 Kapitel [Die Schulbauoffensive fortsetzen](#)).

50 Fünftens die Sanierung unserer Krankenhäuser (→ siehe Kapitel [Die Krankenhausversorgung sichern](#)),
51 Hochschulen und Forschungsinfrastruktur (→ siehe Kapitel [Sicherung der Hochschul- und](#)
52 [Wissenschaftsfinanzierung](#)).

53 Sechstens die Sanierung unserer Verwaltungsgebäude, Feuerwehr- und Polizeiwachen (→ siehe
54 Kapitel [Bürgernahe Polizei und Feuerwehr](#)).

55 Und siebentens Investitionen in die Digitalisierung:

56 Transformation in die Digitalgesellschaft

57 Beim Ausbau digitaler Infrastruktur, insbesondere der Netze, liegt die Zuständigkeit weitgehend beim
58 Bund. Berlin trägt jedoch auch Verantwortung: Wir koordinieren die vielen Baustellen und
59 entwickeln Anwendungen, die Verwaltung erreichbarer, schneller, produktiver und ansprechbarer
60 machen sollen (→ siehe Kapitel [Eine starke Verwaltung](#)).

61 Bis zum Ende der kommenden Wahlperiode soll Berlin über eine leistungsfähige Infrastruktur
62 verfügen, in der Start-Ups, technologiebasierte Unternehmen, Künstliche Intelligenz und Open Data
63 ein ebenso bedeutendes Cluster bilden wie Gesundheit.

64 Als Land beschleunigen wir den flächendeckenden Glasfaser-Ausbau. Deshalb verstärken wir
65 Förderanreize dort, wo Telekommunikationsunternehmen derzeit nicht eigenwirtschaftlich
66 ausbauen.

67 Gute Arbeit und Fach- und Arbeitskräftesicherung

68 Gute Arbeit, das bedeutet: in Würde selbstbestimmt leben können und teilhaben am
69 gesellschaftlichen Miteinander. Sicher, gesund und diskriminierungsfrei. Nur wo das funktioniert,
70 funktioniert auch die Demokratie. Nur so entsteht Zusammenhalt, auch über Unterschiede hinweg.
71 Deshalb entwickeln wir Berlin zu einem fairen, vielfältigen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort,
72 an dem soziale Gerechtigkeit und ökonomischer Fortschritt Hand in Hand gehen.

73 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

74 Dazu gehört, dass Männer und Frauen in unserer Stadt endlich gleich bezahlt werden. Wir schließen
75 den Gender Pay Gap. Europäisches Recht schafft dafür bereits heute die Grundlage. Wir setzen uns
76 dafür ein, dass die EU-Entgelttransparenzrichtlinie auch in Deutschland Gesetz wird. Unser Ziel sind

77 geschlechtergerechte Unternehmenskulturen, die gleiche Verwirklichungschancen für alle
78 Geschlechter garantieren.

79 Durch Qualifizierung Potentiale aktivieren

80 Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist angespannt - viele Unternehmen bauen Stellen ab und
81 auch in Berlin ist die Arbeitslosigkeit gestiegen. Deshalb brauchen wir eine Offensive bei der
82 Qualifizierung. Denn Digitalisierung, demografischer Wandel und klimagerechte Transformation
83 verändern die Arbeitswelt.

84 Mit der Fachkräftestrategie unterstützt das Land Unternehmen dabei, ungenutzte Potenziale zu
85 aktivieren – etwa bei Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und älteren Beschäftigten und
86 Menschen mit Behinderungen bzw. chronischen Erkrankungen.

87 Wir wollen die Erwachsenenbildung stärken (→ siehe Kapitel [Erwachsenenbildung](#)) und machen
88 akademische Weiterbildung zur hoheitlichen Aufgabe der Hochschulen (→ siehe Kapitel [Moderne
89 Studienbedingungen schaffen](#)).

90 Außerdem bauen wir Weiterbildungs- und Ausbildungsverbünde aus und fördern
91 sozialpartnerschaftliche Projekte. Mit dem Sozialpartnerdialog Berlin entsteht ein dauerhaftes
92 Forum, in dem Gewerkschaften, Arbeitgeber und Politik gemeinsam die Zukunft der Arbeit gestalten.
93 Wir werden in allen Berliner Stadtbezirken Beauftragte für Gute Arbeit und Ausbildung einführen und
94 finanziell absichern. Wir wollen den DGB-Index Gute Arbeit unterstützen und dessen Auswertung für
95 Berlin fortführen.

96 Gleichzeitig fördern wir branchen- und berufsübergreifend die KI-Kompetenzen von Beschäftigten
97 und stärken ihre Rechte bei der Anwendung von KI in Unternehmen.

98 Aktive Arbeitsmarktpolitik und Teilhabe

99 Über 200.000 Menschen sind in Berlin arbeitslos gemeldet. Das ist für uns kein Zustand, sondern eine
100 Aufgabe. Langzeitarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen wir durch aktive
101 Arbeitsmarktpolitik und fördern dabei zugleich soziale Inklusion. Bewährte Programme wie JOB
102 POINTs, Bildungsberatung Berlin, JobCoaching Berlin und das Berliner Arbeitslosenzentrum (BALZ)
103 werden fortgeführt. Dabei nehmen wir geschlechtsspezifische Hürden beim Zugang zum
104 Arbeitsmarkt gezielt in den Blick. Wir stärken den beruflichen Wiedereinstieg nach Familien- oder
105 Pflegezeiten, bauen Beratungs- und Qualifizierungsangebote insbesondere für Frauen aus und
106 fördern den Übergang in existenzsichernde Beschäftigung.

107 Um die öffentlich geförderte Beschäftigung zu stärken, wollen wir jährlich 500 neue Arbeitsplätze im
108 Förderprogramm "Soziale Betriebe" schaffen: Diese Betriebe beschäftigen langzeitarbeitslose
109 Menschen sozialversicherungspflichtig in marktnahen Tätigkeitsfeldern. Das neue Projekt „Familien
110 in Arbeit“ schafft neue Perspektiven, insbesondere für Alleinerziehende.

111 Tariflöhne statt Lohndumping

112 Wir fördern Tarifbindung und Mitbestimmung. Sie sind der Garant für gute Arbeitsbedingungen. 80%
113 der Berliner Arbeitnehmer*innen sollen tarifgebunden arbeiten. Dazu bauen wir das Tarifregister aus
114 und digitalisieren es. Wir erarbeiten einen regionalen Aktionsplan für mehr Tarifbindung, um das von
115 der EU geforderte 80% zu erreichen.

116 Berlin setzt mit dem Vergabe- und Landesmindestlohn schon jetzt Maßstäbe für faire Bezahlung im
117 öffentlichen Auftragswesen. Wir verschärfen die Durchsetzung von Tariftreue und
118 Vergabemindestlohn, um Lohndumping zu verhindern und öffentliche Gelder konsequent an soziale
119 Standards zu binden.

120 Auch Förderungen des Landes Berlin werden wir an Tarifbindung und Mitbestimmung koppeln.
121 Zusätzlich wollen wir unsere Industrie stärken, indem wir regionale Wertschöpfung mit Local
122 Content-Regeln in Vergaben und bei Förderungen bevorzugen.

123 Entschlossen gegen die Behinderung von Betriebsräten vorgehen

124 Wir schaffen eine Betriebs- und Personalrätekonferenz für den direkten Dialog zwischen Politik,
125 Gewerkschaften und Betrieben. Wir stärken die Schwerpunktabteilung in der Staatsanwaltschaft, die
126 Angriffe auf Mitbestimmung (Union Busting) konsequent verfolgt. Die Behinderung von
127 Betriebsratsarbeit soll durch Bundesgesetz ein Officialdelikt werden.

128 Darüber hinaus stärken wir die Netzwerkstelle Gute Arbeit (Joboption Berlin), um eine unabhängige
129 Arbeitnehmersvertretung zu fördern. Mit einer Machbarkeitsstudie wollen wir zusammen mit den
130 Gewerkschaften die Einrichtung einer Arbeitskammer Berlin prüfen. Wo es rechtlich möglich ist,
131 wollen wir das Landespersonalvertretungsgesetz auf Religionsgesellschaften ausgedehnen, um auch
132 hier gute Arbeit zu sichern.

133 Berlin und Brandenburg: Eine starke Hauptstadtregion schaffen

134 Zusammen mit Brandenburg schaffen wir eine gemeinsame Wirtschafts- und Arbeitsmarktregion, die
135 von fairen Löhnen, Tarifbindung und guten Arbeits- und Ausbildungsbedingungen getragen wird.
136 Dazu initiieren wir einen verbindlichen Steuer- und Standortdialog mit Brandenburg für faire
137 Standortbedingungen in der Metropolregion und eine Industrieentwicklung in der Hauptstadtregion
138 insgesamt. Wir wollen ein gemeinsames Vorgehen beim Gewerbesteuerhebesatz, einheitliche
139 Tariftreuregelungen und Local-Content-Regeln und eine gemeinsame Standortpolitik mit
140 Brandenburg. Und wir verbessern die Anbindung Berlins an Brandenburg (→ siehe Kapitel
141 [Bezahlbarer und sicherer ÖPNV](#)). Die Entwicklung neuer Gewerbe- und Industrieflächen in der
142 Hauptstadtregion wollen wir zusammen denken.

143 Duale Ausbildung stärken und Azubi-Wohnraum schaffen

144 Wir fördern die duale Ausbildung. Denn gute Arbeit beginnt mit einer guten Ausbildung. Deshalb
145 schaffen wir ein Azubi-Werk nach dem Vorbild anderer großer Städte. Es soll die Auszubildenden in
146 Berlin beraten, vernetzen und unterstützen und vor allem bezahlbaren Wohnraum für sie schaffen.
147 Denn kaum ein Azubi kann sich in Berlin aus eigener Kraft Wohnraum leisten. In das Azubi-Werk
148 beziehen wir die Sozialpartner ein, damit sich die Arbeitgeber beteiligen.

149 Außerdem finanzieren wir das Azubi-Ticket weiter und setzen die Ausbildungsplatzumlage um. Damit
150 fördern wir die Solidarität der Betriebe untereinander: Wer nicht ausbildet, finanziert die
151 Ausbildungskosten in den Betrieben, die sich engagieren.

152 Wir verbessern die Berufsorientierung, die Ausbildungsberatung und den Übergang von Schule zu
153 Beruf.

154 Das Beratungszentrum für Gute Arbeit und Ausbildung (BEMA) wird ausgebaut und vernetzt. Um die
155 Ausbeutung von Auszubildenden aus Drittstaaten zu stoppen, schaffen wir eine neue Anlaufstelle,
156 die Beratung, Kontrolle und Strafverfolgung bündelt.

157 Landesunternehmen gehen mit gutem Vorbild voran

158 Gute Arbeit braucht gute Vorbilder. Das Land Berlin geht deshalb als Arbeitgeber voran. Alle
159 Landesunternehmen sind tarifgebunden und es wird keine Ausgründungen aus öffentlichen
160 Unternehmen zum Zweck der Tarifflicht geben. Bereits erfolgte Ausgründungen, um Personalkosten
161 zu senken oder die Mitbestimmung einzuschränken, machen wirtückgängig.

162 Zudem wollen wir die Berliner Verwaltung dabei unterstützen, Arbeitszeiten im Sinne der
163 Beschäftigten flexibler zu machen, indem wir diese Themen mit unseren Partner*innen in der
164 Mitbestimmung sowie den Gewerkschaften diskutieren und sie in Modellprojekten weiterentwickeln
165 (→ siehe Kapitel [Attraktive Arbeit im öffentlichen Dienst](#)). Die für den Arbeitsschutz zuständige
166 Aufsichtsbehörde werden wir stärken. In Unternehmen, die sich nicht an die geltenden Regeln
167 halten, soll sie die Aufzeichnung von Arbeitszeit durch Anordnung durchsetzen.

168 Berlin als europäische Hauptstadt der Guten Arbeit

169 Nicht zuletzt soll Berlin als europäische Metropole und Vorbild für Gute Arbeit in Europa
170 europapolitische Initiativen begleiten, etwa den EU-Fahrplan für Gute Arbeit, Regelungen zur
171 Beschäftigung von Drittstaatenangehörigen und zur Plattformarbeit.

172 **Industrie- und Innovationsstandort Berlin**

173 Innovationsstandort Nr. 1 in Europa

174 Innovationen sind der Schlüssel für zukünftiges Wachstum sowie für gute und sichere Arbeitsplätze
175 in unserer Region. Berlin hat schon heute ein einzigartiges Ökosystem aus Wissenschaft, Forschung,
176 Technologieunternehmen, Startups, Handwerk und produzierendem Gewerbe. In vielen Branchen
177 sticht die Stadt mit neuen, weltweit beachteten Innovationen und Kreativität hervor. Diesen Weg
178 setzen wir fort – und machen Berlin zum Innovationsstandort Nummer 1 in Europa.

179 Zukunftsbranchen in Berlin

180 Die Zukunft Berlins entsteht dort, wo Innovation auf Gemeinsinn trifft. Deshalb stärken wir
181 besonders die Zukunftsbranchen und Spitzentechnologien in den Bereichen Lebenswissenschaften
182 und Gesundheit, Künstliche Intelligenz und DeepTech, Bahntechnik und autonome Mobilitätsformen,
183 Umwelt- und Klimaschutz, Games, Finanzdienstleistungen, Verteidigung und Resilienz, Luft- und
184 Raumfahrt, sowie den Bereich Governance Technology zur Digitalisierung von Dienstleistungen und
185 Prozessen im öffentlichen Sektor. Die erfolgreiche gemeinsame Innovationsstrategie mit
186 Brandenburg entwickeln wir weiter.

187 Unser Grundsatz bleibt: Neue Technologien sollen nicht nur neue Werte schaffen, sondern auch
188 bestehende Potenziale entfalten. Deshalb schreiben wir die Erfolgsgeschichte der Berliner
189 Zukunftsorte fort und entwickeln neue Hubs für Innovation und Zusammenarbeit.

190 Berlin ist heute schon ein international führender Ort der Gen- und Zelltherapien. Gemeinsam mit
191 dem Land Brandenburg wollen wir eine Strategie für die gemeinsame Region entwickeln, die humane
192 und grüne Biotechnologien voranbringt. Wir bauen die Urban Tech Republic in Tegel aus, machen
193 den ehemaligen Flughafen Tempelhof (→ siehe Kapitel [Eine Perspektive für Tegel und Tempelhof](#))
194 nutzbar, realisieren Siemensstadt Square in Spandau und CleanTech Marzahn und revitalisieren das

195 Internationale Congress Centrum - ICC (→ siehe Kapitel [Das ICC wieder zum Leben erwecken](#)). So
196 etablieren wir diese Orte als Motoren für neue Wirtschaftskraft, Innovationen und Teilhabe.

197 Wissenschaft trifft Wirtschaft

198 Nach der erfolgreichen Errichtung neuer Hubs – etwa House of Finance and Tech, House of Games
199 und AI Berlin Hub – setzen wir noch stärker auf vernetzte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft
200 und Wirtschaft. Wir richten den Fokus deutlich stärker auf Ausgründungen aus den Berliner
201 Hochschulen (→ siehe Kapitel [Forschungs- und Wissenstransfer verbessern](#)). Um die Wirtschaft
202 besser in den Technologietransfer einzubinden, schreiben wir die Berliner Reallaborstrategie fort,
203 unterfüttern sie finanziell und setzen einen klaren Schwerpunkt auf Produkte „Made in Berlin“.

204 Innovation durch Vielfalt

205 Die Berliner Wirtschaft wächst seit Jahren stärker als der Bundesdurchschnitt. Dieses Wachstum
206 wollen wir weiter befördern und Berlin im Ländervergleich weiter nach vorne bringen. Wir machen
207 migrantisches Unternehmertum sichtbarer und unterstützen es. Gründungsberatungen bauen wir in
208 ihrer Mehrsprachigkeit und mit digitalen Tools aus.

209 Für uns gehören eine starke Wirtschaft und gute, mitbestimmte Arbeit untrennbar zusammen.
210 Außerdem nehmen wir die Situation der Soloselbstständigen stärker in den Blick und verbessern die
211 Rahmenbedingungen, z.B. durch den Ausbau von bezahlbareren, öffentlichen Co-Working-Spaces in
212 den Bezirken.

213 Berlin – Gründungsmetropole Nummer 1

214 Berlin ist schon heute Gründungsmetropole Nummer 1 in Deutschland und in Europa auf vorderen
215 Plätzen. Für uns ist Gründen auch eine Form des Aufstiegs – durch Start-Ups. Durch diese
216 Gründungen sollen tarifgebundene Jobs mit guten Arbeitsbedingungen entstehen. Wir richten
217 Förder- und Unterstützungsstrukturen noch stärker auf Gründungen durch Frauen und in
218 Zukunftsbranchen aus. Den Zugang zu Fördermitteln und Risikokapital für Frauen erleichtern wir,
219 damit der Anteil weiblicher Gründungen weiter steigt: Wir fördern Frauen in Führungspositionen.

220 Die Berliner Startup Agenda schreiben wir fort. Dabei setzen wir einen stärkeren Fokus auf die
221 Vorgründungsphase, die Wachstumsphase und Kooperationen mit Unternehmen, Hochschulen sowie
222 Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen (→ siehe Kapitel [Spitzenleistungen durch mehr
223 Kooperation](#)) in der Metropolregion.

224 Berlins Kreativwirtschaft – Motor und Markenzeichen der Hauptstadt

225 Berlin ist Deutschlands Hotspot der kreativen Industrie – vom Verlagswesen über Musik und Games
226 bis zu Mode und Design. Die Berliner Fashion Week stärken wir als internationalen Leuchtturm, der
227 sich an Nachhaltigkeit orientiert. Zudem unterstützen wir ein House of Fashion als neuen Ankerpunkt
228 der Branche. Berlin ist weltweit als UNESCO City of Design anerkannt. Für mehr Sichtbarkeit der
229 Berliner Designwirtschaft etablieren wir eine jährliche Design-Konferenz.

230 Berlins Clubs sind ein einmaliger Anziehungspunkt für Talente aus aller Welt. Für die Clubwirtschaft
231 initiieren wir erstmals eine Spielstättenförderung und setzen Empfehlungen aus der Berliner
232 Strategie zur Berliner Nachtökonomie um. So sichern wir Clubs langfristig.

233 Die Berliner Gamesförderung führen wir fort und ergänzen sie um eine neue E-Sports-Förderung. Ein
234 besonderes Augenmerk legen wir dabei auf Gesundheit und Prävention im Gaming und E-Sport. Das

235 E-Sports-Team Berlin sowie die Berliner Breitensportvereine im E-Sport unterstützen wir langfristig.
236 Dabei öffnen wir auch städtische Räume für Gaming-Veranstaltungen.

237 Digitalisierung in und für Berliner Unternehmen

238 Mit der neu ausgerichteten Digitalagentur Berlin bauen wir kostenlose Beratungsangebote aus –
239 besonders zu Cybersicherheit und Resilienz. Zusätzlich etablieren wir dauerhaft
240 Digitalisierungslots*innen in den bezirklichen Wirtschaftsförderungen. So wird Erstberatung vor Ort
241 leichter und Digitalisierungsprojekte kommen schneller in die Umsetzung.

242 Wir setzen den DIWI – den digitalen Wirtschaftsservice der Berliner Verwaltung – um und bieten
243 noch mehr Leistungen digital an. Außerdem setzen wir mit digitalen Tools ein modernes
244 Vergaberecht um.

245 Wir stehen zur Industriestadt Berlin

246 Wir bekennen uns zur Industriestadt Berlin und den über 100.000 Beschäftigten, die damit
247 verbunden sind. Wir gestalten die Transformation der Berliner Industrie in einem sich wandelnden
248 Umfeld aktiv. Steigende Energiepreise und globale Krisen erhöhen den Druck, schneller zu einer
249 verlässlichen, bezahlbaren und CO₂-neutralen Produktion zu kommen. Berlin bringt dafür beste
250 Voraussetzungen mit: eine starke Forschungslandschaft und enge Kooperation mit Brandenburg.
251 Diese Potenziale nutzen wir gezielt – für starke industrielle Entwicklung und gute Arbeit. Die Berliner
252 Sozialdemokratie bleibt auch industriepolitisch eine fortschrittliche Kraft und stärkt Tarifbindung und
253 Mitbestimmung (→ siehe Kapitel [Tariflöhne statt Lohndumping](#)).

254 Industrielle Skalierung erhöhen

255 Grundlage der Berliner Industriepolitik sind drei Industriebereiche: Mobilität, Energietechnik sowie
256 Pharma/Medizintechnik. Hinzu kommen Zukunftsindustrien wie Luft- und Raumfahrt, Halbleiter und
257 Künstliche Intelligenz und Robotik. Hier schaffen wir deutlich mehr Vernetzung zwischen Innovations-
258 und Digitalwirtschaft, Handwerk, Industrie und Forschung entlang von Wertschöpfungsketten. So
259 ermöglichen wir die industrielle Skalierung in der Hauptstadtregion.

260 Für diese Vernetzung nutzen wir den Steuerungskreis Transformation der Berliner Industrie (SKIP)
261 stärker. Wir setzen auf gleichberechtigte Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und
262 Gewerkschaften. Ein regelmäßiger Austausch mit großen Industrieunternehmen und Sozialpartnern
263 soll schnelle, direkte Entscheidungen ermöglichen.

264 Industriegebiete sichern und soziale Infrastruktur ermöglichen

265 Die Sicherung und Entwicklung von Gewerbeflächen richtet sich nach dem Stadtentwicklungsplan
266 Wirtschaft 2040. Gleichzeitig erschwert die Wohnraumkrise die Gewinnung von Fachkräften. Deshalb
267 sollen auf ausgewählten Gewerbeflächen – unter Beteiligung der Sozialpartner – auch spezifisch
268 ausgewiesener Wohnraum und soziale Infrastruktur für Fachkräfte und Auszubildende entstehen
269 können.

270 Wirtschaftsförderung vor Ort

271 Eine gute und nachhaltige Wirtschaftspolitik braucht lokale Verankerung. Sie soll zum Mitmachen
272 anregen und in den Bezirken mitgestaltet werden.

273 Regionale Wirtschaftsförderung und Mittelstand

274 Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen werden wir die Vergaben öffentlicher
275 Aufträge entbürokratisieren und vereinfachen. Beim Bund setzen wir uns weiter für eine Ausweitung
276 der GRW-Förderung zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur ein. Zugleich brauchen wir eine
277 verlässliche Zusage zur Kontinuität in den kommenden Jahren. Unser Ziel ist, Investitionen in die
278 Infrastruktur der Metropolregion zu forcieren.

279 Unser besonderes Augenmerk gilt dem Berliner Mittelstand, der fest in unserer Stadt verwurzelt ist.
280 Mittelstandsunternehmen brauchen Planungssicherheit, klare rechtliche Rahmenbedingungen,
281 Zugang zu Fachkräften und Finanzierung, ein faires Wettbewerbsumfeld und eine verlässliche
282 Infrastruktur. Dafür stärken wir Netze und setzen uns für wettbewerbsfähige Energiepreise ein.

283 Wirtschaftsförderung auf allen Ebenen

284 Die bezirklichen Wirtschaftsförderungen sind oft die erste Anlaufstation für Berliner Unternehmen.
285 Deshalb stellen wir sie in allen Bezirken personell und finanziell besser auf und stärken sie gezielt.

286 Das Engagement vieler Unternehmer*innen in bezirklichen Netzwerken prägt den
287 Wirtschaftsstandort Berlin in herausragender Weise. Händler*innengemeinschaften ermöglichen
288 Austausch und Kooperationen – und sie sind ein Garant für nachhaltiges Wachstum. Wir stabilisieren
289 bestehende Netzwerke dauerhaft und erleichtern neue Gründungen und neue
290 Händler*innengemeinschaften durch einfachere Netzwerkförderung.

291 Berlin Partner für Wirtschafts- und Technologieförderung

292 Berlin ist für viele internationale Unternehmen die Plattform, um europäische und internationale
293 Märkte zu erschließen. Unsere Wirtschaftsfördergesellschaft Berlin Partner erfüllt bei Ansiedlungen
294 eine Schlüsselfunktion und repräsentiert den Standort weltweit. Wir stärken Berlin Partner als
295 zentrale Ansprechstelle für Bestandsunternehmen, als Begleiterin für europäische und internationale
296 Neuansiedlungen und als Unterstützerin der Bezirke. Dabei bauen wir besonders den Business
297 Immigration Service aus und verringern bürokratische Hürden, um internationale Fach- und
298 Arbeitskräfte leichter anzuwerben.. Die Internationalität Berlins und die vielen ethnischen
299 Gemeinschaften in unserer Stadt nutzen wir gezielt für die Anwerbung von Fachkräften. Wir
300 entwickeln gezielt Programme für Frauen in Wirtschaft und Unternehmertum, um ihre Chancen und
301 Sichtbarkeit zu erhöhen.

302 Berliner Einzelhandel – eine Berliner Besonderheit

303 Wir erhalten und stärken die ökonomische Vielfalt in allen Berliner Stadtteilen. Stationärer
304 Einzelhandel, vielfältige Gastronomie- und Kulturangebote beleben Kieze und schaffen Begegnung –
305 zwischen Berliner*innen und Gästen aus aller Welt. Um Einkaufsstraßen attraktiver zu machen,
306 setzen wir die Empfehlungen des Berliner Zentrenpfeils konsequent um und stärken lokale
307 Selbstorganisation. Umsatzeinbußen für die Gewerbetreibenden in Folge von Baustellen wollen wir
308 abmildern. Daher wollen wir die finanziellen Mittel für die Überbrückungshilfe im nötigen Umfang
309 sicherstellen.

310 In allen 12 Bezirken ermöglichen wir die Gründung von Standortgemeinschaften (BIDs) und
311 lebendigen Bündnissen aus Gastronomie, Gewerbe, Kultur, Anwohner*innen und Eigentümer*innen.
312 Das neue Berliner Landesgaststättengesetz setzen wir um, damit Unternehmen und Verwaltung
313 entlastet werden.

314 Das Berliner Ladenöffnungsgesetz ermöglicht derzeit bis zu acht verkaufsoffene Sonntage im Jahr.
315 Wir wollen die Ausschöpfung im Einvernehmen mit den Gewerkschaften regeln. Die betreffenden
316 Sonntage wollen wir früher bekannt geben, sodass Händler*innen, ihre Beschäftigten und Familien
317 langfristig und sicher planen können.

318 Lebendige Kieze mit bezahlbaren Gewerbeflächen

319 Um Bezirke und Verwaltungen eng zu begleiten, etablieren wir den Zentrenipfel dauerhaft als
320 Austauschplattform zwischen lokalen Akteur*innen, Bezirken und Landespolitik. Wir erhalten den
321 Mix aus Gewerbe, Dienstleistungen und Kultur in unseren Kiezen und schützen Unternehmen vor
322 Verdrängung. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene für gesetzliche Regelungen ein, mit denen wir
323 bezahlbare Gewerbemieten durchsetzen können.

324 Zugleich gehen wir den Weg weiter, mit städtisch kontrollierten Flächen bezahlbare Angebote zu
325 schaffen. Mit aktiver Flächenpolitik treiben wir städtische Gewerbehöfe voran – mit klarer
326 Zeitplanung und auskömmlicher Finanzierung. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode bauen
327 wir drei weitere kommunale Gewerbehöfe und leisten so einen spürbaren Beitrag zur Entlastung der
328 Berliner Unternehmen.

329 Eine Weltmetropole braucht Handwerk in der Stadt. Handwerk, urbane Produktion und junge
330 Unternehmen können sich gegenseitig beflügeln. So halten wir Gewerbe in der Stadt und siedeln
331 Neues an. Auch die Dienstleistungsbranchen, die in den letzten Jahren maßgeblich zum
332 überdurchschnittlichen Wachstum Berlins beigetragen haben, stärken wir gezielt mit zusätzlichen
333 Investitionen.

334 Fairer Handel und Einzelhandel

335 Mit dem Aktionsplan Fairer Handel stärken wir Berlin als Fairtrade-Hauptstadt. Wir bauen Strukturen
336 für faire öffentliche Beschaffung aus, fördern solidarische und gemeinwohlorientierte
337 Wirtschaftsmodelle und stärken nachhaltige Kreislaufwirtschaft. Wir unterstützen die Wirtschaft
338 dabei, zirkuläres Wirtschaften umzusetzen. Verwendete Produkte und Materialien sollen lange wie
339 möglich, z.B. durch Reparieren und Recycling im Kreislauf zu halten. Unsere Wirtschaftsförderung
340 richten wir an den Rahmenbedingungen der Berliner entwicklungspolitischen Leitlinien aus.

341 Berlin lebt von Kunst, Handwerk und Gastfreundschaft

342 Berlin ist Europas größter Kunstproduktionsstandort. Deshalb ermöglichen wir stärkere Kooperation
343 zwischen Produktion und Präsentation von Kunst und Handwerk. Dafür braucht es neue
344 Förderansätze und gemeinschaftlich nutzbare Infrastrukturen, wie z.B. Atelier- und Proberäume.

345 Gastronomie, Hotellerie und touristische Attraktionen sind mehr als ein Wirtschaftsfaktor: Sie sind
346 Wohnzimmer der Berliner*innen und Gastgeber*innen für die Welt (→ siehe Kapitel [Tourismus fördern](#)). Wir unterstützen den DEHOGA dabei, mit dem HOGA-Campus einen modernen
347 Bildungsstandort für das Hotel- und Gaststättengewerbe zu schaffen.
348

349 Familienunternehmen – das Rückgrat der Berliner Wirtschaft

350 Familienunternehmen gestalten sozialen und ökologischen Fortschritt mit. Wir sichern die Berliner
351 Nachfolgezentrale und stärken so die Unterstützung bei Unternehmensnachfolge. Dabei schlagen wir
352 eine Brücke zu Berliner Gründungswilligen und vereinfachen den Zugang zu Innovations- und
353 Investitionsförderung.

354 **Internationalisierung**

355 Berlin ist Deutschlands größtes internationales Wirtschaftszentrum

356 Ein Viertel der Berliner*innen hat eine ausländische Staatsangehörigkeit, Fachkräfte kommen aus
357 über 170 Nationen. Internationale Kultur- und Kreativwirtschaft, Start-Ups sowie Tech-, Gesundheits-
358 und Life-Science Branchen prägen Berlins globale Stärke.

359 Unsere Außenwirtschaftspolitik setzt auf fairen, nachhaltigen Handel. Sie vertieft Beziehungen zu
360 Partnern weltweit – darunter USA, China, Indien, Mexiko, Brasilien, den Ländern Nordafrikas und
361 Sub-Sahara-Afrikas sowie EU, besonders Polen und Ukraine – und fördert Kooperationen mit
362 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Globalen Süden. Zugleich stärkt sie Berlins Attraktivität für
363 Investor*innen, Fachkräfte und neue Unternehmen mit guten Arbeitsplätzen.

364 Mit gezielten Maßnahmen zeigen wir: Berlin ist Hauptstadt internationaler Innovationen.
365 Weltoffenheit, Kreativität und Mut machen die Stadt stark. Internationalität bleibt Kern
366 sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik – für mehr Wachstum, gute Arbeit und ein modernes Berlin.

367 Berlins Internationalisierungskonzept zur Strategie ausbauen

368 Wir entwickeln eine umfassende Strategie zur wirtschaftlichen Internationalisierung aufbauend auf
369 unserem Internationalisierungskonzept für die Berliner Wirtschaft. Sie soll globale Marktpotenziale
370 nutzen und zugleich Berliner Unternehmen stärken. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen
371 unterstützen wir beim Ausbau internationaler Aktivitäten. Das erreichen wir mit mehr
372 Auslandsrepräsentanzen, dem Ausbau bestehender Auslandsbüros und der Erweiterung des
373 Programms für internationale Wirtschaftskooperationen.

374 Unsere Außenwirtschaft mit aufstrebenden Märkten intensivieren

375 Unsere Außenwirtschaftspolitik setzt auf aktiven, gerechten und zukunftsorientierten Handel. Wir
376 bauen Wirtschaftsbeziehungen zu unseren wichtigen Partnern aus und intensivieren die
377 Wirtschaftsbeziehungen mit aufstrebenden Märkten in Indien, Mexiko, Brasilien und den Ländern
378 Nordafrikas und Sub-Sahara-Afrikas. Die Verbindungen zur Ukraine und innerhalb der EU, besonders
379 zu Polen, vertiefen wir. Wir machen Berlin für internationale Ansiedlungen und Fachkräfte
380 attraktiver. Dafür schaffen wir Rahmenbedingungen, die Unternehmen mit guten Arbeitsplätzen
381 ermöglichen und Wissensaustausch fördern.

382 Berlin als führenden Messe- und Kongressstandort voranbringen

383 Wir holen mehr Großveranstaltungen in die Hauptstadt. Sie bringen Einnahmen für die Stadt und
384 schaffen Arbeitsplätze. Dafür modernisieren wir das Messegelände und passen es an die Bedürfnisse
385 internationaler Formate an. Zudem fördern wir das Kongressgeschäft stärker – durch strategische
386 Investitionen und die Weiterentwicklung des Kongressfonds.

387 Das ICC wieder zum Leben erwecken

388 Unser ICC bauen wir gemeinsam mit privaten Partnern aus dem internationalen Konzeptverfahren zu
389 einem Zentrum für Kultur-, Kreativwirtschaft und Großveranstaltungen aus und machen es wieder
390 zum Magneten für Berlinerinnen, Berliner und Gäste. Am Standort schaffen wir auch innovative
391 Arbeitsplätze – gerade in der digitalen Wirtschaft.

392 Tourismus fördern

393 Tourismus ist eine unverzichtbare wirtschaftliche Säule Berlins. Nationale und internationale Gäste
394 sollen noch attraktivere Angebote erhalten und Berlin leichter erreichen können (→ siehe Kapitel
395 [Flughafen](#)). Wir setzen stärker auf nachhaltigen und dezentralen Tourismus, von dem die ganze Stadt
396 profitiert. Die CityTax-Einnahmen setzen wir vermehrt für stadtverträglichen und nachhaltigen
397 Berlin-Tourismus ein (Tourismuskonzept 2018+). So stärken wir die Tourismusbranche als
398 Arbeitgeberin und die Akzeptanz bei der Bevölkerung. Das Wassertourismuskonzept setzen wir um
399 und werben mit einer berlinweiten Kampagne für unsere Gewässer. Die Fahrgastschiffahrt
400 dekarbonisieren wir weiter – mit besserer Ladeinfrastruktur.

401 Städtepartnerschaften

402 Berlin stärkt seine Städtepartnerschaften als Netzwerke von Demokratie, Freiheit und internationaler
403 Zusammenarbeit. Wir vertiefen Beziehungen zu Kyiv und Tel Aviv und bauen bestehende
404 Partnerschaften im globalen Süden – etwa mit Windhoek, Mexiko-Stadt und Jakarta – weiter aus.
405 Zugleich intensivieren wir Kooperationen mit Städten, die wie Berlin für Offenheit, kulturelle Vielfalt
406 und demokratische Resilienz stehen. Dabei beziehen wir auch indigene und zivilgesellschaftliche
407 Partner*innen ein und übernehmen gemeinsam Verantwortung für Klima, Biodiversität und
408 Menschenrechte. Berlin führt sein Engagement in Städtenetzwerken wie Solidarity Cities, Rainbow
409 Cities Network, Mayors for Peace und Städte gegen die Todesstrafe fort.

410 EXPO sowie Olympische und Paralympische Spiele als Chance für Berlin

411 Berlin hat in den letzten Jahren gezeigt, dass die Stadt Großveranstaltungen erfolgreich ausrichten
412 und Berliner*innen wie internationales Publikum begeistern kann. Jetzt wollen wir visionäre Projekte
413 anstoßen und große Jubiläen vorbereiten: EXPO 2035, die Internationale Bauausstellung (IBA) 2034-
414 2036, das 800-jährige Jubiläum Berlins 2037, 50 Jahre Mauerfall 2039 und die Olympischen und
415 Paralympischen Spiele 2040/44 bieten enorme Chancen, Berlins Innovations- und Anziehungskraft zu
416 beweisen.

417 Wir werden eine Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2040/44 und um die
418 EXPO 2035 in Zusammenarbeit mit Brandenburg aktiv voranbringen und die IBA vorbereiten, um
419 Mehrwert für nachhaltige Stadtentwicklung, modernisierte Infrastruktur und einen
420 Digitalisierungsschub zu schaffen. Zudem wird Berlins Anspruch als Weltstadt, die Menschen und
421 Ideen aus der ganzen Welt verbindet und für Dialog, Freiheit und Vielfalt steht, untermauert. Alle
422 Großveranstaltungen sollen sozial, ökologisch und demokratisch gestaltet werden. Wir beteiligen die
423 Berliner*innen von Anfang an transparent und bringen ihnen spürbare Vorteile. So nutzen wir diese
424 Chancen, um Berlin stärker, innovativer und zukunftsfähiger zu machen.

425 **Zuhause sein - heute und morgen**

426 Berlin ist Zuhause. Berlin wächst. Weil Menschen an diese Stadt glauben und hier leben
427 wollen. Wir wollen, dass Berlin offen für alle bleibt. Das Wachstum ist Aufgabe – und wir
428 nehmen sie an. Wir bauen neu und erhalten, was da ist. Erhaltung bedeutet auch
429 Weiterentwicklung, im Zustand und in der Nutzungsart. Denn bezahlbarer Wohnraum
430 entsteht nicht von allein, er wird gemacht. Wir begrenzen Mieten und drängen das
431 Profitstreben zurück. Damit Wohnraum, Begegnungsorte und Kleingewerbe als soziale Orte
432 dem Gemeinwohl dienen und fester Anker eines sicheren Lebens in Berlin bleiben. Wir
433 schaffen lebenswerte Kieze für künftig vier Millionen Menschen. Dafür holen wir Flächen
434 zurück und machen aus Grau noch öfter Grün. Aus Durchgangsorten werden Orte zum
435 Verweilen. Wir unterstützen Nachbarschaften, die Nähe und Zugehörigkeit schaffen. Mit
436 Bus, Bahn und Tram verbinden wir die Stadt – dicht, verlässlich und im kurzen Takt. Wir
437 arbeiten an einem Berlin, das allen Menschen auf ihren Wegen Sicherheit gibt – ob zu Fuß,
438 auf dem Rad oder hinterm Steuer. Ein Berlin mit gerechter Raumverteilung und ohne
439 Verkehrstote. Das schaffen wir nicht über Nacht, aber mit einem guten Plan und viel
440 Weitblick. Mit verbindlichen Maßnahmen passen wir unsere Stadt an den Klimawandel an.
441 Für uns ist sozialdemokratische Stadtpolitik eine Stadtplanung, die Nachhaltigkeit, soziale
442 Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Eine integrierte Planung
443 muss die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen - jung, alt; mobil und
444 mobilitätseingeschränkter - berücksichtigen, um unsere Stadt inklusiver und gerechter zu
445 gestalten. All das ist sozialdemokratische Stadtpolitik.

446 **Mehr Wohnungen für Berlin**

447 Unser Wohnungsbauziel

448 Seit 2011 sind in Berlin 180.000 neue Wohnungen entstanden - mit Wohnraum für 350.000
449 Menschen.

450 Schon heute ist aber klar: Bis 2040 müssen mindestens 230.000 weitere Wohnungen entstehen -
451 dazu brauchen wir landeseigene, genossenschaftliche und private Bauherr*innen gleichermaßen. In
452 der Legislaturperiode 2026 - 2031 sollen so 100.000 neue Wohnungen geschaffen werden. Dazu
453 zählen auch barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen. So begegnen wir dem
454 Wohnraumangel für Alle wirksam. . Denn ein Zuhause ist Voraussetzung für ein würdiges Leben.

455 Damit wir das schaffen, arbeiten wir mit landeseigenen, genossenschaftlichen und privaten
456 Bauherr*innen. Wir kooperieren mit allen öffentlichen und privaten Akteuren, die an
457 Beschleunigung, sozialem Wohnraum und bezahlbaren Mieten verlässlich mitwirken. Die Potenziale
458 zur Senkung der Baukosten nutzen wir aus. So bewältigt Berlin die planerischen, baulichen und
459 finanziellen Herausforderungen.

460 Unser Öffentliches Wohnungsbauprogramm als Motor für bezahlbaren Neubau

461 Schon jetzt haben wir Tausende neue Wohnungen in Landeshand geschaffen. In 2026 werden es
462 6.500 sein. Künftig gestalten wir die Rahmenbedingungen so, dass mehr als die Hälfte der neuen

463 Wohnungen bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und anderen
464 gemeinwohlorientierten Unternehmen entsteht.

465 Dafür legen wir ein öffentliches Wohnungsbauprogramm auf, das die laufende
466 Wohnungsbauförderung ergänzt. So schaffen wir verlässliche Voraussetzungen für mehr
467 Fertigstellungen. Im Jahresmittel wollen wir 10.000 Wohnungen erreichen. Dazu ermöglichen wir
468 Kapazitätsaufbau in den Landesunternehmen, deren Eigenkapitalbasis wir schrittweise im
469 erforderlichen Umfang stärken. Außerdem prüfen wir Synergien zwischen Landesunternehmen und
470 betrachten dazu auch mögliche Strukturveränderungen. So sichern wir einen effizienten
471 Mitteleinsatz.

472 Gemeinsam mit landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften schaffen wir
473 gezielt barrierefreie bezahlbare Wohnangebote für Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen
474 und auch für Wohngemeinschaften, wie WGs für junge Menschen, die zum Beispiel Azubis und
475 Studierende zusammenbringen, Alters-WGs und inklusive und generationenübergreifende
476 Wohngruppen für Menschen mit und ohne Behinderungen. .

477 Mehr Förderung und Bauflächen für Genossenschaften

478 Wir entwickeln die Förderung für Genossenschaften weiter. Sie wird zur zweiten Säule des
479 öffentlichen Wohnungsbauprogramms.

480 Wir identifizieren geeignete landeseigene Flächen und stellen sie für genossenschaftlichen
481 Wohnungsbau bereit. Das gilt auch für andere gemeinwohlorientierte Akteure. Zugriff ermöglichen
482 wir vor allem über Erbbaurecht, das wir in Förder- und Bewertungspraxis grundsätzlich als
483 Eigentumsgleich anerkennen. Voraussetzung bleibt dauerhafte und nachhaltige Bestandhaltung
484 sowie soziale Bewirtschaftung.

485 Neue Wohnungen in neuen Stadtquartieren

486 Viele neue Wohnungen entstehen in den 24 neuen Stadtquartieren. Einige entstehen am Stadtrand.
487 Andere entstehen in großen Entwicklungsgebieten in Innenlagen.

488 Viele dieser Flächen gehören dem Land. Wir machen sie künftig schneller verfügbar. Dafür schaffen
489 wir rechtzeitig die verkehrliche Erschließung, inklusive der passenden sozialen Infrastruktur.

490 Fokussierte Ankaufspolitik des Landes

491 Beim Ankauf priorisieren wir klimagerechte Neubauwohnungen, die aktuelle Energiestandards
492 erfüllen. Diese Ankäufe unterstützen die Neubautätigkeit. Sie erweitern das Wohnraumangebot
493 sofort, weil die Wohnungen vollständig vermietet werden.

494 Ältere größere Bestände kaufen wir nur noch gezielt an. Das gilt für Quartiere mit niedrigem
495 kommunalem Anteil. So reduzieren wir räumliche Ungleichgewichte und sichern gemischte Stadt-
496 und Bevölkerungsstrukturen.

497 Das kommunale Vorkaufsrecht wenden wir weiterhin im erforderlichen Umfang an.

498 Mehr sozialer Wohnraum auch in privaten Bauprojekten

499 Das kooperative Baulandmodell ist ein Erfolgsbeispiel für Konsens zwischen Stadt und privaten
500 Bauherren. Bei Neubauvorhaben mit Bebauungsplan sichert es 30 Prozent Sozialwohnungen. Wir

501 erhöhen diese Quote auf 50 Prozent und stärken das Modell als Kerninstrument für bezahlbares
502 Wohnen.

503 Das kooperative Baulandmodell soll künftig auch ohne Bebauungsplan gelten (sog. Neuköllner
504 Modell): Überall dort, wo Bauherren Befreiungen vom Baurecht brauchen (Dispensverträge), fordern
505 wir bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum verbindlich ein.

506 Gleichzeitig verbessern wir das Monitoring und sichern mit den Bezirken die Vermietung zugesagter
507 Sozialwohnungen.

508 Schneller bauen und genehmigen

509 Wir wollen den Mangel an bezahlbarem Wohnraum durch innovatives, schnelles und günstigeres
510 Bauen verringern. Dazu setzen wir das Einfach-Bauen-Gesetz konsequent um und entwickeln es
511 bedarfsgerecht weiter. Zudem werden wir verstärkt Projekte in Modulbauweise und nach dem
512 neuen Standard „Gebäudetyp E“ anschieben. Gleichzeitig legen wir Wert auf, langlebige,
513 nachwachsende und regional verfügbare Materialien und energieeffiziente Gebäudetypen, die die
514 CO₂-Bilanz verbessern. Den Wohnungsbau insgesamt kurbeln wir mit dem „Bau-Turbo“ an. Wir
515 setzen ein 2-Jahres-Ziel bei Bebauungsplänen. Planungsrechtliche Genehmigungen sollen zügig
516 erfolgen. Dazu treiben wir die KI unterstützte Digitalisierung in den Bauämtern voran.

517 Dafür nutzen wir alle Instrumente der Stadtentwicklungs- und Baupolitik, die Planungssicherheit
518 geben. Unser Ziel bleibt klar: mehr Tempo ohne soziale Abstriche.

519 Vorhandene Flächen und Grundstücke besser nutzen

520 Für den Wohnungsbau nehmen wir unterausgenutzte Bereiche stärker in den Blick. Das gilt für
521 Baulücken, Brachflächen und niedrig bebaute Grundstücke. Hierbei wollen wir grundsätzlich bereits
522 versiegelte Flächen priorisieren. Dies dient auch unserem angestrebten Ziel der Netto-Null-
523 Neuversiegelung.

524 Gemeinsam mit der IBB starten wir ein Förderprogramm, das u.a. auch auf Bundesförderungen
525 zurückgreift. Es unterstützt den Umbau leerstehender Bürogebäude und -flächen und hilft
526 Eigentümer*innen beim zügigen Umbau zu Wohnraum. Die Förderung koppeln wir an die
527 Mietpreisbindung.

528 Auch der schrittweise Rückbau der autogerechten Stadt schafft neue Potenziale. So gestalten wir in
529 einem Pilotprojekt die Fläche der ehemaligen A 104 beidseits des Tunnels Schlangebader Straße um
530 und beleben im gleichen Zug auch den Breitenbachplatz durch eine Umgestaltung neu. . Dort
531 entsteht urbaner Stadtraum mit bezahlbarem Wohnraum sowie sozialer und grüner Infrastruktur.

532 Wir nutzen Grundstücke besser, besonders in gut angebundenen Lagen und sehen Potenzial auch in
533 Umnutzung und Aufstockung. Ebenso prüfen wir die Überbauung eingeschossiger Bauten, etwa bei
534 Supermärkten. Dafür gehen wir aktiv auf Eigentümer*innen zu, zeigen konkrete Möglichkeiten auf
535 und ermutigen zur Nutzung.

536 Wir nutzen alle Wege zur Aktivierung unbebauter und ungenutzter Grundstücke. Das gilt besonders
537 für gut versorgte Lagen. Dazu erhöhen wir den Druck auf Eigentümer, die blockieren oder
538 spekulieren.

539 Wir führen eine Grundsteuer C für unbebaute, aber baureife Grundstücke ein, um Anreize zu
540 schaffen, diese Flächen schneller zu bebauen oder zu verkaufen. Außerdem setzen wir Baugebote

541 ein: Damit verpflichten wir Eigentümer bebaubarer Grundstücke zum Bauen und Fertigstellen
542 innerhalb angemessener Fristen.

543 Eigentümer*innen, die bislang nicht bauen wollen, sollen sich bewegen. Entweder bauen sie rasch
544 selbst oder sollen im Einzelfall zu einem angemessenen Preis verkaufen. Kommunale
545 Wohnungsbaugesellschaften sollen dann erwerben können.

546 Leerstehende Shoppingcenter und Ladenzeilen beleben wir neu und ermöglichen dort Jugend-,
547 Kultur-, Spiel-, Sport- und soziale Angebote. Zwischennutzungen fördern wir gezielt und vereinfachen
548 Genehmigungen. So wird Leerstand zu neuem Raum für die Stadtgesellschaft.

549 Die Wiege Berlins entwickeln

550 Berlin ist eine Stadt der Kieze. Gleichwohl hat der historische Kern eine besondere Rolle. Dieses Herz
551 der Stadt werden wir weiter voranbringen. Das Nikolaiviertel entwickeln wir mit Hilfe der
552 Städtebauförderung weiter. Das Areal zwischen Fernsehturm und Spreeufer gestalten wir als grünen
553 Freiraum. Das neue Stadtquartier am Molkenmarkt mit bezahlbaren, landeseigenen Wohnungen,
554 Gewerbe und Kultur errichten wir zügig. Dabei sichern wir architektonische Qualität. Von der Alten
555 Münze über den Molkenmarkt und das Graue Kloster bis zum Haus der Statistik entsteht ein
556 zusammenhängendes Band aus Kultur und Stadtgeschichte.

557

558 Eine Perspektive für Tegel und Tempelhof

559 Die ehemaligen Flughäfen Tegel und Tempelhof nehmen eine herausragende Stellung in der
560 Geschichte und der städtebaulichen Entwicklung Berlins ein.

561 Neben der Entwicklung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes treiben wir in Tegel mit
562 landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und gemeinwohlorientierten Genossenschaften den
563 Wohnungsbau zügig voran. Dabei erhöhen wir in den bereits geplanten Wohngebieten und in
564 angrenzenden Arealen das Baupotenzial und verbinden in einer zweiten Phase die drei
565 Teilbaugebiete miteinander. So schaffen wir dort insgesamt bis zu 12.000 neue Wohnungen. Wir
566 nehmen auch den Zentralen Festplatz als möglichen Standort für ein Stadtquartier in den Blick - und
567 wollen den dort verorteten Schaustellern eine alternative Fläche anbieten.

568 Das Tempelhofer Feld ist ein besonderer Ort für Klima, Bewegung und soziales Miteinander. Wir
569 erhalten es in seiner heutigen Funktion und entwickeln es behutsam weiter. Um die
570 Aufenthaltsqualität des Felds zu verbessern, bringen wir notwendige gesetzliche Anpassungen auf
571 den Weg. Wohnungen am Feldrand kommen nicht in Frage, solange die bisherigen Flächen in Berlin
572 ungenutzt sind – Vorrang haben bestehende Baupotenziale. Im Umfeld des Flughafengebäudes
573 setzen wir auf landeseigenen Wohnungsbau und genossenschaftlichen Wohnungsbau, ohne in das
574 Feld einzugreifen. Das Gebäude selbst beleben wir neu und öffnen es für vielfältige Nutzungen.

575 Regulierungen von Wohnraum und Mietverträgen

576 Steigende Mietpreise und unsichere Mietverhältnisse belasten viele Berliner*innen. Wir setzen uns
577 dafür ein, dass jede*r – unabhängig von Einkommen, Wohn- oder Lebenslage – ein bezahlbares und
578 sicheres Zuhause findet. Denn für uns gilt: Wohnen darf kein Armutsrisiko sein.

579 Eine neue Mietenaufsicht für Berlin

580 Bei der von uns eingerichteten und erfolgreich arbeitenden Mietpreisprüfstelle können
581 Berliner*innen unkompliziert prüfen lassen, ob ihre Miete zu hoch ist – etwa, weil die
582 Mietpreisbremse verletzt wurde oder Mietwucher vorliegt. Mieter*innen erhalten dort Beratung zu
583 den nächsten Schritten, um ihre Rechte durchzusetzen.

584 Wir bauen die Mietpreisprüfstelle massiv aus und entwickeln sie zur Mietenaufsicht Berlin weiter. Sie
585 soll beraten, verfolgen und sanktionieren. Als zentrale Stelle in ganz Berlin bekämpft die
586 Mietenaufsicht künftig auch Wuchermieten und ahndet Verstöße. Die bezirklichen Mieterberatungen
587 entwickeln wir unter ihrem Dach zu regionalen Anlaufstellen weiter. Die Mietenaufsicht erhält eine
588 eigene Ermittlungsgruppe und arbeitet eng mit der Staatsanwaltschaft Berlin zusammen.

589 Mit einer Mietpreis-Check-App erleichtern wir Meldungen überhöhter Mieten an die Mietenaufsicht.
590 Bei An- und Ummeldungen informieren wir über Mietpreisbremse und Mietwucher, verweisen auf
591 kostenlose Beratung in den Bezirken und erklären Schutzregeln in Milieuschutzgebieten. Wir setzen
592 uns für die Ausweitung von Milieuschutzgebieten ein.

593 Mit den Mitteln des Rechtsstaats gegen Miethaie vorgehen

594 Wir erweitern die Verfolgung von Mietwucher durch eine neue Schwerpunktabteilung bei der
595 Staatsanwaltschaft und verfolgen Miethaie mit empfindlichen Geld- und Haftstrafen. Auf
596 Bundesebene setzen wir uns für besondere Spruchkörper an den Gerichten ein. Räumungsprozesse
597 sollen mündlich verhandelt werden; ein schriftliches Vorverfahren bei Zahlungs- und
598 Räumungsklagen schließen wir aus.

599 Vorbildliche Vermietungspraxis der landeseigenen Wohnungsunternehmen

600 Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sichern bezahlbaren Wohnraum und sozialen
601 Zusammenhalt. Wir richten sie stärker auf eine vorbildliche Vermietungspraxis aus und verbinden
602 soziale Gerechtigkeit mit nachhaltiger Bewirtschaftung. Wir begrenzen die Mieterhöhungen bei
603 landeseigenen Unternehmen, unter anderem passen wir das Leistbarkeitsversprechen so an, dass
604 sich die maximale Mietbelastung von 27 Prozent des Haushaltseinkommens an der Bruttokaltmiete
605 orientiert – nicht an der Nettokaltmiete.

606 Wir schaffen Transparenzregeln für Mieterhöhungen und Nebenkostenabrechnungen. Die
607 Ombudsstelle entwickeln wir zu einer echten Schlichtungsstelle weiter und sorgen für wohnortnahe
608 Ansprechpartner*innen mit verlässlichen Sprechzeiten.

609 Wir stärken Großwohnsiedlungen als lebenswerte und sichere Kieze. Dafür bauen wir das
610 Landesprogramm Großwohnsiedlungen aus und verzahnen es gezielt mit Programmen wie dem
611 Quartiersmanagement, um soziale Infrastruktur, Teilhabe und Lebensqualität dauerhaft zu
612 verbessern. Wir stellen diskriminierungsfreie Vergabe- und Vermietungsmodelle sicher und denken
613 gendergerechte wie auch inklusive Maßnahmen bei Modernisierungen und Weiterentwicklung des
614 Bestands mit.

615 Wohnungen effektiver nutzen – Generationen zusammenbringen

616 Bei landeseigenen Wohnungen unterstützen wir neben dem Wohnungstausch auch den Wechsel von
617 einer größeren in eine kleinere Wohnung, etwa indem der Quadratmeterpreis erhalten bleibt. Wir
618 führen anonymisierte Bewerbungsverfahren ein, schaffen verbindliche Anti-
619 Diskriminierungsstandards und bauen systematische Testverfahren zur Aufdeckung von

620 Benachteiligung aus. Eine Tauschbörse soll alle landeseigene und private Wohnungsunternehmen
621 einbeziehen.

622 Mit dem neuen Vermittlungsprogramm „Wohnen für Hilfe“ schaffen wir neue Wege für bezahlbares
623 und generationenübergreifendes Wohnen. Wir bringen Senior*innen mit ungenutzten Zimmern mit
624 jungen Menschen zusammen, die im Alltag unterstützen und dafür eine entsprechend verringerte
625 Miete zahlen müssen. So entstehen Wohnpartnerschaften auf Gegenseitigkeit, die bezahlbares
626 Wohnen ermöglichen, Einsamkeit vorbeugen und den Zusammenhalt stärken. Den Anspruch auf
627 einen Wohnberechtigungsschein wollen wir so erweitern, dass Alleinerziehende mit Kind Paaren mit
628 Kind gleichgestellt sind. So sollen Alleinerziehende und ihre Kinder jeweils Anspruch auf ein eigenes
629 Zimmer und einen gemeinsamen Raum haben.

630 Eine neue Spezialeinheit Wohnraumschutz

631 Bestehender Wohnraum ist bedroht – durch Abriss, Leerstand wegen ausbleibender Investitionen,
632 Zweckentfremdung als Ferienwohnung oder durch möbliertes Wohnen. Wir bündeln die
633 Durchsetzung des Wohnraumschutzes in einer neuen Spezialeinheit beim Senat, die Bezirke
634 unterstützt und Verfahren beschleunigt.

635 Ferienwohnungen zurückgeben

636 Wir verschärfen das Zweckentfremdungsverbot und reduzieren die zulässige Zahl von Tagen pro Jahr
637 für die Nutzung von Neben- und Zweitwohnungen als Ferienwohnungen. So geben wir den
638 Berliner*innen tausende ungenehmigte Ferienwohnungen als Mietwohnungen zurück.

639 Inserate ohne Registrierung auf Plattformen werden wir konsequent unterbinden. Auch gegen die
640 kurzzeitige Vermietung hotelartig möblierter Räume und gegen Überbelegung zur Profitmaximierung
641 gehen wir vor. Die Spezialeinheit Wohnraumschutz hilft den Bezirken, illegale Angebote zu ermitteln
642 und effektiv zu unterbinden.

643 Mikroapartments begrenzen

644

645 Wir werden den Bau von sog. Mikroapartements stärker steuern. Hierzu nutzen wir insbesondere
646 Bebauungspläne, um durch Mindestgrößen oder eine Begrenzung der Anzahl von Wohnungen pro
647 Gebäude Mikroapartements einzuschränken. Ebenso begrenzen wir den Umbau von
648 Bestandswohnungen zu Mikroapartements. Angebote für besondere Wohnformen für Studierende,
649 Senior:innen oder weitere spezifische Zielgruppen sollen davon unberührt bleiben. Wir setzen uns
650 weiterhin für eine stärkere Mietenregulierung auch in diesem Segment ein.

651 Abriss und Verwahrlosung von Wohnungen stoppen

652 Der Erhalt von Bestandswohnraum hat Vorrang vor Abriss und Ersatzneubau. Den Abriss von
653 Gebäuden schränken wir deutlich ein.

654 Wir ermöglichen den Bezirken, schneller gegen unzumutbare Wohnverhältnisse, Verwahrlosung und
655 Schrottimmobilien vorzugehen. Die Spezialeinheit Wohnraumschutz unterstützt dabei. Damit sich
656 Verstöße nicht lohnen, erhöhen wir die Bußgeldrahmen. Wenn Vermieter ihre Bestände nicht
657 instandhalten, greifen wir schneller ein. Mit einem Landesfonds für Ersatzvornahmen sollen die
658 Bezirke gezielt unzumutbare Wohnverhältnisse verbessern, die Kosten den Eigentümern in Rechnung
659 stellen und bei Säumnis beschlagnahmen.

660 Eigentümer*innen mit mindestens 50 Wohneinheiten verpflichten wir im Rahmen einer Novelle des
661 von uns erlassenen Wohnraumsicherungsgesetzes, eine Instandhaltungsrücklage zu bilden und einen
662 festgelegten Anteil ihres Bestands an Haushalte mit Wohnberechtigungsschein zu vermieten.

663 Wir führen ein Mieten- und Wohnungskataster auf Landesebene ein. Es schafft Transparenz über
664 Eigentumsverhältnisse, hilft beim Erfassen von Leerstand und verbreitert die Grundlage für die
665 ortsübliche Vergleichsmiete. Zusätzlich führen wir eine Leerstandsmeldepflicht für Eigentümer ein
666 und wir führen eine progressive Leerstandssteuer ein, um langanhaltenden und spekulativen
667 Leerstand unattraktiv zu machen.

668 Mieten und Gewinne von Vermietern deckeln

669 Die Zustimmung zur Initiative des Volksentscheids „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ ist für uns
670 Ausdruck dessen, dass eine Mehrheit der Berliner*innen das zügellose Profitstreben großer,
671 insbesondere börsennotierter Wohnungsunternehmen ablehnt. Deshalb schaffen wir eine neue
672 soziale Wohnungsordnung und einen gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt. Dabei ist unser Ziel
673 auch die Einführung eines rechtssicheren Mietendeckels auf Grundlage des Art. 15 GG.

674 Änderungen im Mietrecht des Bundes sind dringend nötig

675 Wir kämpfen auf Bundesebene weiter für dringend notwendige Verbesserungen im Mietrecht: Wir
676 setzen uns dabei für eine dauerhafte Mietpreisbremse ohne Ausnahmen ein und stellen klar, dass sie
677 auch für möblierte Kurzzeitvermietungen gilt.

678 Auch das Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wollen wir entfristen.
679 Indexmieten wollen wir verbieten; die Kappungsgrenze auf maximal sechs Prozent in drei Jahren
680 senken.

681 Wir setzen uns zudem dafür ein, dass auf Bundesebene die Modernisierungumlage gesenkt und
682 befristet wird, bis die Kosten gedeckt sind. Eigenbedarfskündigungen sollen auf die Kernfamilie
683 begrenzt werden; Missbrauch, etwa durch gekauften Eigenbedarf, ausgeschlossen werden. Die
684 Grundsteuer soll nicht mehr auf die Miete umgelegt werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass
685 der Bund zudem ein soziales Gewerbemietrecht einführt. Das Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten
686 soll wiederhergestellt werden. Das Wirtschaftsstrafrecht soll so verschärft werden, dass
687 Wuchermieten schon bei Vorliegen eines Wohnraummangels verboten sind.

688 Berlin bleibt eine Mieter*innen-Stadt. Selbstgenutztes Wohneigentum unterstützen wir trotzdem
689 gezielt – besonders für Familien mit geringem und niedrigem Einkommen im Rahmen von privaten
690 Neubaugebieten sowie für Mieter*innen, die bei Umwandlung bereits in der Wohnung leben.

691 Unser Berlin wird sauber, grün und lebenswert

692 Parks und Grünflächen schaffen Lebensqualität

693 Parks und grüne urbane Flächen verbessern das Stadtklima, kühlen im Sommer und schaffen
694 Lebensqualität für Mensch und Natur. In der Stadtentwicklung orientieren wir uns an
695 unterschiedlichen Lebensrealitäten und gestalten Berlin als Stadt für alle. Der öffentliche Raum wird
696 barrierefrei, sicher und bedarfsgerecht gestaltet. Bei Projekten werden wir Gender-Mainstreaming
697 grundsätzlich als Standard für die Planung und Vergabe verankern, um Geschlechtergerechtigkeit

698 aktiv umzusetzen. Wir versetzen die Bezirksämter dauerhaft finanziell und personell in die Lage,
699 naturnah zu pflegen.

700 Ergänzend arbeiten wir daran, dass die Berliner Stadtreinigung (BSR) die Reinigung aller Spielplätze
701 und bis 2030 aller Parks und Grünanlagen übernimmt. So können sich die Bezirke stärker auf Pflege
702 und Entwicklung konzentrieren. Parkläufer*innen sichern wir dauerhaft ab und weiten sie auf
703 weitere Parks aus.

704 In der wachsenden Stadt brauchen wir auch wachsende Grünflächen. Deshalb schaffen wir einen
705 neuen Berliner Volkspark dort, wo besonders viel neuer Wohnraum entsteht – im Osten der Stadt.

706 Mehr Stadtbäume für Berlin

707 Mit dem Berliner Klimaanpassungsgesetz haben wir eine Grundlage geschaffen, um Berlin grüner und
708 kühler zu machen. Bis 2040 soll die Zahl der Stadtbäume um 70 Prozent steigen. Jetzt zählt die
709 Umsetzung. Dabei setzen auf Bäume statt Bürokratie. Statt mit einem neuen Landesamt setzen wir
710 das Gesetz mit den vorhandenen Verwaltungen um.

711 Altbäume mit ihrer Schattenwirkung schützen wir stärker und verbessern die Pflege des Bestands. Im
712 Hoch- und Tiefbau planen wir baumgerecht und koppeln Fällgenehmigungen an den tatsächlichen
713 Baubeginn. Wir sorgen dafür, dass Baumfällungen, abgesehen von Sicherungspflichten, nur sehr
714 restriktiv durchgeführt werden. Bei Baumaßnahmen werden wir baumerhaltende Planungen
715 grundsätzlich priorisieren. Auch dafür passen wir die Regeln für den Straßenraum an Klimaschutz und
716 Baumschutz an.

717 Wir erhalten Straßenbaumstandorte, bepflanzen leere Baumscheiben bis 2027 und schaffen neue
718 Baumstandorte – im Zielbild alle 15 Meter einen. Dazu stärken wir die Stadtbaumkampagne und
719 Baumpatenschaften und aktivieren bürgerschaftliches Engagement.

720 Abkühlung und grüne Erholung in den Kiezen

721 Wir gestalten Plätze und Straßen so, dass Menschen dort gern verweilen und sich sicher fühlen – und
722 dass zugleich Lebensräume für Stadtnatur und Tiere entstehen. Mini-Parks und wohnortnahe
723 Grünflächen schaffen Abkühlung in fußläufiger Entfernung.

724 Den Zugang zu Wasser verbessern wir mit Planschen und Brunnen, die die Berliner Wasserbetriebe
725 zentral ausbauen und instandhalten.

726 Wir handeln zuerst dort, wo Hitze, Lärm, Luftbelastung, Grünmangel und soziale Belastungen
727 zusammenkommen. Hotspots wie den Washingtonplatz und den Vorplatz am Bahnhof
728 Gesundbrunnen entsiegeln oder begrünen wir, etwa mit einem Tiny Forest.

729 Wir wollen, dass die Gewässer in der Innenstadt wieder besser zugänglich werden. Als Baustein dafür
730 machen wir Baden in der Spree möglich.

731 Die Berliner Stadtnatur erhalten

732 Kleingärten stehen für lebendiges, soziales Stadtleben. Wir stärken und schützen sie, fördern Öffnung
733 für Nachbarschaften und den Erhalt der Biodiversität. Wir entwickeln Kleingartenanlagen als
734 Naherholungsgebiete – für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner und für die Stadtgesellschaft.
735 Gemeinschaftliches Gärtnern im öffentlichen Raum unterstützen wir.

736 Mit der EU-Wiederherstellungsverordnung soll Berlin 20 Prozent seiner Fläche renaturieren. Wir
737 nutzen das, um den Wert der Stadtnatur zu vermitteln – auch mit Schulen und

738 Informationskampagnen. Die Biodiversitätsstrategie setzen wir um, am Berlin Urban Nature Pact
739 halten wir fest und wirken dem Artensterben wirksam entgegen.

740 Mit den Berliner Forsten machen wir den Wald klimafest und gestalten ihn naturnah um. Er bleibt
741 Erholungswald; wirtschaftliche Nutzung bleibt nachrangig. Wir fördern den Umbau zum Mischwald
742 vorrangig über Naturverjüngung. Den Zustand begleiten wir mit satellitengestütztem Monitoring.

743 Wir würdigen freiwilliges Umweltengagement. Einsätze, wie Müllsammeln, werden wir mit der
744 Ehrenamtskarte anerkennen und durch Gutscheine für Museen, Theater oder Bäder belohnen.

745 Tierschutz als Teil unserer Verantwortung

746 Wir stärken die Veterinärämter, damit sie illegalen Tierhandel und Qualzuchten konsequent
747 kontrollieren können. Wir sichern die Finanzierung des Tierheims und fördern funktionierende
748 Konzepte für Katzenkastrationen und Stadtaubenmanagement. Der Hundeführerschein ersetzt die
749 Rasseliste und schafft Sicherheit durch Wissen. Wir schließen den Einsatz von Tieren auf staatlichen
750 Bühnen des Landes aus und untersagen weiterhin Auftritte von Zirkussen mit Wildtieren auf
751 landeseigenen Flächen. Die Funktion der*des Landestierschutzbeauftragten bleibt zentrale Stimme
752 für Tiere in Berlin.

753 Regenwasser nutzen, Grundwasser schützen, Wasser sparen

754 Für die Schwammstadt koppeln wir mit den Berliner Wasserbetrieben und der Regenwasseragentur
755 mehr Regenwasser von der Kanalisation ab. Es soll vor Ort versickern, Einleitungen senken und
756 Gewässerqualität sowie Stadtgrün stärken. Wir wollen den Anteil des Regenwassers, den wir
757 technisch von der Kanalisation abkoppeln können, weiter erhöhen. Dafür werden wir auch das
758 grundstücksübergreifende Regenwassermanagement rechtlich verbindlich machen. Eine sichere
759 Trinkwasserversorgung ist lebenswichtig. Wir sind uns der drohenden Grundwasserproblematik in
760 Berlin und Brandenburg bewusst und arbeiten verstärkt an gemeinsamen Anpassungsstrategien
761 beider Länder. Wir bringen Gewässer und Uferbereiche gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinie in einen
762 guten Zustand und erhalten sie als Lebensräume und Erholungsorte – mit besonderem Fokus auf
763 Kleingewässer. Notversorgung über Notbrunnen sichern wir und starten eine Wassersparoffensive
764 sowie eine verstärkte Fokussierung auf Grauwasserlösungen (Aufbereitung von Wasser zur
765 Zweitnutzung) im privaten und öffentlichen Bereich. Um die Berliner Wasserwerke nachhaltig zu
766 schützen, wollen wir die Sanierung von Boden- und Grundwasserverunreinigungen vorantreiben.
767 Dazu stärken wir die Bezirke personell und finanziell.

768 Müll vermeiden und recyceln

769 Wir stehen zum Zero-Waste-Konzept: Vermeidung hat Vorrang vor Verwertung und Entsorgung. Eine
770 Verpackungssteuer soll den Müll aus Essensverpackungen senken. Das NochMall-Kaufhaus und der
771 Reparatur-Bonus werden fortgeführt.

772 Nicht-kommerzielle Träger bei Altkleidersammlung und -verteilung stärken wir. Die
773 Altholz-Recyclingquote erhöhen wir deutlich über 25 Prozent, besonders mit den neuen Anlagen in
774 der Gradestraße. Unvermeidbaren Müll bereiten wir künftig stärker in Berlin auf und verwerten ihn.
775 Wir ermöglichen weitere Müllsortieranlagen bei der BSR für verbesserte Ressourcen-Kreisläufe. Wir
776 wollen noch mehr Haushalte mit Biotonnen ausstatten und führen auch die bezirklichen Grünabfälle
777 konsequent der Kompostierung durch die BSR zu.

778 Das Sperrmüllproblem endlich lösen

779 Berlin ist zu dreckig. Illegale Müllablagerungen belasten viele Kieze und beschädigen das Vertrauen in
780 den Staat. Wir gehen systematisch und mit wirksamen Maßnahmen dagegen vor. Wir beziehen die
781 Stadtgesellschaft dabei aktiv mit ein

782 Wir ändern das Straßenreinigungsgesetz, damit die BSR Sauberkeit besser über Meldungen, Sensoren
783 und Nutzerfeedback steuern kann. Gemeinsam mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft starten wir
784 Projekte, um stark belastete Räume sauberer zu halten. Die Reinigungszyklen der BSR sollen flexibel
785 an die unterschiedlichen Bedarfe der Bezirke angepasst werden. Wir orientieren die
786 Personalverteilung der BSR berlinweit am Müllaufkommen, nicht an den Bezirksgrenzen.

787 Sperrmüll-Kieztage weiten wir deutlich aus: In jedem Kiez soll es einmal pro Quartal einen Kieztage
788 geben. Die BSR informiert zu Jahresbeginn über Termine; mit Initiativen entwickeln wir die Kieztage
789 zu Nachbarschaftstagen mit Tauschmöglichkeiten weiter. Wir werden für jeden Haushalt zweimal im
790 Jahr eine Sperrmüllabholung vor der Haustür anbieten. Sie werden über eine digitale Plattform
791 organisiert und über die Hausmüllgebühren finanziert. In einem Bezirk testen wir
792 Sperrmüll-Abholgutscheine: Jeder Haushalt kann zweimal pro Jahr eine Abholung digital beauftragen
793 – finanziert über die Hausmüllgebühren.

794 Illegale Ablagerungen klären wir schneller auf und verfolgen sie konsequent. Dafür wird die Berliner
795 Ordnungsamts-App weiterentwickelt, um partizipative Prozesse erweitert sowie in ein
796 Gesamtkonzept zur sauberen und sicheren Stadt einbezogen. Zugleich wird sie mit einem neuen
797 Transparenz-, Steuerungs- und Managementmodell mit den Bezirksämtern verbunden. Zur besseren
798 Umsetzung setzen wir „Müll-Sheriffs“ in den Ordnungsämtern ein und verbessern die
799 Zusammenarbeit mit Polizei und BSR.

800 Sichere Mobilität für alle Berliner*innen

801 Die aktuelle Verkehrspolitik in Berlin ist lückenhaft und falsch. Wir wollen wieder auf den Weg hin zu
802 einer klimaverträglicheren Mobilität im Interesse aller. Statt auf ein Gegeneinander der
803 Verkehrsteilnehmer*innen setzen wir auf Alternativen zum eigenen Auto. Denn die Mehrheit der
804 Berlinerinnen und Berliner nutzt den ÖPNV, geht zu Fuß oder fährt Fahrrad. Unsere Aufgabe ist es,
805 gerade diese Verkehrsarten so attraktiv zu machen, dass mehr Menschen vom Auto umsteigen
806 können. Dabei bekennen wir uns ausdrücklich zu den Vorgaben des Mobilitätsgesetzes,
807 vervollständigen und sichern es. Wir setzen uns für eine gerechtere Verteilung der Verkehrsflächen
808 und das Konzept der kurzen Wege ein.

809 Öffentlicher Nahverkehr – das Rückgrat unserer Stadt

810 Entsprechend dem Nahverkehrsplan sollen alle Wohngebiete und Schulen durch eine ÖPNV-
811 Haltestelle in einer Entfernung von maximal 300 Meter erschlossen werden. Wir wollen für alle
812 Nutzer*innen mit oder ohne Behinderungen flächendeckend mindestens einen 10-Minuten-Takt – in
813 der Innenstadt ebenso wie in den Außenbezirken. Dafür müssen wir besser werden: Wir schaffen
814 mehr Busspuren und sorgen für eine „Grüne Welle“ für Busse und Bahnen. Autonom fahrende
815 Kleinbusse sollen den ÖPNV in Randlagen und zu Tagesrandzeiten ergänzen. Berlin soll Vorreiterin
816 beim autonomen Fahren im öffentlichen Verkehr werden.

817 Die Sanierung und Modernisierung des Netzes, barrierefreie Haltestellen mit Sitzgelegenheiten sowie
818 Zugänge an allen Stationen haben für uns Priorität. Die Elektrifizierung des Busverkehrs setzen wir
819 fort und senken damit zugleich den Lärm in der Stadt.

820 Wir treiben den Ausbau der Straßenbahn in allen Bezirken voran, finanzieren laufende Projekte aus
821 und nehmen gestoppte Vorhaben wieder auf. Vorrang hat der Bau der Straßenbahnstrecken
822 Turmstraße – Urban Tech Republic - Schumacherquartier und die Verlängerung nach Spandau sowie
823 die Strecken Warschauer Straße - Hermannplatz, Alexanderplatz - Kulturforum. Begonnene U-Bahn-
824 Projekte führen wir zügig weiter, darunter die Verlängerung der U3 zum Mexikoplatz, der U7 zum
825 BER und zur Heerstraße Nord sowie der U8 ins Märkische Viertel. Wo neue Strecken noch fehlen,
826 ergänzen wir sie vorübergehend mit Express-Buslinien. Wir wollen die wachsenden Ortsteile und
827 Kieze im Osten der Stadt strukturell besser miteinander und mit der Berliner Mitte verbinden. Daher
828 beginnen wir auch mit der Planung einer U-Bahn-Verbindung vom Alexanderplatz nach
829 Hohenschönhausen. Den neuen schnellen Flughafen-Express Berlin Hbf – BER werden wir zum
830 Bahnhof Gesundbrunnen verlängern. Das Schienenprojekt i2030 zur besseren Anbindung Berlins und
831 Brandenburgs finanzieren wir aus und setzen es mit einem klaren Zeitplan um.

832 Bezahlbarer und sicherer ÖPNV

833 Das Deutschlandticket zählt zu den erfolgreichsten Projekten der Verkehrspolitik. Es hat viele
834 Menschen zurück in Bus und Bahn gebracht und den ÖPNV einfacher gemacht. Deshalb fordern wir
835 von Bund und Ländern, den Preis wieder auf 49 Euro zu senken

836 Für mehr Sicherheit und Sauberkeit setzen wir zusätzliches Personal, darunter Sozialteams, und
837 ermöglichen flexible Nachtbushaltestellen. Die BVG konzentriert sich als öffentliches Unternehmen
838 zunächst auf die Stabilisierung des Betriebs, etwa durch mehr Kapazitäten für Wartung und die
839 kontinuierliche Fahrzeugbeschaffung. Dabei unterstützen wir die BVG, schnellstmöglich wieder in die
840 Ausweitung des eigenen Angebots investieren zu können. Hierfür sichern wir die entsprechend
841 notwendigen finanziellen Mittel. Die S-Bahn bleibt rechtlich und betrieblich eine Einheit. Zugleich
842 wirken wir auf die Deutsche Bahn ein, damit Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit wieder deutlich
843 steigen.

844 Wir schützen das Taxigewerbe vor unlauterem Wettbewerb und führen ein
845 Mindestbeförderungsentgelt für appvermittelte Mietwagen ein. Alle Berliner Taxen sollen am BER
846 Fahrgäste aufnehmen dürfen.

847 Fußverkehr – sicher, barrierefrei, überall

848 Ein Drittel aller Wege legen die Berliner*innen zu Fuß zurück – kostenlos, umweltfreundlich und
849 gesund. Das fördern wir mit breiten, gut beleuchteten, barrierefreien und sicheren Gehwegen zu
850 jeder Jahreszeit und bei allen Witterungsbedingungen sowie deutlich mehr sicheren Querungen,
851 auch in Fahrradstraßen. Auch die Instandhaltung der Fußwege einschließlich der Beleuchtung wird
852 auskömmlich finanziert. Alle Ampeln rüsten wir mit taktilen und akustischen Signalen aus. Auch für
853 Fußgänger*innen schaffen wir eine grüne Welle.

854 Um das Chaos mit E-Scootern und Leihrädern zu beenden, richten wir verbindliche Abstellflächen
855 ein, sogenannte Jelbi-Stationen. Wir sorgen dafür, dass sie nicht mehr auf Gehwegen genutzt werden
856 können. Außerhalb dieser Flächen soll sich die Nutzung nicht beenden lassen. Wir stellen außerdem
857 sicher, dass Sharing-Angebote nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in den Außenbezirken
858 verfügbar sind. Außerdem schaffen wir ein landeseigenes, allgemeinwohlorientiertes Car-Sharing-

859 Angebot, welches berlinweit mit Elektrofahrzeuge betrieben werden soll. Wir verdoppeln die
860 Sondernutzungsgebühr für die Nutzung des öffentlichen Straßenraums für E-Scooter Betreiberfirmen
861 innerhalb des S-Bahn-Rings und weiten die Gebührenpflicht auf ganz Berlin aus.

862 Radverkehr – geschützt, schnell, verbindend

863 Für ein lückenloses und sicheres Netz setzen wir den Radverkehrsplan konsequent um und
864 priorisieren das Radvorrangnetz. Bei den Radschnellverbindungen kehren wir zur vorgesehenen
865 Planung zurück und schaffen verlässliche Finanzierungsbedingungen.

866 Wir errichten mehr Radbügel, bauen Fahrradparkhäuser sowie Bike-and-Ride-Anlagen mit
867 Beleuchtung und Wetterschutz an Mobilitätsknotenpunkten und entwickeln dafür serielle Typen und
868 Standards. Auch in Brandenburg setzen wir uns für sichere Abstellanlagen an S-Bahnhöfen ein, damit
869 Pendler*innen leichter umsteigen können. Wir fördern wieder ein Leihradsystem, da es Ordnung
870 schafft und best-möglich moderne, nachhaltige und urbane Mobilität auch dort fördert, wo es sich
871 wirtschaftlich nicht rechnet. Durch erfolgreiche Ermittlungen bei Fahrraddiebstahl reduzieren wir die
872 Anzahl der Delikte und steigern die Aufklärungsrate.

873 Straßenverkehr – sichere Infrastruktur und klimafreundlich

874 Das Straßennetz bleibt zentral für die Funktionsfähigkeit der Stadt. Busse, Rettungsdienste,
875 Feuerwehr, Stadtreinigung und Gewerbeverkehr brauchen leistungsfähige und sichere Wege,
876 einschließlich intakter Brücken. Den motorisierten Individualverkehr denken wir mit, ohne ihn zur
877 unverhältnismäßigen Belastung für Sicherheit und Infrastruktur werden zu lassen.

878 Statt die A100 weiterzubauen, setzen wir auf den Erhalt unserer Straßen und Brücken sowie auf
879 nachhaltige Mobilität. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass Investitionsmittel stärker als bisher
880 für die Sanierung von Straßen und Brücken sowie den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs
881 eingesetzt werden. Für den Anschluss Treptower Park entwickeln wir ein Verkehrskonzept, damit die
882 Autobahn dort dauerhaft endet und das Verkehrschaos in den angrenzenden Kiezen beendet wird.

883 Wir bauen die Tangentialverbindung Ost als Straße, ohne einen späteren parallelen S-Bahn-Ausbau
884 zu behindern. Neue Stadtteile planen wir autoarm, priorisieren Carsharingparkplätze und errichten
885 Kiezparkhäuser – wo möglich auch in bestehenden Quartieren .

886 Für Pendler*innen werten wir Park-and-Ride-Anlagen mit Beleuchtung, Wetterschutz, Ladepunkten,
887 Toiletten und Jelbi-Verknüpfung auf.

888 Parkplätze – verlässliche, langfristige Reduzierung

889 Wir weiten Parkraumbewirtschaftungszonen aus, entlasten Anwohnende bei der Parkplatzsuche und
890 kontrollieren effizienter mit Scan-Cars. Die Gebühren für Anwohnerparkausweise erhöhen wir.

891 Die Einnahmen verwenden wir zweckgebunden für den Umweltverbund und für Kiezparkhäuser.

892 Wir ermöglichen außerdem, dass Anwohner*innen Stellplätze von Supermärkten, Behörden oder
893 Parkhäusern außerhalb der Öffnungszeiten nutzen können. Ein digitales Parkleitsystem soll den
894 Parksuchverkehr deutlich reduzieren.

895 Für den Wirtschaftsverkehr bauen wir Gewerbekurzzeitparkplätze und Ladezonen massiv aus, damit
896 Lieferdienste, Handwerker*innen und Pflegekräfte sichere Stellflächen finden.

897 Ausbau der Ladeinfrastruktur

898 Für mehr Elektromobilität setzen wir den Ausbau öffentlicher Ladesäulen konsequent fort und regen
899 zusätzliche Ladepunkte auf Parkplätzen des Einzelhandels an. Schnelles Laden beim Einkaufen soll
900 zum neuen Standard werden.

901 Verkehrssicherheit – Vision Zero umsetzen

902 Wir stehen zur Vision Zero: keine Toten und Schwerverletzten im Straßenverkehr.
903 Verkehrsberuhigung in den Kiezen bleibt dafür das wirksamste Mittel. Wir unterstützen Initiativen
904 der Anwohner*innen und wirken auf Navigationsanbieter ein, um Durchgangsverkehr zu vermeiden.
905 Tempo 50 auf bisherigen Tempo-30-Strecken lehnen wir ab. Tempo 30 richten wir besonders rund
906 um Kitas, Schulen, Spielplätze und Seniorenheime ein und nutzen die neuen Spielräume der
907 Straßenverkehrsordnung konsequent.

908 Nach dem Pariser Modell der „temporären Schulstraßen“ werden wir die rechtlichen
909 Voraussetzungen schaffen, geeignete Straßen vor Schulen und Kitas auch durch Absperrungen zu
910 sichern. Kinder schützen wir mit abgegrenzten Radwegen, getrennten Abbiegespuren, temporären
911 Spielstraßen und anderen baulichen Maßnahmen sowie speziellen Verkehrskonzepten,
912 Lotsendiensten und Verkehrserziehung. Wir setzen auf konsequente Kontrollen sowie den Ausbau
913 stationärer und mobiler Überwachung von Tempo, Lärm und Rotlichtverstößen. Die Einnahmen
914 verwenden wir zweckgebunden. Die Fahrradstaffel der Polizei bauen wir aus und statten die
915 Ordnungsämter besser aus.

916 Flugverkehr und internationale Anbindung

917 Berlin braucht eine starke internationale Anbindung – für die Menschen in der Stadt ebenso wie für
918 Wirtschaft und Gäste. Wir arbeiten an besserer Konnektivität am BER und treiben internationale
919 Bahnverbindungen voran, besonders in Richtung Polen und Baltikum. Das Nachtflugverbot am BER
920 bleibt bestehen.

921 Daten, Transparenz und Digitalisierung im Verkehr

922 Fahrgastinformationen im ÖPNV stellen wir digital und in Echtzeit bereit – auch an Haltestellen.
923 Sharing-Angebote bündeln wir in einer multimodalen App und vernetzen sie mit Bus und Bahn.
924 Verkehrslenkung und Überwachung digitalisieren wir weiter. Wir unterstützen den Ausbau des
925 Nachtzugnetzes

926 Wirtschaftsverkehr – sauber, effizient, lokal

927 Wir bringen wirtschaftliche Verkehre mit Klima- und Stadtzielen in Einklang. Dezentrale Logistik-Hubs
928 bauen wir aus, ebenso Lieferungen mit Elektrotransportern und Lastenrädern. In Geschäftsstraßen
929 richten wir mehr Ladezonen und Kurzzeitparkplätze ein (→ siehe Kapitel [Parkplätze](#)).
930 Gewerbegebiete statten wir besser aus und sichern ihre ÖPNV-Anbindung.

931 Ein LKW-Vorrangnetz entlastet belastete Straßen. Mehr Güter verlagern wir auf Schiene und
932 Wasserwege, schaffen zusätzliche Umschlagplätze und stärken die landeseigene BEHALA und stärken
933 die landeseigene BEHALA sowie ihre Anbindung an Wasser und Schiene..

934 Wasserstraßen – gemeinsam und nachhaltig

935 Wir treiben die Elektrifizierung der gewerblichen und privaten Schifffahrt voran, vereinheitlichen die
936 Registrierung und führen einen „TÜV“ für Boote ein. Für die Entsorgung von Schrottbooten schaffen
937 wir klare Regeln. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, die Führerscheinfreiheit auf
938 Wasserstraßen von 15 auf 5 PS zu senken.

939 **Sicherheit für ein gutes Leben**

940 „Alle freien Menschen, wo immer sie leben mögen, sind Bürger Berlins.“ Das hat John F.
941 Kennedy bei seiner berühmten Rede gesagt. Denn Berlin ist die Hauptstadt der Freiheit.
942 Damit das so bleibt, brauchen wir die Stärke des Rechts – nicht das Recht des Stärkeren. Das
943 bedeutet: Harte Kante gegen alle Feinde der Demokratie, aber offene Arme für alle, die
944 demokratisch mitgestalten wollen. Wir sind für ein Verbot der AfD und setzen zugleich auf
945 Deradikalisierung und Demokratieförderung.

946 Berlin muss gewappnet sein - gegen (Cyber-)Angriffe auf unsere demokratische und
947 technische Infrastruktur, gegen Krisen und Kriminalität. Eine Stadt ist nur so sicher, wie ihre
948 Bewohner*innen sich fühlen. Deshalb sichern wir unsere Infrastrukturen und investieren in
949 Katastrophen- und Bevölkerungsschutz.

950 Wir setzen auf Prävention vor Härte. Auf mehr Mittel für die Justiz und eine gut
951 ausgestattete Polizei – als Verbündete der Menschen gegen Angst, Hass und Gewalt. Wir
952 denken die Sicherheit vor Straftaten und soziale Sicherheit zusammen - so wird Kriminalität
953 wirksam vorgebeugt. Als Basis für eine solche Sicherheits- und Kriminalpolitik wollen wir die
954 kriminologische und sicherheitspolitische Forschung in Berlin stärken.

955 Wir setzen auf gute Krankenhäuser und starken öffentlichen Gesundheitsdienst. Unser
956 soziales Sicherungsnetzwerk umfasst eine gute Gesundheitsversorgung für alle Berliner*innen.

957 **Unsere wehrhafte Demokratie schützen**

958 Wir schützen unsere wehrhafte Demokratie vor ihren Feind*innen und stärken sie mit einem
959 Demokratieförderungsgesetz. Sicherheitsbehörden, Verfassungsschutz und Zivilgesellschaft leisten
960 gemeinsam einen wichtigen Beitrag, um extremistischen Kräften und Parteien entschlossen
961 entgegenzutreten.

962 **Ein Verbotsantrag gegen die AfD**

963 Wir sehen die extreme Rechte und autoritäre Bestrebungen als größte Gefahr für unsere
964 Demokratie. Deshalb wollen wir, dass die AfD vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig
965 eingestuft wird. Wir unterstützen einen entsprechenden Antrag und treiben ihn mit einer
966 Bundesratsinitiative voran.

967 **Die Demokratie stärken**

968 Wir lehnen jede Form extremistischer oder religiös motivierter Gewalt entschieden ab. Berlin
969 braucht eine Strategie für lebendige Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Netz,
970 ergänzt um digitale Präventionsansätze gegen Hassrede, Desinformation und Radikalisierung. Dabei
971 setzen wir Schwerpunkte auf Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Misogynie und
972 geschlechtsspezifische und queerfeindliche Gewalt. Damit schaffen wir für die demokratiefördernde
973 Arbeit der Zivilgesellschaft und für die Demokratiebildung einen verlässlichen, gesetzlichen Rahmen.
974 So stellen wir ihre dauerhafte Finanzierung sicher und stärken die gesellschaftliche Resilienz
975 dauerhaft.

976 Zusätzlich richten wir ein Kompetenzzentrum für Deradikalisierungs-, Distanzierungs- und
977 Ausstiegsarbeit in den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus ein. Wir entwickeln auch
978 geeignete Maßnahmen im Bereich des Linksextremismus. Rechtsextreme Jugendkultur behandeln
979 wir als eigenständiges Phänomen und begegnen ihr mit gezielten Präventionsprogrammen.
980 Wir verteidigen die weltanschauliche Neutralität des Staates. Wir stärken unsere Demokratie zudem
981 durch Förderung der demokratische Beteiligung und Mitwirkung aller Berliner*innen. Die
982 Beteiligungsplattform „Mein Berlin“ entwickeln wir weiter, setzen auf Vor-Ort-Dialoge der
983 Senatsmitglieder und frühzeitige Informationsveranstaltungen bei anstehenden Bau- und
984 Infrastrukturmaßnahmen. Die bestehenden Büros für Bürgerbeteiligung sichern wir ab. Politische
985 Bildung legt dabei den Grundstein - durch Vermittlung von Teilhabemöglichkeiten und der Stärkung
986 der Mündigkeit der Berliner*innen. Deshalb wollen wir Träger politischer Bildung auskömmlich
987 finanzieren und ihre inhaltliche Unabhängigkeit sichern.

988 Wir stärken die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden mit zivilgesellschaftlichen Akteuren im
989 Bereich der Extremismusbekämpfung.

990 Schutz und Sicherheit für Stadt und Menschen

991 Infrastruktur-, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz

992 Berlin steht als Hauptstadt besonderen inneren wie äußeren Gefährdungen gegenüber. Analog zum
993 Nationalen Sicherheitsrat der Bundesregierung setzen wir in Berlin einen Landessicherheitsrat ein,
994 um die Entwicklung und Umsetzung von Sicherheitsstrategien zu koordinieren. Wir stärken damit die
995 ressortübergreifende Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit zwischen der Bundeshauptstadt und
996 der Bundesregierung sowie anderen Landesregierungen.

997 Damit Berlin auch in Krisen handlungsfähig bleibt, machen wir unsere Stadt widerstandsfähiger und
998 legen dafür eine umfassende Strategie zum Schutz kritischer Infrastruktur vor. Gezielt investieren wir
999 in Technik, Schutzmaßnahmen und dezentrale Versorgungslösungen.

1000 Gleichzeitig unterstützen wir die Betreiber kritischer Infrastruktur bei Prävention und Schutz. Das
1001 Lagebild Berlin entwickeln wir zu einem Echtzeit-System für Strom, Wasser, Wärme und weitere
1002 sensible Bereiche weiter, damit wir Risiken früh erkennen können.

1003 Zudem bauen wir das Kompetenzzentrum für Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement aus,
1004 verbessern die Strukturen des Katastrophenschutzes, regeln die Führungszuständigkeit in Krisenlagen
1005 gesetzlich und führen ein landeseinheitliches Krisenmanagementsystem ein, das für alle
1006 Katastrophenschutzbehörden gilt. Krisenstäbe bestehen aus fest benannten Stabsmitgliedern und es
1007 finden regelmäßige Übungen statt. Die Barrierefreiheit wird auch in Krisensituationen mitgedacht -
1008 die notwendigen Informationen werden auch in Leichter Sprache sowie Deutscher Gebärdensprache
1009 zur Verfügung gestellt. Wir stellen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung sicher, um auch
1010 Mehrfach- und Langzeitlagen beherrschen zu können. Wir stärken die zivile Verteidigung und machen
1011 unsere Wirtschaft robuster gegen Cyberangriffe (→ siehe Kapitel [Transformation in die](#)
1012 [Digitalgesellschaft](#)). Dazu intensivieren wir die europäische Kooperation in der Cybersicherheit, um
1013 kritische Infrastruktur und Wissenschaftseinrichtungen in Berlin effektiv vor KI-gestützten
1014 Bedrohungen zu schützen. Denn zum Schutz unserer Stadt, der Berliner*innen und unserer
1015 Demokratie gehört auch der Schutz digitaler Infrastrukturen vor Angriffen und gezielter
1016 Desinformation. So sichern wir staatliche Handlungsfähigkeit und eine verlässliche Versorgung für
1017 alle Berliner*innen.

1018 Berlin zum Wegweiser evidenzbasierter Sicherheits- und Kriminalpolitik
1019 machen

1020 Wir wollen Berlin zu einem führenden Standort für sicherheitspolitische und kriminologische
1021 Forschung machen. Dafür wollen wir unter Einbeziehung der bestehenden Forschungseinrichtungen
1022 Herausforderungen identifizieren und Lösungen für Metropolregionen entwickeln. Hierbei möchten
1023 wir gezielt andere urbane Zentren und deren Forschungseinrichtungen in Deutschland und Europa
1024 einbeziehen. In diesem Rahmen wollen wir insbesondere auch regelmäßige Dunkelfeldforschung zu
1025 den wichtigsten Kriminalitätsphänomenen in Berlin fördern und den Austausch und die
1026 Zusammenarbeit zwischen Forschung, Sicherheitsbehörden und Politik ausbauen.

1027 Sichere Kieze – mehr Opferschutz

1028 Unser Ziel sind sichere Kieze für alle. Neben Prävention stärken wir deshalb die Strafverfolgung. Vom
1029 Kampf gegen Fahrraddiebstahl über besseren Schutz vor Belästigungen bis zur Bekämpfung von
1030 Schutzgelderpressung arbeiten wir daran, dass sich alle Berliner*innen in ihrem Umfeld sicher fühlen
1031 können.

1032 Wir verstärken gezielt die Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft gegen Wirtschaftskriminalität
1033 wie Geldwäsche, Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und Korruption. Kriminell erworbenes
1034 Vermögen schöpfen wir konsequent ab. Zugleich nehmen wir organisierte Kriminalität, Banden- und
1035 Cyberkriminalität stärker in den Blick. Mafiöse organisierte Kriminalität zeigt sich in Berlin auch in
1036 Form von systematischer Ausbeutung und Einschüchterung, etwa durch Schutzgelderpressung,
1037 Arbeitsausbeutung, Zwangsprostitution oder kriminelle Netzwerke in einzelnen Branchen. Wir
1038 stärken deshalb spezialisierte Ermittlungsstrukturen bei Polizei und Staatsanwaltschaft, und
1039 verbessern den Schutz sowie die Beratung für Betroffene.

1040 Gewalt gegen Frauen, queerfeindliche Übergriffe und andere Formen von Hasskriminalität
1041 bekämpfen wir entschlossen - egal, ob sie online oder offline stattfinden. Wir stärken spezialisierte
1042 Beratungsstellen und erhöhen die Aufklärungsquoten.

1043 Freiheitsrechte schützen

1044 Bei alledem gilt: Staatliche Eingriffe müssen stets verhältnismäßig bleiben und die Freiheitsrechte
1045 achten.

1046 Auf Bundesebene setzen wir uns deshalb dafür ein, die Rechte des unabhängigen Polizei- und
1047 Bürgerbeauftragten im Strafprozess zu stärken. Über eine Bundesratsinitiative wollen wir außerdem
1048 das Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter*innen erweitern, wenn sie besonders sensible
1049 Beratungen übernehmen.

1050 Ebenso muss die Versammlungsfreiheit ein hohes Gut bleiben. Wir halten deshalb an der Berliner
1051 Deeskalationsstrategie fest und stellen zugleich sicher, dass die Presse auch bei Demonstrationen
1052 ungehindert arbeiten kann.

1053 Wir stärken das Vertrauen aller Communities in die Sicherheitsbehörden und halten am klaren
1054 Verbot von Racial Profiling fest. Verdachtsunabhängige Kontrollen wollen wir räumlich und in ihrem
1055 Anwendungsbereich auf das notwendige Minimum beschränken. Waffen- und Messerverbotzonen
1056 sollen die Ausnahme bleiben. Deshalb unterziehen wir die Einstufung kriminalitätsbelasteter Orte
1057 einer regelmäßigen parlamentarischen Kontrolle.

1058 Beim Einsatz von KI prüfen wir Nutzen und Risiken sorgfältig in jedem Einzelfall und evaluieren die
1059 Anwendungen regelmäßig. In diese Prozesse binden wir Sicherheitsbehörden, Zivilgesellschaft und
1060 digitale Bürgerrechtsorganisationen ein. Im Zusammenhang mit automatisierten
1061 Massendatenauswertungen setzen wir uns für eine souveräne europäische Lösung ein. Den Einsatz
1062 von Software intransparente und datenschutzrechtlich bedenklicher Hersteller wie Palantir lehnen
1063 wir für Berlin entschieden ab.

1064 Zur Aufarbeitung strafrechtlicher Vorwürfe gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes streben wir
1065 eine Einheit „Interne Ermittlungen“ bei der Senatsverwaltung für Inneres an. Wir entwickeln das
1066 Disziplinarrecht weiter, um verurteilte Extremisten leichter und schneller aus dem Staatsdienst
1067 entfernen zu können. Darüber hinaus präzisieren wir das Disziplinarrecht im Umgang mit
1068 Dienstvergehen unterhalb der Strafbarkeitsschwelle, wie etwa der stillen Mitgliedschaft in
1069 Chatgruppen mit menschenverachtenden Inhalten

1070 Bürgernahe Polizei und Feuerwehr

1071 . Wir setzen uns auf Bundesebene für die rechtliche Gleichstellung ehrenamtlicher Helfer*innen den
1072 Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehr und des Technischen Hilfswerk. Wir stehen für eine Polizei,
1073 die respektvoll handelt und die Vielfalt dieser Stadt widerspiegelt. Ihre interkulturelle Kompetenz
1074 bauen wir deshalb weiter aus und stärken die Sensibilisierung für Rassismus, Queerfeindlichkeit und
1075 geschlechtsspezifische Gewalt in der Aus- und Fortbildung.

1076 Einsatzkräfte verdienen Vertrauen, Anerkennung und gute Arbeitsbedingungen. Deshalb stärken wir
1077 Polizei und Feuerwehr politisch, mit moderner Infrastruktur und zeitgemäßer Ausrüstung. Bei
1078 langwierigen Ermittlungsverfahren verbessern wir den Wissenstransfer bei internen
1079 Personalwechseln. Hierbei soll unter anderem stets sichergestellt sein, dass Ansprechpersonen für
1080 Betroffene und Hinterbliebene kompetent und erreichbar sind. Routinemäßige Supervision, bei der
1081 Beamt*innen das Einsatzgeschehen reflektieren können, bauen wir aus.

1082 Um Menschen in psychischen Krisen besser zu helfen, vernetzen wir Polizei, sozialpädagogische
1083 Fachkräfte und sozialpsychiatrische Dienste. Um Menschen in psychischen Krisen besser zu helfen,
1084 vernetzen wir Polizei, sozialpädagogische Fachkräfte und sozialpsychiatrische Dienste. Zudem
1085 berstetigen wir das Sozialmedizinische Akutteam der Berliner Feuerwehr und der psychosozialen
1086 Arbeitsplatz der Leitstelle der Berliner Feuerwehr als Teil der Gefahrenabwehr.. Für die Sanierung
1087 von Wachen und Wehren legen wir ein Sonderinvestitionsprogramm nach Vorbild der
1088 Schulbauoffensive auf. Dies gilt für Polizei und Feuerwehr. Zusätzlich starten wir ein Modellprojekt,
1089 bei dem Polizei und Feuerwehr Drohnen zur Erstaufklärung einsetzen können.

1090 Wir wollen, dass jedes Kind in Berlin bis zum Schulabschluss mindestens einmal Polizei- und
1091 Feuerwehrkräfte in Schule oder Kita erlebt. Gleichzeitig stärken wir die Kiezbeauftragten der
1092 Feuerwehr als erfolgreiches Präventionsprojekt.

1093 Die Polizei soll Strafverfolgung und Gefahrenabwehr mit „Community Policing“ verbinden und auf
1094 Bündnisarbeit mit der Zivilbevölkerung setzen. Hierbei soll unter anderem die Kooperation mit
1095 migrantischen Selbstorganisationen und Betroffenengruppen rassistischer Gewalt verstärkt werden.
1096 So entstehen belastbare Kooperationen mit Schulen, Sozialarbeit und weiteren Akteuren im Quartier.

1097 Fuß- und Fahrradstreifen weiten wir stadtweit aus. U- und S-Bahnhöfe besetzen wir häufiger mit
1098 Sicherheitspersonal. Ergänzend starten wir ein Programm des digitalen „Community Policing“, das
1099 besonders junge Menschen auch online erreicht.

1100 Gewaltprävention ausbauen

1101 Viele Akteur*innen aus Sozialarbeit, Bildung, Quartiersmanagement und Ehrenamt leisten bereits
1102 wertvolle Arbeit für friedliche Nachbarschaften. Wir fördern ressortübergreifende Programme zur
1103 gewaltfreien Konfliktlösung und Prävention in den Kiezen.

1104 Dabei setzen wir Schwerpunkte auf geschlechtsspezifische Projekte, etwa gegen häusliche Gewalt
1105 sowie Waffen- und Messergewalt. Die bezirklichen Präventionsräte stärken wir personell. Ein
1106 Gewaltpräventionsgesetz soll Prävention, bezirkliche Strukturen und ressortübergreifende
1107 Zusammenarbeit verbindlich regeln und dauerhaft finanzieren. Besondere Aufmerksamkeit gilt
1108 Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen.

1109 Frauen und Kinder vor Gewalt schützen

1110 Frauen wollen wir besser vor geschlechtsspezifischer Gewalt und vor Femiziden schützen. Wir führen
1111 systematische Risikoanalysen bei der Polizei ein. Diese dienen der ersten, standardisierten
1112 Früherkennung von Hochrisikofällen auf Grundlage der vorliegenden Datenbasis und können weitere
1113 Maßnahmen nach sich ziehen. Die Istanbul-Konvention setzen wir konsequent um und bauen
1114 Frauenhäuser, Schutzwohnungen, Unterstützungsangebote für queere Menschen, Angebote
1115 psychosozialer Arbeit mit Täter*innen sowie Gewaltschutzambulanzen stadtweit aus. Dabei sichern
1116 wir die flächendeckende Versorgung aller Stadtteile ab. Auch Minderjährige sollen einfacher Zugang
1117 erhalten.

1118 Einrichtungen zum Schutz von Frauen vor Gewalt werden wir künftig nicht mehr als
1119 Zuwendungsprojekte gestalten, sondern in Trägerfinanzierung längerfristig sichern. Zudem setzen wir
1120 uns weiter dafür ein, dass Krankenkassen die Kosten der „Vertraulichen Spurensicherung“
1121 übernehmen. Es sollen nach Möglichkeit alle Notfallkrankenhäuser mit Fachrichtung Gynäkologie
1122 diese durchführen können.

1123 Wir wollen Kinder als (Mit-)Betroffene von häuslicher Gewalt besser schützen. Auf Bundesebene
1124 setzen wir uns daher dafür ein, dass der Gewaltschutz vor dem Umgangsrecht des gewalttätigen
1125 Elternteils Vorrang hat.

1126 Wir richten eine unabhängige Stelle gegen sexuellen Missbrauch und sexualisierte Gewalt an Kindern
1127 und Jugendlichen ein. Durch flächendeckende Aufklärung schützen wir Kinder besser vor
1128 Cybergrooming und sexualisierter Gewalt im Netz.

1129 Wir stärken die Sicherheit im öffentlichen Raum, etwa durch Überdachung und Beleuchtung von
1130 Haltestellen, Sicherheitsinfos in Nachtbussen, besetzte Bahnhöfe, mehr BVG-Streifen mit gemischten
1131 Teams, das „Heimwegtelefon“ über das Berliner Bürgertelefon an Wochenenden sowie eine
1132 Kampagne für Gewaltfreiheit im ÖPNV.

1133 Moderne und leistungsstarke Justiz

1134 Verfahrensdauern verkürzen und Institutionen stärken

1135 Wir wollen eine leistungsfähige Justiz, die zügig ermittelt und entscheidet. Lange Verfahrensdauern
1136 höhlen das Vertrauen in den Rechtsstaat aus. Deshalb verkürzen wir diese durch bessere Abläufe,
1137 konsequente Digitalisierung und zusätzliche Stellen. Gerade bei Jugendlichen und Heranwachsenden
1138 sollen die Behörden auf Straftaten schnell reagieren.

1139 Die Staatsanwaltschaft Berlin stärken wir mit ausgebauten bzw. neuen Schwerpunktabteilungen
1140 gegen Angriffe auf Mitbestimmung (→ siehe Kapitel [Gute Arbeit und Fach- und](#)
1141 [Arbeitskräftesicherung](#)) sowie gegen Wohn- und Mietkriminalität (→ siehe Kapitel [Mit den Mitteln](#)
1142 [des Rechtsstaats gegen Miethaie vorgehen](#)). Außerdem stärken wir die Staatsanwaltschaft Berlin
1143 durch Fortbildungsangebote zur organisierten, extremen Rechten.

1144 Auch das Schöffennamts werten wir auf und legen besonderes Gewicht auf ein klares Bekenntnis zur
1145 freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

1146 Einfacher Zugang zum Recht für alle Menschen

1147 Das staatliche Justizmonopol bleibt für uns unantastbar. Gleichzeitig muss jede und jeder –
1148 unabhängig von Einkommen oder Vermögen – Zugang zu Rechtsschutz und Rechtsberatung haben.

1149 Wir bauen den elektronischen Rechtsverkehr weiter aus und schaffen eine bürgernahe,
1150 dienstleistungsorientierte Justiz mit niedrighschwelligem Zugängen. Alle zentralen Informationen
1151 bündeln wir in einem Justizportal.

1152 Moderner Strafvollzug

1153 Wir setzen auf einen Strafvollzug, der Sicherheit und Resozialisierung verbindet. Intensivtäter
1154 verbleiben im geschlossenen Vollzug, Radikalisierung in Haft unterbinden wir konsequent.

1155 Ersatzfreiheitsstrafen, die oft sozial Schwächere treffen, ersetzen wir schrittweise durch soziale
1156 Arbeit. Ausbildung, Arbeit und Täter-Opfer-Ausgleich stärken wir gezielt. Auf Bundesebene setzen wir
1157 uns weiter für die Entkriminalisierung des Schwarzfahrens ein.

1158 Gute Gesundheitsversorgung für alle

1159 Gesundheit ist ein Menschenrecht. Deshalb wollen wir eine gerechte und flächendeckende
1160 Gesundheitsversorgung. Ambulante, stationäre und psychosoziale Angebote müssen enger
1161 zusammenarbeiten.

1162 Die Krankenhausversorgung sichern

1163 Viele Berliner Krankenhäuser stehen vor großen Herausforderungen. Hohe Defizite und
1164 Investitionsstau belasten sie. Die SPD Berlin setzt sich vor diesem Hintergrund für eine auskömmliche
1165 Finanzierung ein. Gleichzeitig treiben wir die Krankenhausreform voran. Sie setzt auf Spezialisierung,
1166 Kooperation und Qualität.

1167 Damit Berlin die für die Krankenhausreform bereitgestellten Bundesmittel voll nutzt, stellen wir die
1168 nötigen Landesmittel bereit. Wir sichern auch künftig wohnortnahe Versorgung und
1169 Notfallstrukturen.

1170 Kinder- und Jugendmedizin hat für uns höchste Priorität. Wir werden gemeinsam mit der Charité
1171 Berlin eine neue hochmoderne, barrierefreie und digitale Kinderklinik errichten. Unser Ziel:
1172 europaweit die beste kinder- und jugendmedizinische Versorgung.

1173 Auf Bundesebene kämpfen wir für gerechte Finanzierung.

1174 Wir wollen neben den landeseigenen Häusern auch bei anderen Krankenhausträgern
1175 Entlastungstarifverträge. Pflegekräfte müssen spürbar entlastet werden. Weiterbildung soll leichter
1176 möglich sein.

1177 Berlin zur Medizinhauptstadt machen

1178 Berlin verfügt über Spitzenmedizin.. Die Charité gilt als Deutschlands bestes Universitätsklinikum.
1179 Vivantes ist der größte kommunale Krankenhauskonzern. Wir stärken beide Träger weiter. Ihre
1180 Zusammenarbeit bauen wir aus. So entstehen neue Synergien.

1181 Wir unterstützen die Charité bei der erfolgreichen Weiterentwicklung in ihren drei Rollen als
1182 international renommierte Forschungseinrichtung, als große Ausbildungsstätte für medizinische
1183 Berufe und als Krankenhaus der Maximalversorgung auch für Krisensituationen in der Region. Dafür
1184 erhöhen wir den staatlichen Zuschuss an das Universitätsklinikum und helfen auch mit eigenen
1185 Mitteln bei der Finanzierung erforderlicher Investitionen. Mit dem Bund verhandeln wir über eine
1186 weitere Unterstützung im Rahmen der Hauptstadtaufgaben.

1187 Ambulante und wohnortnahe Versorgung

1188 Besonders Außenbezirke brauchen bessere haus- und fachärztliche sowie therapeutische Angebote;
1189 die Angebote der Krankenhäuser der Außenbezirke werden wir im Rahmen der gemeinsamen
1190 Krankenhausplanung Berlin-Brandenburg mit den Kliniken im Berliner Umland abstimmen. Wir
1191 sorgen für eine gut erreichbare Versorgung in allen Bezirken. . Besonders Randbezirke brauchen
1192 bessere haus- und fachärztliche sowie therapeutische Angebote.

1193 Zudem stärken wir telemedizinische und telepflegerische Angebote in der ganzen Stadt. Für die
1194 Versorgungsplanung ist die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Berlin verantwortlich. Sie bestimmt, wo
1195 in Berlin Praxen öffnen dürfen. Wir werden mit der KV daran arbeiten, die sogenannte
1196 Bedarfsplanung zu reformieren, um in allen Bezirksregionen ausreichend Haus- und Facharztsitze
1197 sowie Psychotherapeutenplätze für eine gute Versorgung der Menschen zu schaffen. Unser Ziel ist
1198 zudem der Ausbau barrierefreier Arztpraxen.

1199 Wir wollen Arzttermine ohne lange Wartezeiten. Deshalb fordern wir Verbesserungen von Bund und
1200 KV. Das Recht auf einen Facharzttermin in 14 Tagen soll für alle Überweisungen zum Facharzt gelten.

1201 Integrierte Gesundheitszentren bündeln Medizin, Pflege und Beratung. Diese wollen wir - wenn nötig
1202 kommunal - ausbauen und für alle Berlinerinnen und Berliner wohnortnah zugänglich machen.
1203 Community Health Nurses führen wir in allen Bezirken ein. Sie bringen Prävention und Pflege direkt
1204 in die Kieze. Kombipraxen fördern wir ebenfalls.“ umformulieren bzw. ergänzen: „In allen Bezirken
1205 setzen wir Community Health Nurses ein – spezialisierte Pflegefachkräfte, die sich im Kiez um
1206 Primärversorgung, Prävention und Gesundheitsförderung kümmern. Auch fördern wir
1207 Praxiskooperationen in der ambulanten Gesundheitsversorgung. Wir richten mehr Notdienstpraxen
1208 an weiteren Krankenhäusern ein und bauen die Öffnungszeiten aus. Das gilt besonders für Kinder
1209 und Jugendliche. So bleibt Hilfe rund um die Uhr erreichbar.

1210 Der Öffentliche Gesundheitsdienst bleibt eine tragende Säule. Wir stärken ihn personell und
1211 finanziell. Struktur und Ausstattung verbessern wir weiter.

1212 Den Runden Tisch Kindergesundheit führen wir fort.

1213 Psychische Gesundheit

1214 Viele psychisch erkrankte Menschen warten lange auf Hilfe. Therapieplätze sind schwer zu finden.
1215 Deshalb entwickelt Berlin einen Masterplan psychische Gesundheit. Er ordnet Hilfen neu. Er soll
1216 Wartezeiten verkürzen und integrierte Angebote schaffen.

1217 Wir drängen die KV und den Bund auf Reformen der Bedarfsplanung. Mehr Therapieplätze müssen
1218 entstehen. Wartezeiten müssen sinken. Außerdem bilden wir mehr Fachpersonal aus.

1219 Die Kontakt- und Beratungsstellen bauen wir aus, ebenso die Psychotherapie für Kinder und
1220 Jugendliche nach SGB VIII. Ziel ist eine niedrigschwellige und wohnortnahe Versorgung. Damit
1221 ausreichend ausgebildete Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zur Verfügung stehen,
1222 richten wir Weiterbildungsstellen im öffentlichen Gesundheitsdienst für die Pflichtweiterbildung ein.
1223 Zudem sorgen wir dafür, dass die Kliniken und Ausbildungsinstitute genug Weiterbildungsplätze nach
1224 der neuen Weiterbildungsordnung anbieten.

1225 Auch die Situation in stationären Einrichtungen verbessern wir. Dazu zählen bedarfsgerechte
1226 Platzzahlen. Das gilt auch für den Maßregelvollzug.

1227 Pflege

1228 Die Zahl pflegebedürftiger Menschen wächst. Das fordert unsere Stadt heraus. Alle sollen mit Würde
1229 versorgt werden.

1230 Wir stärken deshalb die häusliche Pflege und richten wohnortnahe Pflege- oder Sozialstationen ein.
1231 Hier erhalten pflegebedürftige Menschen ohne lange Anfahrtszeiten die benötigte Versorgung.
1232 Beratungsstellen, Hausbesuche und Quartiersangebote bauen wir aus. Kurzzeit- und
1233 Verhinderungspflege erweitern wir. Pflegestützpunkte wollen wir bekannter machen.

1234 Mit einem neuen Altenhilfestrukturegesetz machen wir Altenhilfe zur Pflichtaufgabe. Mit der
1235 stadtweiten Umsetzung sichern wir soziale Infrastruktur im Alter. Berlin richtet ein Demenz-
1236 Kompetenzzentrum ein.

1237 Pflegende Angehörige entlasten wir stärker. Ein neues Pflegenottelefon hilft schnell.

1238 Pflegeeinrichtungen wollen wir im Sinne der pflegebedürftigen Personen engheriger kontrollieren.
1239 So wollen wir die Qualität der Versorgung besser sicherstellen. Auf Bundesebene kämpfen wir für
1240 Tarifbindung und faire Bezahlung in der Pflege. Auch verlässliche Finanzierung gehört dazu: Die
1241 Eigenanteile an der Pflege sollen gedeckelt werden.

1242 Digitale Technik und barrierefreies Wohnen fördern Selbstständigkeit. Telepflege soll den Alltag
1243 erleichtern.

1244

1245 Gesundheit für alle – unabhängig von Status, Geschlecht und Beeinträchtigung

1246 Das Integrierte Gesundheitsprogramm stärkt bereits heute gezielte Angebote der
1247 Gesundheitsversorgung.“ ersetzen durch „Mit dem Integrierten Gesundheitsprogramm werden
1248 bereits heute Gesundheitsprojekte für Menschen mit besonderen Bedarfen gefördert.

1249 Wir bauen diese Angebote weiter aus und schließen Versorgungslücken.

1250 Auch geschlechtersensible und altersspezifische Medizin treiben wir voran. Jede und jeder soll die
1251 beste Behandlung erhalten. Deshalb stärken wir die queersensible Gesundheitsversorgung,
1252 insbesondere für trans* Patient*innen, und bauen die Aus- und Fortbildung in den
1253 Gesundheitsberufen aus. Gendermedizin fördern wir in Forschung und Ausbildung.

1254 Endometriose, die Millionen Frauen betrifft, bekommt mehr Aufmerksamkeit. Neue
1255 Forschungsschwerpunkte entstehen. Aufklärung und Versorgung bauen wir aus. Auch die
1256 Wechseljahre müssen stärkere Beachtung in Forschung und Gesundheitsversorgung finden.

- 1257 Bei Geburten bleibt die Eins-zu-eins-Betreuung unser Ziel. Wir bauen dazu die Hebammenausbildung
1258 aus. Gemeinsam mit Fachverbänden prüfen wir den Bedarf und richten einen Masterstudiengang für
1259 Hebammen ein. Die praxisnahe Ausbildung stärken wir im Bachelor.
- 1260 Im Bundesrat soll sich Berlin für eine entkriminalisierende, diskriminierungsfreie, gesetzliche
1261 Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs einsetzen. Das Förderprogramm Assistierte
1262 Reproduktion für Paare mit unerfülltem Kinderwunsch legen wir unter Einbeziehung aller
1263 Familienmodelle wieder auf.
- 1264 ME-CFS, Long Covid und Post VAC nehmen wir ernst. Forschung und Versorgung müssen besser
1265 werden. Die KV Berlin soll die medizinische ambulante Betreuung sichern.
- 1266 Auch obdachlose und geflüchtete Menschen brauchen medizinische Versorgung. Für uns ist das
1267 selbstverständlich. Die SPD Berlin sichert daher medizinische Not- und Beratungsstellen. Niemand
1268 darf durchs Raster fallen. Wir werden das Engagement Berlins im Rahmen der „Fast Track Cities
1269 Initiative to End Aids“ fortsetzen. Berlin wird seinen Beitrag leisten, die HIV-Pandemie bis 2030 zu
1270 beenden, und die Versorgungsstrukturen konsequent auf die Ziele „95-95-95-0“ der Vereinten
1271 Nationen ausrichten.

1272 **Aufsteigen mit gleichen Chancen**

1273 Wir wollen die familienfreundliche Metropole Berlin. Dafür investieren wir in die Bildung und
1274 Ausbildung unserer Kinder. Denn: Bildung ist der zentrale Schlüssel für Teilhabe in der
1275 Gesellschaft, für ein selbstbestimmtes Leben und für die Stärkung der Demokratie.

1276 Gute Bildung gibt allen eine Chance: Egal, wo sie herkommen, egal, woran sie glauben, egal,
1277 wieviel ihre Eltern verdienen, unabhängig davon, ob sie eine Behinderung haben.

1278 In Berlin lernen die Kinder heute schon länger gemeinsam als in vielen anderen
1279 Bundesländern; in Berlin ist die Ganztagesbetreuung heute schon besser ausgebaut als
1280 anderswo. Wir haben viel geschafft. Aber noch lange nicht genug. Jedes Kind bekommt die
1281 beste Sprachförderung, wir investieren in die Qualität und wir stärken die
1282 Lehrkräfteausbildung, damit wir in Zukunft ausreichend Lehrkräfte für unsere Schulen
1283 haben. Bildung hat bei uns absolute Priorität.

1284 Wenn wir Geld in Kitas, Schulen, Hochschulen stecken, dann investieren wir in die Zukunft.
1285 Denn wir wissen: Nur wer mitreden kann, kann auch mitmachen in der Demokratie.

1286 Wir investieren auch weiterhin in Berlins Wissenschaft und Forschung - in gute Lehre und
1287 Studienbedingungen, in gute Arbeit an unseren Hochschulen und in unsere
1288 außeruniversitären Institute. Berlin ist Deutschlands größter Hochschul- und
1289 Forschungsstandort. Die Stärke, die aus ihm erwächst, ist unverzichtbare Grundlage für die
1290 Entwicklung unserer Stadt, ihrer Innovationsfähigkeit und Wirtschaftskraft. Wir bauen den
1291 Standort weiter aus, stärken die Zusammenarbeit und investieren in die Sanierung unserer
1292 Gebäude mit einer Hochschulbaugesellschaft.

1293 **Frühkindliche Bildung, Kinder und Jugend, Familie**

1294 **Ausreichend Ressourcen für die Kleinsten**

1295 Wir schätzen die Vielfalt der Berliner Familien und geben allen den passenden Raum zur Entfaltung.
1296 Damit das gelingt, brauchen Familien ausreichende Ressourcen – und Jugendämter, die als starke
1297 Partner an ihrer Seite stehen.

1298 Die Hilfen zur Erziehung sind ein wichtiger Baustein des Kinderschutzes. Deshalb setzen wir uns dafür
1299 ein, die Bezirke hier finanziell besser auszustatten, um die gesetzlichen Pflichten zur Hilfe erfüllen zu
1300 können. Um Familien von Beginn an zu unterstützen und möglichst viele zu erreichen, weiten wir die
1301 Modellprojekte zur sozialen Beratung in Kinderarztpraxen aus. Die aktuelle Finanzierungspraxis und
1302 den Finanzierungsschlüssel bei den Hilfen zur Erziehung reformieren wir so, dass kein Bezirk trotz
1303 hoher Bedarfe benachteiligt wird.

1304 **Bessere Betreuung in den Kitas**

1305 Die Kitazeit ist die prägendste Zeit des Lebens und man kann sie nicht wiederholen. Wir wollen, dass
1306 es die bestmögliche Zeit wird, in der Kinder sicher und liebevoll ihre Welt erweitern und entdecken
1307 können. Frühkindliche Bildung ist der Schlüssel für die gesamte Bildungsbiografie. Wir verbessern
1308 deshalb den Betreuungsschlüssel in den Kitas weiter – spürbar im Alltag. Für Fachkräfte und für

1309 Kinder. Hierfür werden wir das Ziel verfolgen, in der nächsten Legislaturperiode die
1310 wissenschaftlichen Empfehlungen für die Betreuungsschlüssel im U3 und Ü3-Bereich zu erreichen.
1311 Dabei werden wir auch eine Erhöhung der Fachkraft-Quote in den Kitas anstreben. Künftig
1312 berechnen wir den Schlüssel nur nach dem Personal, das tatsächlich vor Ort ist. Urlaub, Krankheit
1313 oder Fortbildung zählen nicht mit. So schaffen wir mehr Zeit für frühkindliche Bildung und
1314 individuelle Förderung. Integrationskitas stärken wir durch eine Erhöhung des Personalzuschlages.
1315 Kita-Sozialarbeit setzen wir gezielt dort ein, wo sie besonders gebraucht wird.

1316 Der Kita-Gutschein soll für den ohnehin geltenden Rechtsanspruch (5-7 Stunden) zum 1. Geburtstag
1317 des Kindes antragslos automatisch zugestellt werden, dafür passen wir die Fachverfahren an. Die ab
1318 2027 geplante Einführung des Partizipationszuschlags erleichtern wir für die Familien. Wir
1319 automatisieren die Abfrage einer berlinpass-BuT-Berechtigung bei der Beantragung des
1320 Kitagutschein. Damit entlasten wir Familien und Kitaleitungen gleichermaßen. Sprache ist der
1321 Schlüssel zur Welt. Deshalb wollen wir alle Kitas gezielt durch zusätzliches Fachpersonal stärken,
1322 insbesondere für die alltagsintegrierte Sprachbildung. Diese Fachkräfte werden nicht auf den
1323 Betreuungsschlüssel angerechnet und können auch für weitere Qualitätsverbesserungen genutzt
1324 werden, z.B. für musikalische Früherziehung, motorische Förderung oder mathematisch-
1325 naturwissenschaftliche Kompetenzen. Für die Sprachförderung führen wir den Personalzuschlag
1326 „nicht deutscher Herkunftssprache“ (ndH) wieder ein.

1327 Die SPD steht fest zu den Kita-Eigenbetrieben des Landes Berlin. Sie sichern die Daseinsvorsorge in
1328 der Grundstruktur. Wir stabilisieren ihre Finanzierung durch zusätzliche Investitionsmittel,
1329 berücksichtigen dabei schwankende Geburtenrate und ermöglichen mit den Eigenbetrieben ein
1330 wohnortnahes Kita-Angebot in allen Bezirken. Einer Anpassung des Eigenbetriebsgesetzes stehen wir
1331 offen gegenüber.

1332 Demokratie beginnt in der Kita. Wir stärken Elternrechte durch eine konsequente Berücksichtigung
1333 von Elternvertretungen in relevanten Entscheidungsprozessen. Die bestehenden Strukturen stärken
1334 wir durch klare Kommunikation mit den Bezirken und die Einrichtung von Geschäftsstellen für die
1335 Bezirkselfternausschüsse und den Landeselfternausschuss.

1336 Eine gute Vorbereitung auf die Einschulung

1337 Weil der Übergang von Kita in die Schule für viele Familien eine anspruchsvolle Phase ist, schaffen
1338 wir Verbesserungen durch verbindliche Kooperationsstrukturen, gemeinsame Diagnostik und
1339 Übergangskonzepte. Wir setzen alles daran, dass das verpflichtende letzte Kita-Jahr endlich
1340 berlinweit ohne Wenn und Aber umgesetzt wird. Jedes Kind soll beim Schuleintritt die
1341 Voraussetzungen mitbringen, dem Unterricht in einer passenden Geschwindigkeit folgen zu können.
1342 Dafür setzen wir die Personalschlüsselverbesserungen konsequent um, damit die Kinder die
1343 bestmögliche frühkindliche Bildung erhalten. Messungen und Beobachtungsinstrumente
1344 unterstützen den Prozess, bei dem das Kind und seine Interessen im Zentrum steht. Das Berliner
1345 Bildungsprogramm und den Prozess der Weiterentwicklung evaluieren wir.

1346 Bei Bedarf unterstützen wir Kitas mit Sprachkursen für Kinder mit Sprachdefiziten. Jedes Kind
1347 bekommt eine frühzeitige Sprachförderung. Wir führen verpflichtende Sprachstandfeststellungen ein
1348 und stellen sicher, dass Kinder mit Förderbedarf vor der Einschulung gezielt unterstützt werden. Kitas
1349 in schwierigen Lagen erhalten ein zusätzliches Sprachförderangebot angelehnt an das 2025
1350 ausgelaufene Programm "Sprach-Kitas".

1351 Weil Familien in dieser Zeit besonders viel leisten, bauen wir die Familientreffpunkte aus. Schulen
1352 ermutigen wir, sich für Elterncafés zu öffnen und Schule stärker als gemeinsamen inklusiven
1353 Erziehungsraum zu begreifen.

1354 Gesundheit fängt in Kita und Schule an

1355 Gute Ernährung beginnt früh. Wir verankern Ernährungsbildung bereits in der Kita, stärken gesundes
1356 und kostenfreies Essen in der Gemeinschaftsverpflegung und setzen die Berliner Ernährungsstrategie
1357 mit diesen Schwerpunkten konsequent fort.

1358 Damit sich Kita und Ganzttag von einem Betreuungsangebot zu einem echten Bildungsangebot
1359 entwickeln, etablieren wir Bewegung als Qualitätsmerkmal und verankern hochwertige Bewegungs-,
1360 Spiel- und Sportangebote im täglichen Angebot. Dazu stärken wir die bewegungs- und
1361 sprachpädagogischen Kompetenzen des pädagogischen Personals und bauen Kooperationen mit
1362 externen Angeboten wie Sportvereinen aus. Wir setzen uns dafür ein, dass Angebote zur
1363 Zahnhygiene konsequent in Kitas umgesetzt werden und starten eine Offensive für Zahngesundheit.

1364 Spielplätze als Orte für Familien

1365 Berlins Grünflächen und Spielplätze, die inklusiv sein sollen, sind soziale Oasen für Kinder und
1366 Familien. Wir schützen diese Orte und verstärken die Spielplatzsanierungsprogramme, damit gute
1367 Spielplätze überall in Berlin zum verlässlichen Standard werden. Wo immer möglich, sollen Familien
1368 und Kinder weiterhin bei der Gestaltung mitreden können. Wir stärken die bezirklichen
1369 Spielplatzkommissionen.

1370 Eine Stadt für Kinder und Jugendliche

1371 Kinder und Jugendliche brauchen Räume, die ihnen gehören. In Kinder- und
1372 Jugendfreizeiteinrichtungen bestimmen sie mit, was passiert, und erleben einen Ort, an dem sie nicht
1373 bewertet werden. Kinder- und Jugendverbände haben für uns dabei einen prioritären Stellenwert in
1374 der Förderung und Unterstützung ihrer Arbeit. Wir setzen uns für den Ausbau der Kinder- und
1375 Jugendfreizeitangebote ein. Diese Orte sind zugleich Schutzräume, etwa für queere Jugendliche (→
1376 siehe Kapitel [Queeres Berlin](#)). Auch im öffentlichen Raum schaffen wir mehr Treffpunkte für
1377 Jugendliche mit und ohne Beeinträchtigungen, die entsprechend ihren Wünschen und Bedürfnissen
1378 gestaltet werden. Hierfür schaffen wir langfristig und im Gesetzesrang die finanziellen und
1379 personellen Voraussetzungen in den Bezirken. An diesen „JugendOrten“ können sie sich aufhalten,
1380 ohne Geld zahlen zu müssen. Wir schützen junge Menschen zudem vor Verdrängung aus dem
1381 öffentlichen Raum, in dem wir die gesetzlichen Vorgaben zum Lärmschutz anpassen.
1382 Gesellschaftliche Krisen und die Nachwehen der Corona-Pandemie stellen junge Menschen heute vor
1383 vielfältige Herausforderungen, die bei vielen zu mentalen Problemen führen. Wir bauen
1384 niedrigschwellige Anlaufstellen für Jugendliche in seelischen Krisen aus, die das Regelsystem
1385 ergänzen, solange dieses nicht ausreichend Angebote für den tatsächlichen Bedarf vorhält. Den
1386 Zugang zu kulturellen Angeboten sichern wir für alle jungen Menschen – unabhängig von ihrem
1387 Elternhaus. Mit der „Jugendkulturkarte“ führen wir das 50-Euro-Kulturguthaben pro Jahr für alle
1388 Berliner*innen zwischen 18 und 23 Jahren wieder ein. Wir stärken die Arbeit der Kinder- und
1389 Jugendverbände in ihrer ganzen Vielfalt. Jugend- und Sportangebote sichern wir konsequent und
1390 entwickeln sie zu inklusiven und barrierefreien Räumen weiter.

1391 Beteiligung von jungen Menschen verbessern

1392 Berlin braucht eine Jugendstrategie. Diese werden wir gemeinsam mit jungen Menschen erarbeiten
1393 und die Ergebnisse konsequent umsetzen.

1394 Demokratieförderung und Partizipation müssen alle Kinder inklusiv von klein auf erleben. In vielen
1395 Kitas ist das bereits gelebter Alltag: Kinder gestalten mit und lernen Verantwortung. Auch in der
1396 Schule bauen wir Mitbestimmung weiter aus (→ siehe Kapitel [Berliner Schulen sind demokratisch](#)).

1397 Junge Menschen übernehmen Verantwortung – oft im Ehrenamt. Das stärkt sie und unsere
1398 Demokratie. In vielen Bezirken haben sich Kinder- und Jugendparlamente und Beteiligungsstrukturen
1399 entwickelt. Wir begrüßen das und richten in der nächsten Legislaturperiode ein Kinder- und
1400 Jugendparlament auf Landesebene ein, das mit auskömmlichen personellen und sächlichen
1401 Ressourcen ausgestattet wird. Wir schreiben verbindliche Beteiligungsrechte junger Menschen auf
1402 Landes- und Bezirksebene fest. Wir schaffen eine unabhängige Kinderbeauftragte für Berlin, die die
1403 Interessen von Kindern und Jugendlichen vertritt und politische Vorhaben auf ihre Auswirkungen auf
1404 junge Menschen prüft. So stärken wir Kinderrechte verbindlich in allen Politikfeldern und sichern
1405 echte Beteiligung.

1406 Hierbei sorgen wir dafür, dass alle Kinder und Jugendliche daran teilhaben können. Die
1407 Kostenübernahme für Gebärdensprachdolmetscher*innen im Kinder- und Jugendparlament
1408 Charlottenburg-Wilmersdorf ist hier Vorbild. Darüber hinaus setzen wir einen Ring politischer Jugend
1409 ein, um die demokratischen politischen Jugendverbände in unserer Stadt zu stärken.

1410 Schule, berufliche Bildung, lebenslanges Lernen

1411 Das Aufstiegsversprechen an Berliner Schulen erneuern

1412 Unser Bildungssystem bringt heute deutlich mehr Kinder an die Universitäten als früher. Trotzdem
1413 entscheidet noch immer zu oft die Herkunft über den Bildungsweg. Soziale Lage und
1414 Migrationsgeschichte bestimmen weiterhin den Bildungsweg eines Kindes mit. Deshalb erneuern wir
1415 das Aufstiegsversprechen in Berlin. Aufstiegsversprechen heißt aber auch, dass sich alle
1416 Schüler:innen in beruflichen Schulen und -Bildungsgängen so weiter qualifizieren können, dass sie die
1417 jeweiligen Abschlüsse bis zum Abitur erreichen können. Unser Aufstiegsversprechen heißt aber
1418 ausdrücklich auch, dass alle Schülerinnen und Schüler der berufsfeldorientierten Oberstufenzentren
1419 oder anderer beruflicher Bildungsgänge sich an Fachoberschulen, Berufsoberschulen, Beruflichen
1420 Gymnasien oder Fachschulen entsprechend ihrer Interessen und Fähigkeiten so weiter qualifizieren
1421 können, dass sie die Fachhochschulreife, das berufsfeldorientierte oder das allgemeine Abitur
1422 erreichen können.

1423 Egal ob Gymnasium, Integrierte Sekundarschule oder Gemeinschaftsschule: An jedem Standort sollen
1424 alle Abschlüsse ohne Schulwechsel möglich sein – bis hin zum Abitur. Dafür soll jede Schule allein
1425 oder im Verbund eine gymnasiale Oberstufe anbieten.

1426 Wir stärken das gemeinsame Lernen in der sechsjährigen Grundschule und in der
1427 Gemeinschaftsschule. Die Zahl der Gemeinschaftsschulen verdoppeln wir. Eine Ausweitung
1428 grundständiger Gymnasien lehnen wir ab. Zugleich sichern wir die soziale Offenheit der Gymnasien,
1429 indem wir das Aufnahmeverfahren beim Notendurchschnitt, den einbezogenen Fächern und der
1430 wissenschaftlichen Belastbarkeit des Eignungstests anpassen und diese Regeln auf grundständige

1431 Gymnasien übertragen. Das Anmeldeverfahren zu weiterführenden Schulen ab Klasse 7 wollen wir
1432 im Sinne der Familien einer kritischen Prüfung unterziehen.

1433 Auch grundständige Gymnasien stärken wir gezielt in ihrer inklusiven und integrativen Arbeit. Sie
1434 sollen sonderpädagogische Förderung ebenso leisten können wie Begabtenförderung.

1435 Wir bekennen uns zur Staatlichen Europa-Schule Berlin (SESB) und setzen uns dafür ein, alle SESB-
1436 Standorte zu erhalten sowie neue Standorte und Sprachkombinationen zu eröffnen.

1437 Auch an Privatschulen fördern wir soziale Durchlässigkeit und Bildungsgerechtigkeit. Freien Schulen,
1438 die wie öffentliche Schulen arbeiten, ermöglichen wir eine Vollfinanzierung. In der nächsten
1439 Wahlperiode wollen wir nachweisbar erreichen, dass Bildungserfolg sich stärker von sozialer
1440 Herkunft entkoppelt.

1441 Mehr Inklusion in die Regelschulen bringen

1442 Wir stehen für inklusive Bildung und gemeinsames Lernen von Anfang an. Daher wollen wir die
1443 Regelschulen in die Lage versetzen, ihren Bildungsauftrag für ein chancengerechtes gemeinsames
1444 Lernen zu erfüllen. Wir sorgen für ausreichende sonderpädagogisch qualifizierte Lehr- und Fachkräfte
1445 sowie eine gleichmäßige Verteilung der Förderschwerpunkte in ganz Berlin. Dazu gehört auch der
1446 Ausbau inklusiver Schwerpunktschulen. Die Zahl der sonderpädagogischen Förderzentren wird nicht
1447 erweitert, vielmehr erfahren sie eine systematische Transformation zugunsten inklusiver Lösungen.
1448 Dafür erarbeiten wir einen verbindlichen 10-Jahres-Plan. So verhindern wir den Beginn lebenslanger
1449 Exklusionsketten in Sondersystemen. Zur Nichtbeschulung von derzeit 2500 Schüler*innen in Berlin
1450 erarbeiten wir zügig eine Strategie unter der Beteiligung der Interessenverbände und des Senats.

1451 An anderen Standorten bringen wir Inklusion voran, indem wir multiprofessionelle Teams,
1452 insbesondere pädagogische Unterrichtshilfen stärken und temporäre Kleinklassen ermöglichen. Die
1453 weiteren Professionen ergänzen und ersetzen nicht die Lehrkräfte im System.

1454 Ebenso treiben wir die Einführung des Wahlfachs „Deutsche Gebärdensprache“ (DGS) weiter voran.

1455 Wir setzen einen Schulentwicklungsplan für berufliche Schulen um. Wir stärken notwendige
1456 Strukturen, die Qualität und Schulentwicklung beruflicher Schulen verantworten. Ein Landesinstitut
1457 für berufliche Schulen steuert die Qualität und Weiterentwicklung.

1458 Eigenständige und datenbasierte Schulen

1459 Berliner Schulen sollen eigenständig handeln können: pädagogisch, in der Personalführung und beim
1460 Einsatz ihrer Mittel. Gleichzeitig stärken wir ihre datenbasierte Arbeit. Wir orientieren uns stärker an
1461 transparent erhobenen Bildungs- und Entwicklungsdaten, die einen ganzheitlichen Blick ermöglichen
1462 – von sprachlichen und mathematischen Grundkompetenzen über soziale Entwicklung bis hin zu
1463 Abschlussquoten, Teilhabechancen und der demokratischen Kultur der Schulgemeinschaft.

1464 Dazu bauen wir regelmäßige Lernstandserhebungen, Schulfeedbacksysteme und Qualitätsmonitoring
1465 aus.

1466 Dafür entwickeln wir Schulaufsicht und Unterrichtsentwicklung weiter und qualifizieren Schulleitung
1467 und Führungskräfte für die Wahrnehmung ihrer umfassenden Aufgaben in einer eigenständigen und
1468 demokratischen Schule, besonders mit Blick auf die Nutzung von Schuldaten. Die Doppelrolle der
1469 heutigen Berliner Schulaufsicht aus Kontrollinstanz und gleichzeitiger Linienverantwortung muss
1470 aufgelöst und die Schulaufsicht als echte Kontrolle und Beschwerdestelle unabhängig gestellt
1471 werden.

1472

1473 Ganzheitliche und ganztägige Schulen

1474 Nicht alles läuft gut in Berliner Schulen. Aber wir als Sozialdemokratie haben viel geschaffen, auf das
1475 wir stolz sind. Berliner Kinder lernen länger gemeinsam als in vielen Bundesländern. Wir haben die
1476 Ganztagsbetreuung ausgebaut, ein kostenloses Mittagessen eingeführt, Lehr- und Lernmittelfreiheit
1477 weitgehend umgesetzt und ein kostenloses Schüler*innenticket für ganz Berlin ab der ersten Klasse
1478 ermöglicht.

1479 Schule soll fürs Leben stärken. Deshalb verschlanken wir Rahmenlehrpläne und flexibilisieren die
1480 Stundentafel. Weitere Fächer führen wir nicht ein. Wir verzahnen Unterricht und
1481 außerunterrichtliche Angebote enger und bauen dafür den Flex-Ganztage an Grundschulen bis
1482 einschließlich Klasse 6 aus.

1483 Kooperationen mit Sportvereinen (→ siehe Kapitel [Sport ist wichtig für Kinder und Jugendliche](#)),
1484 Musikschulen und außerschulischen Lernorten stärken wir weiter, besonders mit
1485 Gartenarbeitsschulen, Jugendverkehrsschulen und Jugendkunstschulen.

1486 Nach Hamburger Vorbild unterstützen wir Auslandsaufenthalte gezielt nach sozialen Kriterien. Und
1487 wir stehen dafür, dass jedes Kind auch künftig die Unterrichtsmaterialien kostenlos erhält, die es
1488 braucht.

1489 Schule ohne Diskriminierung und Rassismus

1490 Wir sichern einen Schulalltag, in dem Kinder sich einbringen können und geschützt sind. Mobbing,
1491 Diskriminierung und gruppenfeindliches Verhalten müssen wir erkennen und bekämpfen. Jede
1492 Schule soll künftig ein Anti-Mobbing-Team haben. Queere Jugendliche stärken wir (→ siehe Kapitel
1493 [Queeres Berlin](#)). Für geflüchtete Kinder streben einen Schulbesuch an einer Regelschule nach 2
1494 Monaten an.

1495 Bildung muss diskriminierungsfrei sein. Deshalb setzen wir uns für eine queer-, rassistisch- und
1496 kolonialsensible Überarbeitung von Rahmenlehrplan, Schulcurricula sowie Lehr- und Lernmaterialien
1497 ein. Fortbildungen zu Diskriminierung, Rassismus und Postkolonialismus stärken wir. In die
1498 Ausbildung pädagogischer Fachkräfte integrieren wir verpflichtend diskriminierungskritische Module
1499 – in allen Entwicklungsstufen.

1500 Eine unabhängige Beschwerdestelle für Schulen und Kitas siedeln wir beim Parlament an (→ siehe
1501 Kapitel [Vielfalt leben – Diskriminierung bekämpfen](#)).

1502 Berliner Schulen sind demokratisch

1503 Schülerinnen begegnen den Feinden der Demokratie heute früher und direkter – oft über soziale
1504 Medien. Umso wichtiger ist es, ihre Demokratiefähigkeit zu stärken. Das tun wir erstens, indem wir
1505 zentrale Schulfächer stärken. Zweitens bauen wir Mitbestimmung aus. Drittens vertiefen wir die
1506 Zusammenarbeit mit außerschulischen Partner*innen.

1507 Die Schulfächer Politik und Ethik sind für Demokratiebildung gleichermaßen zentral. Deshalb bleiben
1508 sie unangetastet. Ein Wahlmodell zwischen Ethik oder Religion lehnen wir ab. Empathie, Mitgefühl
1509 und die Fähigkeit zum Kompromiss wollen wir gezielt fördern. Dafür führen wir in einem
1510 Wahlpflichtfach das Thema Empathie ein.

1511 Wir stärken Schüler*innenvertretungen und den wöchentlichen Klassenrat als Instrumente für
1512 Partizipation, demokratische Praxis und Konfliktlösung. .

1513 Mitbestimmung bauen wir ab Klasse 1 aus. Wir messen den Demokratisierungsgrad der Schulen und
1514 führen freie Mittel für Demokratisierungsprojekte wieder in das Bonusprogramm ein. Den
1515 Mitteleinsatz steuern wir stärker über Schulverträge und machen Erfolge messbar.

1516 Träger außerschulischer Bildung – von kultureller Bildung über Antidiskriminierung bis
1517 Demokratiebildung und queere Bildung – sind unverzichtbare Partner. Im Demokratiefördergesetz
1518 (→ siehe Kapitel [Die Demokratie stärken](#)) schaffen wir Verlässlichkeit in der Finanzierung und bessere
1519 Abstimmung zwischen Projekten und Schulen. Bestehende Projekte der politisch-historischen
1520 Bildungsarbeit fördern wir weiterhin. Die Unabhängigkeit der Landeszentrale für politische Bildung
1521 stärken wir, indem wir sie beim Parlament ansiedeln.

1522 Digitale Bildung und Handynutzung

1523 Digitale Bildung ist unverzichtbar. Wir stärken Medienkompetenz, kritischen Umgang mit sozialen
1524 Medien, KI-Kompetenzen und digitale Verantwortung als festen Bestandteil schulischer Bildung.
1525 Dafür entwickeln wir einen neuen Rahmenlehrplan Digitales. Er soll digitale Bildung als
1526 Querschnittskompetenz in allen Fächern und Jahrgangsstufen verankern. Schon in der Grundschule
1527 sollen Kinder Technikverständnis, Social Media, die Themen Cybersicherheit, Cybermobbing und
1528 Desinformation kennenlernen. Auch Risiken durch Gaming sollen im Schulunterricht behandelt
1529 werden. Hierbei soll auch die Relevanz der Digitalisierung für die Barrierefreiheit herausgestellt
1530 werden

1531 Wir begleiten Schulen bei einer kritischen Auseinandersetzung mit Handy- und Social-Media-
1532 Nutzung. Für besseren Gesundheits- und Kinderschutz setzen wir ein Handyverbot an allen
1533 Grundschulen durch.

1534 Den Digitalpakt Schule setzen wir unbürokratisch um. Wir etablieren eigene IT-Budgets für Schulen
1535 und entwickeln ein sozialverträgliches Modell „Endgerät-als-Service“ für Schüler*innen. Als
1536 Voraussetzung einer robusten IT priorisieren wir im Kontext der (→ siehe Kapitel [Investitionen in eine
1537 funktionierende Stadt](#)) auch eine stabile Internetversorgung der Schulen.

1538 Berliner Schulen sind Orte guter Arbeit

1539 Lehrkräfte sollen eine transparente und praktikable Arbeitszeiterfassung für unterrichtliche und
1540 außerunterrichtliche Tätigkeiten erhalten – von Gremienarbeit über Elternarbeit bis Verwaltung.
1541 Lehrkräfte in herausfordernden Lagen entlasten wir gezielt. Wir bekennen uns zur Verteilung von
1542 Pädagog*innen anhand sozialer Indikatoren. Wir werden die Anerkennung und Gleichstellung der
1543 wertvollen Berufserfahrung von Lehrkräften mit internationalen Qualifikationen erleichtern, indem
1544 wir länderübergreifend vereinbarte Spielräume nutzen und uns für Flexibilisierung der
1545 Sprachanforderungen einsetzen. Auch Referendar*innen wollen wir einen guten Start ins
1546 Berufsleben ermöglichen. Im Sinne der Entlastung nehmen wir daher die kürzlich erfolgte Erhöhung
1547 der Unterrichtsverpflichtung zurück und sorgen für eine gute Mischung zwischen Praxis und Theorie
1548 in der zweiten Phase.

1549 Nichtpädagogisches Personal bauen wir aus – Verwaltungsleitungen, IT-Personal und Hausmeister.
1550 So können Pädagog*innen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

1551 Die mentale Gesundheit aller Beteiligten stärken wir, unter anderem durch mehr
1552 multiprofessionelles Personal, insbesondere Schulpsychologie und Gesundheitsfachkräfte.

1553 Stufenweise führen wir ein Landesprogramm Schulstationen ein und stellen sicher, dass jede Schule
1554 mindestens eine Schulsozialarbeiterstelle hat. Schulen sollen weiterhin Erzieher*innen direkt im
1555 Landesdienst einstellen können; zugleich achten wir auf eine ausgewogene Mischung gegenüber
1556 freien Trägern.

1557 Eine wissenschaftlich fundierte Lehrkräftebildung priorisiert praxisorientierte Professionalisierung
1558 gegenüber reiner Fachlichkeit. In diesem Sinne stärken wir die Schools of Education als zentrale
1559 Struktur der Lehrkräftebildung.

1560 Die Schulbauoffensive fortsetzen

1561 Seit Beginn der Schulbauoffensive haben wir durch Erweiterungen und Neubauten deutlich über
1562 50.000 Schulplätze geschaffen. Wir setzen diese Offensive in gleicher Intensität fort und verlagern
1563 den Schwerpunkt stärker auf Sanierungen der Bestandsgebäude.

1564 Durch eine Anhebung des Kreditdeckels der HOWOGE sichern wir die öffentliche Finanzierung.
1565 Pädagogische Qualität, Klimaresilienz und Barrierefreiheit bleiben Leitlinien. Public-Private-
1566 Partnerships im Schulbau lehnen wir ab – unabhängig davon, ob Schulplätze für öffentliche oder freie
1567 Schulen entstehen.

1568 Berufliche Bildung – stark, zukunftsfähig, gerecht

1569 Wir stärken und modernisieren die berufliche Bildung in Berlin. Das 11. Pflichtschuljahr entwickeln
1570 wir weiter, damit es besser zu den Bedürfnissen der Jugendlichen und den Anforderungen
1571 beruflicher Bildung passt. Gleichzeitig stärken wir die Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung
1572 (IBA), damit junge Menschen ohne Abschluss einen erfolgreichen Einstieg finden.

1573 Jugendberufsagentur und Jugendberufshilfe entwickeln wir weiter, damit alle Jugendlichen Anschluss
1574 und Abschluss erreichen. Berufsorientierung beginnt ab der Grundschule. Deshalb bauen wir BO-
1575 Teams aus. Ein besonderer Augenmerk gilt auf Schulen mit sonderpädagogischen
1576 Förderschwerpunkt, bzw. Schüler*innen mit besonderen Förderbedarfen (Inklusive BO). Wir stärken
1577 dafür die derzeitigen Angebote und Kooperationen im Rahmen der Sekundarstufen I und II und
1578 fördern die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Wirtschaft, um die duale Ausbildung sichtbar zu
1579 machen.

1580 Wir fordern daher einen Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen, eine moderne
1581 technische und räumliche Ausstattung sowie ausreichend qualifizierte Lehrkräfte. Um die Qualität
1582 und Weiterentwicklung der beruflichen Bildung dauerhaft zu sichern, brauchen wir die Gründung
1583 eines Landesinstituts für berufliche Schulen, welches bei der Senatsverwaltung für Bildung verankert
1584 ist.

1585 Erwachsenenbildung

1586 Bildung endet nicht mit dem Abschluss. Sie bleibt Teil des gesamten Lebenswegs. Deshalb gestalten
1587 wir den Zweiten Bildungsweg und das lebenslange Lernen zugänglich, bezahlbar und lebensnah. Wir
1588 werben stärker für Volkshochschulen, Bibliotheken und Schulen des Zweiten Bildungswegs und
1589 setzen uns für niedrige oder gebührenfreie Angebote, Förderungen und bessere
1590 Rahmenbedingungen ein (→ siehe Kapitel [Bezirkliche Kulturarbeit und Bibliotheken](#)).

1591 Die Stärkung der Grundbildung bleibt notwendig. Wir verringern Teilhabebehörden und sensibilisieren
1592 die Öffentlichkeit. Wir stärken die Vielfalt der Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung in
1593 den Berliner Bezirken. Die Stiftung Grundbildung bleibt unser zentraler Anker, den wir auskömmlich
1594 finanzieren.

1595 Wir fördern Digitalisierung in der Erwachsenenbildung, setzen aber ebenso auf wohnortnahe
1596 Begegnungsorte. Besonders für mobilitätseingeschränkte Menschen testen wir neue Modelle
1597 aufsuchender Bildungsarbeit.

1598 Gute Arbeitsbedingungen in der Erwachsenenbildung sichern wir mit einem Dreisäulenmodell aus
1599 Festangestellten, arbeitnehmerähnlich Beschäftigten und Honorarkräften. Die Stellung der
1600 arbeitnehmerähnlich Beschäftigten regeln wir nach dem Modell der öffentlich-rechtlichen
1601 Rundfunkanstalten in einem Tarifvertrag mit den zuständigen Gewerkschaften.

1602 Wir fördern bedarfsgerecht berlinweit ein gleichstellungsorientiertes Fachberatungsnetzwerk zu
1603 Beruf, Bildung und Beschäftigung, um Frauen* in ihrer individuellen Lebensverlaufsperspektive so zu
1604 stärken, dass sie gleichberechtigt und selbstbestimmt leben und ihren eigenen Lebensunterhalt und
1605 eine armutsfeste Alterssicherung erwirtschaften können.

1606 Hochschule, Wissenschaft, Forschung

1607 Berlin als Wissenschaftsmetropole

1608 Berlin ist eine pulsierende Weltstadt, die Freiheit und Offenheit verteidigt. Während anderswo
1609 Wissenschaft unter Druck gerät, sollen Forscherinnen und Studierende hier optimale Bedingungen
1610 finden. Statt Studienplätze zu kürzen, erhalten wir die vorhandenen Plätze an unseren Hochschulen,
1611 gewinnen internationale Spitzenforscher*innen und schaffen weitere sichtbare nationale
1612 Leuchttürme. Wissenschaft macht Berlin zum Motor für Innovation und wirtschaftlichen Erfolg.

1613 Spitzenleistungen durch mehr Kooperation

1614 Berlins Wissenschaft erbringt schon heute Spitzenleistungen in vielen Disziplinen. Dazu tragen unsere
1615 Universitäten und die Charité bei, ebenso die Einstein-Stiftung, Kunsthochschulen, Hochschulen für
1616 angewandte Wissenschaften und außeruniversitäre Institute.

1617 Wir setzen weiter auf den Berliner Weg der institutionsübergreifenden Kooperation. Die Berlin
1618 University Alliance und Berlin Research zeigen, wie das gelingt. Dieses Potenzial stärken wir und
1619 machen Berlin auf dieser Basis zu einem Reallabor für positive Zukunftsentwicklungen. Wir setzen
1620 uns für die Schaffung einer die Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften
1621 übergreifenden Bibliothek ein. Alle Standorte und Mitarbeiter:innen bleiben dabei erhalten.

1622 Sicherung der Hochschul- und Wissenschaftsfinanzierung

1623 Wir fördern den Wissenschaftsstandort mit einer finanziell hinterlegten forschungspolitischen
1624 Strategie. Die Hochschulfinanzierung gestalten wir stabil und verlässlich, analog zum Pakt für
1625 Forschung und Innovation (PFI). Spitzenforschung und Spitzenberufungen stärken wir über die
1626 Einstein-Stiftung auch im internationalen Wettbewerb.

1627 Wissenschaftsgebäude sanieren, modernisieren und bauen wir neu – über eine vom Land
1628 ausfinanzierte Hochschulbaugesellschaft.

1629 Wir unterstützen Berliner Wissenschaftseinrichtungen dabei, an nationalen und europäischen
1630 Programmen mitzuwirken: an der nationalen Dekade gegen postinfektiöse Erkrankungen, an
1631 Schlüsseltechnologien der High-Tech-Agenda von KI bis Quanten- und Biotechnologie sowie an
1632 Gesundheits-, Nachhaltigkeits- und Sicherheitsforschung. Forschungssicherheit treiben wir
1633 entschieden voran.

1634 Forschungs- und Wissenstransfer verbessern

1635 Auch die beste Idee verändert die Welt nicht, wenn sie im Labor bleibt. Deshalb stärken wir Transfer
1636 und den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Wir fördern den Austausch zwischen
1637 Wissenschaftlerinnen und Bürgerinnen und bauen Wissenschaftskommunikation über Formate wie
1638 Lange Nacht der Wissenschaften, Berlin Science Week, Falling Walls Summit und World Health
1639 Summit weiter aus – in der Stadt, in Europa und weltweit.

1640 Mit einem einheitlichen Berliner IP-Rahmen vereinfachen wir Ausgründungen, stärken Transfer
1641 Offices und schaffen klare Regeln, damit Einrichtungen von erfolgreichen Gründungen profitieren
1642 können. Gemeinsam mit den Hochschulen verankern wir Transferleistungen messbar in der
1643 Bewertung wissenschaftlicher Karrieren und ermöglichen Gründungs- und Transferfreisemester.

1644 JUNI als Startup Factory und weitere Maßnahmen zur internationalen Kooperation, Finanzierung und
1645 Zusammenarbeit mit etablierten Unternehmen stärken wir. Gemeinschaftsinitiativen von
1646 Wissenschaft und Wirtschaft fördern wir, etwa das Berlin Center for Gene and Cell Therapies oder
1647 das Werner von Siemens Centre for Industry and Science.

1648 Ein bezahlbares Leben für Studierende

1649 Gute Studienbedingungen sind die Grundlage erfolgreicher Wissenschaft. Berlin soll ein attraktiver
1650 Studienort für alle bleiben. Besonders unterstützen wir junge Menschen ohne akademischen
1651 Hintergrund durch Beratung, Orientierung und Mentoring. Dafür schaffen wir zentrale Anlaufstellen
1652 (One-Stop-Agencies) sowie barrierefreie digitale Angebote.

1653 Das Studium an staatlichen Hochschulen bleibt gebührenfrei. Neben einer Erhöhung des Bafög-
1654 Betrags setzt sich die SPD dafür ein, dass Bafög, auch gekoppelt an die Studienlänge, wieder als
1655 Stipendium und nicht als Darlehen vergeben wird. Ebenso setzt sich die SPD dafür ein, dass wieder
1656 Ausbildungsbeihilfen wie auch die Übernahme der Meistergebühren im Handwerk eingeführt
1657 werden. Trotzdem bleibt die Finanzierung schwierig, weil das BAföG für Berlin zu niedrig ist. Wir
1658 setzen uns deshalb im Bund für eine Erhöhung ein, insbesondere für eine ortsabhängige
1659 Wohnkostenpauschale.

1660 Bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum für Studierende bauen wir aus und verdoppeln die Quote
1661 an Studierendenwohnungen. Und weil Mobilität ebenso zum studentischen Alltag gehört, setzen wir
1662 uns für ein weiterhin erschwingliches Deutschland-Semesterticket ein und wollen künftig auch
1663 Leihfahrräder integrieren.

1664 Das Studierendenwerk Berlin unterstützen wir weiter: Wir nutzen das Instrument des
1665 Rahmenvertrags und erhöhen den Zuschuss im nächsten Vertrag deutlich. Kostensteigerungen
1666 dürfen nicht auf dem Rücken der Studierenden landen.

1667 Moderne Studienbedingungen schaffen

1668 Weil viele Studierende erwerbstätig sind, müssen Studienstrukturen stärker darauf reagieren. Wir
1669 bauen berufsbegleitende, hybride und duale Angebote aus, um Belastungen zu senken und
1670 Studienerfolg zu fördern.

1671 Studium soll forschungs- und kompetenzorientiert sein. Dafür verbessern wir Betreuungsschlüssel,
1672 flexibilisieren Lehrverpflichtungen und stärken Hochschuldidaktik. Das Berliner Zentrum für
1673 Hochschuldidaktik sowie hochschuleigene und -übergreifende Einrichtungen evaluieren wir
1674 systematisch und entwickeln sie weiter.

1675 Weiterbildung ist durch das Beihilferecht weitgehend als marktförmige Aufgabe definiert. Das reicht
1676 nicht. Angesichts demografischen Wandels und der Umbrüche durch KI müssen Hochschulen stärker
1677 in Weiterbildung einsteigen. Gerade Menschen im mittleren und niedrigen Lohnsegment dürfen wir
1678 nicht allein privaten Anbietern überlassen. Deshalb definieren wir akademische Weiterbildung
1679 künftig auch als hoheitliche Aufgabe der Hochschulen.

1680 Gute Arbeitsbedingungen an den Hochschulen

1681 Gute Arbeit bleibt Priorität. Das Forum Gute Arbeit führen wir fort. Wir schaffen frühzeitiger
1682 Perspektiven und mehr dauerhafte Stellen für wissenschaftliches Personal. Unbefristete
1683 Beschäftigung für promovierte Wissenschaftler*innen machen wir zum Regelfall. Über den
1684 Bundesrat treiben wir die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes voran – auch im Lichte des
1685 Bundesverfassungsgerichtsurteils. Tenure-Track-Professuren bauen wir aus.

1686 Demokratische Hochschulen sind frei, offen und divers

1687 Wir akzeptieren nicht, dass jüdische Hochschulangehörige unsere Hochschulen als unsichere Orte
1688 erleben. Wir gehen entschlossen gegen Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung und jede
1689 menschenverachtende Ideologie vor und stärken Prävention.

1690 Wir garantieren Wissenschaftsfreiheit. Politische Agitation, die Antisemitismus oder Rassismus
1691 verbreitet, dulden wir nicht. Wir unterstützen Hochschulen darin, im Rahmen ihrer Autonomie
1692 konsequent dagegen vorzugehen. Unbequemer demokratischer Protest ist an Hochschulen möglich.

1693 Antidiskriminierungsangebote und Schutz vor Machtmissbrauch bauen wir aus und schaffen
1694 ausreichende Beschwerdestrukturen. Maßnahmen für Gleichstellung und Diversität sichern und
1695 erweitern wir. Am Berliner Chancengleichheitsprogramm halten wir fest und ergänzen es durch eine
1696 zusätzliche Förderlinie für Diversität auf Professur-Stellen und in Leitungspositionen.

1697 Wir verbessern außerdem die Rahmenbedingungen für Studierende mit Behinderungen oder
1698 Beeinträchtigungen und für Studierende ohne akademischen Hintergrund. Für Studierende aus
1699 Familien mit Flucht- und Migrationsgeschichte ist besonders die Studieneingangsphase sensibel.
1700 Deshalb erproben wir flexiblere Einstiegsmodelle mit Sprach- und Brückenkursen sowie
1701 studienvorbereitenden Angeboten, verbunden mit einer BAföG-fähigen Verlängerung. Mentoring-
1702 und Trägerprogramme stärken wir, damit mehr junge Menschen aus Nicht-Akademikerfamilien
1703 erfolgreich ins Studium finden.

1704 Zusammenhalten - ganz Berlin eine 1705 Familie

1706 Berlin sind wir alle, Berlin ist für alle da. Egal, wieviel wir verdienen. Egal, woher wir
1707 kommen, woran wir glauben, wie wir aussehen, wen wir lieben. Mit dieser Vielfalt vereint
1708 Berlin Lebensrealitäten, die woanders unversöhnliche Widersprüche wären. Berlin ist trotz
1709 seiner Widersprüche lebenswert, wenn wir uns unterhaken. Nicht nebeneinander existieren,
1710 sondern Verantwortung füreinander übernehmen. Egal wie verschieden wir sind, auch wenn
1711 wir uns nicht immer einig sind: Berlin ist die Familie, die man wählen kann.

1712 Der Kiez ist die Keimzelle dieser Familie: Verantwortung und Solidarität beginnen nebenan,
1713 beim Nachbarn. Das müssen wir als Stadt mit der richtigen Planung unterstützen: Offene
1714 Flächen, Bäder, Bibliotheken und Spielplätze. Mit vibrierender Kultur und vielfältigen
1715 Sportangeboten schaffen wir Begegnungsorte - für alle. Wir sichern das gemeinnützige
1716 soziale Engagement auch in Zeiten knapper Kassen.

1717 Berlin ist Hauptstadt der Würde und der Selbstbestimmung – und bis 2030 werden wir auch
1718 eine Stadt ohne Obdachlosigkeit.

1719 Zusammenleben, Familie und Gleichstellung

1720 Sozialer Zusammenhalt entsteht im Kiez

1721 Starke und lebendige Kieze halten Berlin zusammen. Sie machen aus der Weltstadt zugleich einen Ort
1722 der Heimat. Deshalb stärken wir Stadtteilzentren und mobile Stadtteilarbeit. In jedem Bezirk sollen
1723 neue Orte der Begegnung entstehen.

1724 Dazu brauchen die lebendigen Kieze gute öffentliche Angebote. Dazu zählen
1725 Schwimmbäder (→ siehe Kapitel [Investitionen in Vereine und Sportstätten](#)), Bibliotheken (→ siehe
1726 Kapitel [Bezirkliche Kulturarbeit und Bibliotheken](#)) sowie Grünflächen und Spielplätze (→ siehe Kapitel
1727 [Spielplätze als Orte für Familien](#)). Mit Kiezkantinen schaffen wir wohnortnahe, bezahlbare und
1728 qualitativ hochwertige Angebote, die allen Berliner*innen Zugang zu gesunder und nachhaltiger
1729 Ernährung ermöglichen. Auch die stadtteileigene Infrastruktur bauen wir aus. Wir sorgen dafür, dass
1730 es in allen Kiezen Orte gibt, an denen sich alle Generationen ohne den Zwang, Geld auszugeben,
1731 aufhalten können.

1732 Wir öffnen Schulen stärker für den Kiez. Nachmittags sollen dort mehr externe Angebote stattfinden.
1733 Familienzentren verknüpfen wir enger mit Schulen. Schulhöfe öffnen wir auch am Wochenende (→
1734 siehe Kapitel [Schule, berufliche Bildung, lebenslanges Lernen](#)).

1735 Mit einem regelmäßigen stadtweiten „Berlin Day“ fördern wir gezielt Gemeinschaft in unseren
1736 Kiezen und brechen Großstadtanonymität auf. Nachbarschaften kommen zusammen, um sich vor Ort
1737 für die Belange ihres Kiezes und seiner Bewohner*innen zu engagieren.

1738 Alleinerziehende und Eltern besser unterstützen

1739 Wir wollen flexible Arbeitsmodelle und bedarfsgerechte Kinderbetreuung (→ siehe Kapitel
1740 [Frühkindliche Bildung, Kinder und Jugend, Familie](#)). Damit Familie und Beruf immer besser vereinbar
1741 werden.

1742 Alleinerziehende stehen dabei für uns im Mittelpunkt – nicht am Rand. Deshalb schaffen wir
1743 vergünstigte Ein-Eltern-Tickets für Alleinerziehende bei Landesinstitutionen. Wir bauen
1744 Beratungsstellen aus und stärken das Netzwerk für Alleinerziehende. Finanzielle Hilfen und
1745 Mobilitätsangebote – etwa ein günstigeres Sozialticket – weiten wir dazu gezielt aus. Zusätzlich
1746 führen wir ein Landesprogramm zur Unterstützung durch haushaltsnahe Hilfen für Alleinerziehende
1747 ein, das niedrigschwelligen Zugang zu zeitlich flexibler Haushaltshilfe und Alltagsunterstützung
1748 ermöglicht.“

1749 Berlin als lebendige Familienstadt

1750 Für uns ist Familie vielfältig. Unsere Politik trägt dieser Realität Rechnung. Ein-Eltern-, Patchwork-,
1751 Regenbogen- und klassische Familien – sie alle gehören zu Berlin.

1752 Den Familienpass wollen wir ausbauen und so allen Familien in Berlin den Zugang zu den tausenden
1753 von Angeboten, Freizeitaktivitäten und Ferienprogrammen in Berlin erleichtern. Das kostenlose
1754 Schülerticket erweitern wir zu einem kostenlosen Deutschlandticket. Damit entlasten wir Familien in
1755 Berlin.

1756 Auch im Bund treiben wir Reformen voran, denn gerechte Familienpolitik endet nicht an der
1757 Landesgrenze. Wir kämpfen für ein modernes Familienrecht in ganz Deutschland und stehen für
1758 gerechte Sozialpolitik. Den Unterhaltsvorschuss etwa passen wir an die heutige Lebensrealität an.

1759 Ein Paritätsgesetz für echte Gleichstellung

1760 Alle Geschlechter verdienen gleiche Chancen. In Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dafür steht die
1761 SPD Berlin. Deshalb führen wir ein Berliner Paritätsgesetz ein. Frauen und Männer sollen im
1762 Abgeordnetenhaus künftig gleich stark vertreten sein.

1763 Auch auf Bundesebene machen wir entsprechend Druck. Im Bundesrat kämpfen wir für eine
1764 paritätische Wahlrechtsreform.

1765 Wir selbst besetzen Ämter und Funktionen in Senat, Verwaltung, Fraktion, Aufsichtsräten und
1766 landeseigenen Unternehmen paritätisch.

1767 Schwung für Frauenförderung und Gleichstellung

1768 Wir modernisieren Gleichstellungspolitik. Dafür passen wir das Landesgleichstellungsgesetz an neue
1769 Herausforderungen an und ergänzen seine Zuständigkeit um trans*, inter* und nicht-binäre
1770 Personen. Wir sichern wirksame Gleichstellungspolitik, indem wir insbesondere die Rechte der
1771 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten stärken. Das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm
1772 und den Frauenpolitischen Beirat bauen wir aus. Projekte sichern wir in allen Bereichen und
1773 finanzieren sie bedarfsorientiert. Das Gender Budgeting für den Berliner Landeshaushalt führen wir
1774 fort und verankern intersektionale Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe in allen unseren
1775 Gesetzen. Die Berliner Fraueninfrastruktur gehört in ihrer Vielfalt zur unerlässlichen Daseinsvorsorge
1776 für die Berliner*innen. Wir stärken die zumeist gemeinnützigen Vereine als Teil feministischer
1777 Bewegungen und als ein Bollwerk gegen Antifeminismus. Wir folgen bei den öffentlichen

1778 Zuwendungen und Vergaben auch hier unserem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche und
1779 gleichwertige Arbeit“.

1780 Vielfalt leben – Diskriminierung bekämpfen

1781 Berlin lebt von seiner Vielfalt. Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religionen und
1782 Weltanschauungen, unterschiedlichen Alters und sexueller Orientierungen prägen unsere Stadt.
1783 Diese Vielfalt macht Berlin stark. Und wir schützen sie – durch unseren Einsatz für Chancengleichheit,
1784 Demokratie und Respekt. Diskriminierung hat in unserer Stadt keinen Platz.

1785 Die Berliner Verwaltung muss hier vorangehen. Die Ombudsstelle des
1786 Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) statten wir deshalb mit mehr Rechten aus. Dazu zählen
1787 Initiativ- und Befragungsrechte sowie eine Berichtspflicht. Eine unabhängige Beschwerdestelle Schule
1788 ergänzt den Schutz im Bildungsbereich (→ siehe Kapitel [Schule ohne Diskriminierung und Rassismus](#)).

1789 Neue Gesetze prüfen wir künftig auf Konformität mit dem LADG und dem LGBG. . Die Landesstelle
1790 für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) binden wir frühzeitig ein. Wir bauen
1791 Beratungsstellen aus. Gleichzeitig stärken wir das Diversity-Landesprogramm. Gleichzeitig stärken wir
1792 das Diversity-Landesprogramm. So bekämpft die Verwaltung strukturelle Diskriminierung und schult
1793 Beschäftigte verbindlich. Wir etablieren eine Leitstelle Diversity. Diese soll die Wertschätzung der
1794 kulturelle Vielfalt stärken und die Sensibilisierung der Beschäftigten voranbringen. So bekämpft die
1795 Verwaltung strukturelle Diskriminierung und schult Beschäftigte verbindlich. Hierzu überarbeiten wir
1796 die Gemeinsame Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung dahingehend, dass eine
1797 geschlechterinklusive Verwaltungssprache ausdrücklich ermöglicht wird. Dies beinhaltet auch die
1798 Verwendung von Sonderzeichen.

1799 Auch digitale Systeme müssen gerecht sein – für alle. Besonders KI- und Algorithmensysteme dürfen
1800 niemanden benachteiligen. Darauf achten wir besonders.

1801 Auch sonst schützt Berlin Menschen, die Ausgrenzung erleben. Wir hören ihnen zu. Wer ausgegrenzt
1802 wird, bekommt unsere Solidarität. Antisemitismus-, Antiziganismus-, antimuslimische und anti-
1803 Schwarze-Rassismusprävention entwickeln wir gemeinsam mit den Communities weiter.

1804 Alle Maßnahmen bündeln wir in einem integralen Landeskonzept Antidiskriminierung. Eine
1805 unabhängige Beauftragte koordiniert dieses Vorgehen. Sie stärkt Demokratieförderung und
1806 Chancengerechtigkeit. Denn: Demokratie braucht Schutz – jeden Tag.

1807 Auch das Landesprogramm „Demokratie, Vielfalt. Respekt“ bauen wir deshalb weiter aus. Besonders
1808 im Kampf gegen Extremismus. Außerdem verankern wir es gesetzlich in einem
1809 Demokratiefördergesetz (→ siehe Kapitel [Die Demokratie stärken](#)).

1810 Diskriminierung im Berliner Kirchensteuerrecht schaffen wir ab. Wir ändern das Kirchensteuergesetz
1811 so, dass kein besonderes Kirchgeld für glaubensverschiedene Ehepaare und Lebenspartnerschaften
1812 mehr anfällt. Konfessionsfreie Menschen müssen gleichen Zugang zu Betreuungsangeboten erhalten.
1813 Daher streben wir die Etablierung humanistischer Seelsorge in Krankenhäusern, der Justiz, Polizei
1814 und Feuerwehr an.

1815 Das Alter selbstbestimmt, aktiv und mittendrin gestalten

1816 Berlin wird älter – und das ist eine gute Nachricht. Senior*innen sollen ihr Leben selbstbestimmt
1817 nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten und gleichberechtigt an allen Lebensbereichen teilhaben
1818 – auch wenn sich Krankheit, Behinderungen und Pflege- und Hilfebedarf einstellen. Wir fördern die

1819 gleichberechtigte Mitgestaltung unserer Stadt durch ältere Menschen auf allen Ebenen. Ihr
1820 Engagement machen wir sichtbar und stärken Orte, an denen ältere Menschen nicht nur Angebote
1821 erhalten, sondern selbst Angebote machen: Stadtteilzentren, Mehrgenerationenhäuser und
1822 Nachbarschaftsprojekte. Wer sein Leben lang gearbeitet, gepflegt, geholfen hat, darf nicht um jeden
1823 Euro kämpfen müssen. Wir stellen Altersarmut in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen, Armut zu
1824 bekämpfen. Wir stärken niedrigschwellige Sozialberatung und sorgen dafür, dass Leistungen ohne
1825 Hürden und ohne Stigmatisierung ankommen. Kultur, Sport und Bildung sollen auch mit kleiner
1826 Rente erreichbar bleiben – als selbstverständlicher Teil eines guten Lebens im Alter.“

1827 Queeres Berlin

1828 Queere Rechte sind Menschenrechte. Punkt. Gerade die Regenbogenhauptstadt Berlin darf daran
1829 keinen Zweifel lassen. Die SPD steht deshalb fest an der Seite der queeren Community. LSBTIQ+-
1830 Rechte bleiben unser Maßstab für sozialen Fortschritt und den LSBTIQ+-Aktionsplan 2023 setzen wir
1831 konsequent um. Wir entwickeln ihn weiter. Wir sichern ihn finanziell ab. Und wir etablieren in allen
1832 Bezirken Queerbeauftragte. Auch das Regenbogennetzwerk in der Verwaltung bauen wir aus. Die für
1833 eine erfolgreiche Netzwerkarbeit erforderlichen Ressourcen stellen wir zur Verfügung. Auch die
1834 jährlich stattfindende Queere Aktionswoche der Berliner Verwaltung führen wir fort. Ein Onlineportal
1835 macht die Angebote in der Stadt besser erreichbar. Denn: Sichtbarkeit schützt. Solidarität stärkt. Wir
1836 etablieren Transitionsrichtlinien für die Berliner Verwaltung, um die Situation für trans*, inter* und
1837 nicht-binäre Beschäftigte des Landes Berlin zu verbessern.

1838 Ganz besonders schützen wir trans, inter, nicht-binäre und agender Menschen** sowie queere
1839 BIPOC. Sie brauchen gezielte Unterstützung. Wir stärken die queer-inklusive Prävention,
1840 Gesundheits- sowie Pflegeversorgung. In Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung stärken wir
1841 queere Bildung, um Hass und Gewalt vorzubeugen. Zusätzlich brauchen queere Jugendliche sichere
1842 Orte, an denen sie Respekt erfahren. Deshalb halten wir queere Jugendzentren und bauen sie aus.
1843 Wir stärken Regenbogenfamilienzentren und Peer-Projekte. Auch Anlaufstellen in allen Bezirken
1844 sichern wir ab. Zusätzlich schaffen wir mehr Schutzwohnungen und Notunterkünfte.

1845 Auch die Jugendhilfe muss queere Lebensrealitäten berücksichtigen und darf Diskriminierung keinen
1846 Platz lassen. Queere Perspektiven in Bildung, Jugend und Familie verankern wir gesetzlich. Dazu
1847 gehören ein queeres Jugendforum und regelmäßige Fortbildungen.

1848 Berlin fördert queere Kunst und Kultur einschließlich der Erinnerungsarbeit. Ein Landeskonzept
1849 schützt queere Orte. Angriffe darauf nehmen wir ernst und handeln entschlossen. Wir richten einen
1850 Fonds ein, auf den angegriffene queere Orte niederschwellig zugreifen können.

1851 Die Landesstrategie für queere Sicherheit stellen wir besser aus. Wir kämpfen für die Erweiterung
1852 von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes. Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung muss dort
1853 ausdrücklich verboten sein.

1854 Auf Bundesebene verteidigen wir das Selbstbestimmungsgesetz. Gleichstellung duldet keinen
1855 Aufschub. Gleichzeitig treiben wir die Gleichstellung von Regenbogenfamilien entschlossen voran.

1856 Inklusion und Barrierefreiheit

1857 Berlin gehört allen – ohne Ausnahme. Menschen mit körperlichen, psychischen oder geistigen
1858 Beeinträchtigungen müssen überall teilhaben können. Inklusion ist kein Extra. Sie ist Pflicht.
1859 Verwaltungsleistungen und staatliche angebotene Beratungsangebote sollen grundsätzlich
1860 barrierefrei und inklusiv zugänglich sein. Weiterbildungsangebote für verschiedene Berufsgruppen im

- 1861 öffentlichen Dienst sollen auch inklusionsspezifische Angebote, wie beispielsweise das Erlernen der
1862 Deutschen Gebärdensprache (DGS), beinhalten.
- 1863 In diesem Sinne schreiben wir den Maßnahmenplan „Berlin Inklusiv“ fort. Wir stärken Beteiligung in
1864 den Verwaltungen. Mit konsequentem Disability Mainstreaming verankern wir Inklusion überall. Bei
1865 allen Gesetzen und Verfahren zählen die Perspektiven von Menschen mit Behinderungen.
- 1866 Auch das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz nutzen wir als Chance. Digitale und analoge Barrieren
1867 müssen von Anfang an verschwinden. Stattdessen gestalten wir Infrastruktur nach dem Prinzip
1868 „Design für alle“. So stärken wir Selbstständigkeit in jedem Lebensalter.
- 1869 Wir schaffen ein Mobilitätssicherungskonzept für Menschen mit Behinderungen und setzen es um.
1870 Frauen mit Behinderungen schützen wir besser vor Gewalt. Gleichzeitig garantieren wir Zugang zu
1871 Polizei und Justiz. Auch die Inklusion an Schulen treiben wir voran (→ siehe Kapitel [Inklusive Schulen](#)
1872 [ausbauen](#)).
- 1873 Mit einem Fonds Soziales Berlin stärken wir Teilhabe. Wir bauen Bürokratie für Menschen mit
1874 Behinderungen ab. Wir denken Ämterstrukturen für Menschen mit Behinderungen neu.
- 1875 Berlin schafft mehr Zugänge zum ersten Arbeitsmarkt, denn Menschen mit Behinderungen verdienen
1876 faire Chancen in Ausbildung und Beruf. Arbeit, Ausbildung und Selbstständigkeit müssen für alle
1877 erreichbar sein. Deshalb gründen wir eine landeseigene Teilhabegesellschaft. Sie arbeitet als
1878 Inklusionsbetrieb und rekommunalisiert Leistungen. Besonderen Augenmerk legen wir auf junge
1879 Menschen mit Behinderungen im Übergang von Schule zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.
- 1880 **Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement weiter stärken**
- 1881 Ehrenamt fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt, ermöglicht Teilhabe und macht unsere Stadt
1882 lebenswerter. Die Förderung von Engagement und Ehrenamt ist zugleich eine Zukunfts- sowie eine
1883 Querschnittsaufgabe. Daher bündeln wir ressortübergreifend die Aktivitäten des Landes und
1884 entwickeln die Ehrenamtsstrategie des Bundes weiter. Wir setzen uns für die Anerkennung
1885 ehrenamtlicher Arbeit durch die Weiterentwicklung der Ehrenamtskarte, vergünstigte BVG-Tickets
1886 und eine weitere Entbürokratisierung ehrenamtlicher Strukturen ein. Für die ehrenamtliche Arbeit
1887 wollen wir mehr Menschen gewinnen und dauerhaft einbinden – unabhängig von Alter, Einkommen,
1888 Herkunft oder Behinderung. Wir wollen gezielt Frauen, junge Menschen, Menschen mit
1889 Migrationsbiografien und Menschen mit Behinderungen stärker beteiligen.
- 1890
- 1891 Auch die Vereinbarkeit von Beruf, Ausbildung und Ehrenamt soll verbessert werden, etwa durch
1892 bessere Freistellungsregelungen. Wir wollen ermöglichen, dass weitere Qualifizierungsangebote für
1893 ehrenamtliche Tätigkeiten als Bildungsurlaub in Berlin anerkannt werden. Kommunal wollen wir
1894 Freiwilligenagenturen und ihre Angebote, z.B. das Ehrenamtsmatching in den Bezirken, weiter
1895 stärken.
- 1896 **Soziales Berlin**
- 1897 **Strategie gegen Armut, soziale Ausgrenzung und Einsamkeit**
- 1898 Armut trifft viele Menschen in Berlin. Sie betrifft alle Generationen. Aber wir wollen nicht, dass
1899 Betroffene aus dem gesellschaftlichen Leben gedrängt werden. Die SPD Berlin entwickelt deshalb

- 1900 eine Gesamtstrategie gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Sie umfasst alle Lebensphasen und
1901 setzt früh an.
- 1902 So schaffen wir zum Beispiel eine zentrale Koordinierungsstelle gegen Armut, die Kompetenzen und
1903 Ressourcen der Verwaltung effizient bündelt. Auch die Armuts- und Sozialberichterstattung
1904 entwickeln wir weiter. So entsteht eine verlässliche Grundlage für politisches Handeln.
- 1905 Daneben stärken wir den Verbraucherschutz. Menschen sollen verlässlich beraten werden. Sie
1906 müssen ihre Rechte kennen und vor hohen Kosten geschützt sein. Dies ist besonders relevant, da
1907 Betrug im Internet immer weiter zunimmt und durch KI immer raffinierter wird, etwa durch
1908 Fakeshops, Phishing oder Identitätsdiebstahl. KI kann jedoch auch helfen, Verbraucher*innen besser
1909 zu schützen. Deshalb verankern wir den Einsatz von KI ausdrücklich im Verbraucherschutz als Teil
1910 einer Berliner KI-Strategie
- 1911 Wir bauen die unabhängige Sozial-, Schuldner- und Insolvenzberatung aus. Auch das Integrierte
1912 Sozialprogramm stärken wir. Seine Projekte geben Orientierung und konkrete Hilfe.
- 1913 Besonders in den Blick nehmen wir die Altersarmut und bauen die Altenhilfe massiv aus.
- 1914 Einsamkeit ist ein ernstes gesellschaftliches Problem. Sie betrifft Menschen aller Generationen. Wir
1915 machen Hilfsangebote bekannter und bauen sie aus.
- 1916 **Hilfe für obdach- und wohnungslose Menschen**
- 1917 Die SPD Berlin hält am Ziel fest, Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden. Dafür
1918 braucht Berlin mehr bezahlbaren Wohnraum. Ebenso notwendig sind gezielte soziale Hilfen.
- 1919 Wir gründen deshalb ein SozialWohnWerk für neuen Wohnraum. Es soll obdachlosen Menschen
1920 Wohnungen verschaffen. Dazu nutzen wir auch leerstehende Bürogebäude. Unser Ziel sind 2.500
1921 Wohnungen im geschützten Wohnungsmarkt. Wir verfolgen dabei den Ansatz „Housing First“. Jeder
1922 Mensch hat ein Recht auf eine eigene Wohnung, sie steht am Anfang, nicht am Ende der Beratung
1923 und Begleitung von wohnungslosen Menschen.
- 1924 Nach Hamburger Vorbild schaffen wir einen zentralen landeseigenen Akteur. Er steuert die
1925 Unterbringung wohnungsloser Menschen.
- 1926 Parallel bauen wir Beratungs- und Versorgungsangebote aus und verstetigen sie. Dazu zählen
1927 psychosoziale Beratung und Suchtberatung sowie Clearingstellen. Auch niedrigschwellige Angebote
1928 für Frauen, Kinder und Jugendliche stärken wir. Digitale Zugänge zu Hilfen erweitern wir ebenfalls.
- 1929 Frauen und Menschen mit Behinderungen behalten wir besonders im Blick. Wir stärken die
1930 Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Wohnungsnotfallhilfe. Wir schließen
1931 Versorgungslücken, indem wir verlässlich Einrichtungen finanzieren, die sich mit der Inklusion von
1932 Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Das gilt besonders für Menschen mit psychischen
1933 Erkrankungen oder Suchterkrankungen.
- 1934 Die Kälte- und Hitzehilfe bauen wir gezielt aus. Neben Notunterkünften schaffen wir Tagesstätten für
1935 wohnungslose Menschen. Dabei stellen wir sicher, dass ausreichend barrierefreie Plätze zur
1936 Verfügung stehen, denn niemand soll in Berlin durch Wetterextreme gefährdet sein.

1937 Hilfe für suchtkranke Menschen

- 1938 In der Suchtpolitik setzen wir auf Hilfe statt Strafe. Niedrigschwellige Beratung bleibt zentral. Drug-
1939 Checking und Therapieangebote bauen wir aus. Wir unterstützen die Abschaffung vom „begleiteten
1940 Trinken“ von Jugendlichen unter 16.
- 1941 Neue Drogen verlangen frühes Handeln. Wir reagieren sozial und präventiv.
- 1942 Wir vertreiben drogenabhängige Menschen nicht von Ort zu Ort. Wir helfen dort, wo sie sind.
1943 Gleichzeitig holen wir Drogen aus dem öffentlichen Raum. Parks und Spielplätze müssen geschützt
1944 bleiben.
- 1945 Drogenkonsumräume bauen wir aus. Wir erleichtern ihre Einrichtung, erweitern Öffnungszeiten und
1946 stellen Landesgebäude bereit.

1947 Zusammenhalt in der Einwanderungsmetropole

- 1948 Berlin war immer eine Stadt der Zuwanderung. Das prägt uns. Damit Zusammenleben in Vielfalt gut
1949 funktioniert, setzen wir auf Offenheit, Partizipation und Integration.
- 1950 Das individuelle Recht auf Flüchtlingsschutz ist deshalb mit uns nicht verhandelbar. Berlin steht fest
1951 zum Recht auf Asyl. Wir setzen das EU-Asylsystem (GEAS) menschenrechtskonform um. Beim Bund
1952 drängen wir darauf, Landesaufnahmeprogramme zuzulassen. So kann Berlin besonders
1953 schutzbedürftige Menschen aufnehmen. Auch Verwandte von Berliner*innen können wir dann
1954 gezielt aufnehmen.
- 1955 Auch für Asylbewerber*innen ohne Schutzanspruch bieten wir Lösungen, etwa für Menschen mit
1956 auslaufender Aufenthaltserlaubnis. Damit sie Berlin Fuß fassen können, nutzen wir bestehende
1957 Möglichkeiten des Spurwechsels und fordern ein wirksames neues Chancenaufenthaltsrecht. Die
1958 erfolgreiche Arbeit der Härtefallkommission setzen wir fort. Für Staatenlose schaffen wir ein
1959 transparentes Anerkennungsverfahren.
- 1960 Menschen ohne Bleibeperspektive sollen frühzeitig Rückkehrhilfen bekommen. Dabei setzen wir auf
1961 freiwillige Rückkehr. Wir beachten humanitäre Grundsätze. Wir priorisieren Rückführungen bei
1962 schweren Straftaten ohne Bleiberecht. Das gilt auch für Gefährder, die unsere freiheitliche
1963 demokratische Grundordnung bekämpfen.
- ## 1964 Teilhabe durch Arbeit
- 1965 Migration hat unseren Wirtschaftsstandort stark gemacht. Jetzt wächst erneut der Fachkräftemangel
1966 und unsere Gesellschaft wird immer älter. Deshalb brauchen wir auch künftig Arbeitsmigration und
1967 werden dafür die Anerkennung ausländischer Abschlüsse deutlich vereinfachen und beschleunigen.
- 1968 Heute dauert es zu lange, bis Zugewanderte in ihren Berufen arbeiten dürfen.
- 1969 Wir werben internationale Fachkräfte, insbesondere für die Pflegeberufe, gezielt an. Außerdem
1970 erleichtern wir den Zuzug von Selbstständigen und bauen Beschäftigungsverbote für Geflüchtete ab.
1971 Wir begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung, Beschäftigungsverbote für Geflüchtete
1972 abzubauen und setzen uns auf Bundesebene für weitere Erleichterungen ein. Wer erheblich
1973 investieren und ein Unternehmen gründen will, das zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen kann, sollte
1974 ein beschleunigtes "Unternehmensgründungsvisum" erhalten. Für die Fachkräftezuwanderung ist
1975 auch ein zügiger Familiennachzug zu gewähren, wenn der Lebensunterhalt der Familie gesichert

1976 werden kann. Unser Ziel bleibt klar: Geflüchtete sollen schnell selbst ihren Lebensunterhalt
1977 verdienen können. Deshalb stärken wir Berlins Anstrengungen zur Integration in den Arbeitsmarkt
1978 weiter.

1979 Teilhabe durch Einbürgerung

1980 Wir wollen, dass alle Berlinerinnen und Berliner demokratisch mitbestimmen. Dafür brauchen sie
1981 echte Teilhabe. Rund 40 Prozent unserer Bevölkerung hat eine Migrationsgeschichte. Die eine Hälfte
1982 von ihnen ist mittlerweile eingebürgert und kann bei Wahlen mitbestimmen. Die andere Hälfte hat
1983 noch keinen deutschen Pass, obwohl viele von ihnen antragsberechtigt sind. Sie wollen wir erreichen
1984 und sie für Einbürgerungen, gleiche Rechte und Demokratie gewinnen.

1985 Wir sind stolz auf das moderne Einbürgerungszentrum. Berlin ist damit Vorreiter. Das führen wir fort.
1986 Wir steigern die Einbürgerungszahlen weiter.

1987 Dafür stellen wir das Einbürgerungszentrum interkulturell und bürgernah auf. Das Antragsverfahren
1988 und die Beratungsstrukturen digitalisieren wir bestmöglich. Wir starten eine
1989 Einbürgerungskampagne, mit der wir alle Bürger*innen ansprechen, die die Voraussetzungen
1990 erfüllen.

1991 Teilhabe durch Unterbringung in den Kiezen

1992 Berlin bleibt eine Stadt der Solidarität und Menschenrechte. Die Unterbringung von Geflüchteten
1993 stellte das Land vor enorme Aufgaben. Das galt besonders während des Ukraine-Krieges. Nach der
1994 Krisenbewältigung bleibt das Ziel klar: weg von Notunterkünften. Dort leben Tausende Menschen
1995 und echte Integration in die Stadtgesellschaft kann nicht gelingen. Wir wollen stattdessen
1996 menschenwürdiges, dezentrales Wohnen. Hierbei müssen alle Bezirke einen gerechten Beitrag
1997 leisten. .

1998 Danach bauen wir Gemeinschaftsunterkünfte schrittweise ab. Gleichzeitig bauen wir das
1999 Geflüchtetenwohnen aus. Die Einrichtung von Sekundärmigrationszentren und die Anwendung von
2000 Ausgangssperren von Geflüchteten lehnen wir ab und werden sie in Berlin nicht anwenden.

2001 Mit Unterbringung muss auch Infrastruktur wachsen. Deshalb stärken wir die
2002 Gemeinschaftspauschale pro Geflüchteten und Bezirk. Das hilft der sozialen Infrastruktur in der
2003 Umgebung von Geflüchtetenunterkünften. Davon profitieren Integration und Nachbarschaft
2004 gleichermaßen.

2005 Unser Ziel ist eine Stadtgesellschaft, die niemanden ausschließt. Das gilt für Geflüchtete. Das gilt auch
2006 für langjährig Zugewanderte.

2007 Teilhabe und Zugehörigkeit gezielt stärken

2008 Teilhabe heißt: Geflüchtete und Zugewanderte können aktiv mitmachen. Sie sollen nicht neben uns
2009 leben müssen. Sie sollen mit uns leben - in Schulen, Vereinen und sozialen Orten. Außerdem sollen
2010 sie die staatliche Unterstützung erhalten, die ihnen zusteht.

2011 Wir bauen das Willkommenszentrum Berlin aus. Es wird zur zentralen, mehrsprachigen Anlaufstelle
2012 mit digitalen und bezirklichen Angeboten. Dort erhalten Menschen aus dem Ausland Unterstützung
2013 bei Ankunft und Integration.

2014 Für Behördengänge führen wir flächendeckend Sprachmittlung ein. Wir nutzen Dolmetscherdienste
2015 und KI-Übersetzungen. Barrierefreie Zugänge sichern wir ebenfalls.

- 2016 Das Integrationslots*innen-Programm professionalisieren wir. Wir weiten es auf neue
2017 Sprachgruppen aus und finanzieren es dauerhaft.
- 2018 Wir stärken Deutschkurse und bauen digitale Sprachlernangebote aus. Auch berufsorientierte und
2019 berufsbegleitende Sprachförderung stärken wir.
- 2020 Eine Bezahlkarte für Geflüchtete lehnen wir ab. Sie schränkt Teilhabe am öffentlichen Leben stark
2021 ein. Stattdessen setzen wir uns im Bund für die Voraussetzungen einer Berliner Stadtkarte (City-ID).
2022 Damit bekommen undokumentierte Menschen Zugang zu Gesundheit, Wohnen, Arbeit und Bildung.
- 2023 Migrantische Zivilgesellschaft stärken wir strukturell. Das gilt auch für Erinnerungskultur. Projekte
2024 wie ein Migrationsmuseum und ein Dokumentationszentrum fördern wir. Wir fördern ein
2025 Demokratie-Hub für geflüchtete Aktivist*innen.
- 2026 Wir öffnen den öffentlichen Dienst stärker. Menschen mit Migrationsgeschichte sollen bessere
2027 Zugänge bekommen. Dafür nutzen wir Mentoring-, Anerkennungs- und Diversitätsprogramme.
- 2028 Ein zentrales Integrations- und Teilhabemonitoring schafft Transparenz. Es arbeitet mit
2029 halbjährlichen Kennzahlen. So fördern wir Beteiligung. Das gilt für Arbeit, Bildung, Gesundheit und
2030 Soziales. So entsteht ein verlässliches, solidarisches Integrationssystem. Es stärkt Teilhabe und
2031 Zugehörigkeit.

2032 Kulturmetropole Berlin

2033 Kultur von Weltrang erhalten und für alle öffnen

- 2034 Berlin steht für Kunst, Kultur, Kreativität und Kulturinstitutionen von Weltrang. Sie prägen das
2035 Selbstverständnis unserer Stadt und wirken weit über Berlin hinaus. Die Kulturlandschaft verleiht
2036 Berlin internationale Strahlkraft – von der freien Szene über Festivals bis zu Museen, Theatern und
2037 Clubs.
- 2038 Die starken Kürzungen gefährden diese Strahlkraft. Verunsicherung, Planungschaos und
2039 Demotivation haben sich breit gemacht. Wir geben Kultureinrichtungen wieder klare Perspektiven
2040 und Sicherheit. Denn Kultur ist für uns ein wesentlicher Teil der Hauptstadt.
- 2041 Berlin sichert die kulturelle Infrastruktur in ihrer ganzen Breite: von Ateliers, Projekträumen und
2042 Werkstätten über Clubs, Spielstätten und Produktionsorte bis zu Bibliotheken, Musikschulen,
2043 kommunalen Galerien, Jugendkunstschulen und soziokulturellen Orten in allen Bezirken. Daneben
2044 setzen wir zur Stärkung der Berliner Kultur als zentralem Wirtschaftsfaktor für künstlerische
2045 Produktion, faire Arbeitsbedingungen und kulturelle Räume ein. Dies werden wir bei Groß-
2046 Ereignissen der Hauptstadt zukünftig im Konzept Kulturelle Infrastruktursichern und abbilden.
- 2047 Deshalb entwickeln wir den Hauptstadtfinanzierungsvertrag weiter und stärken die
2048 Mitverantwortung des Bundes für die Berliner Kultur. Damit sichern wir die kulturelle Infrastruktur
2049 unserer Stadt verlässlich, gerecht und zukunftsfest ab.
- 2050 Wir sind überzeugt: Kulturelle Vielfalt – von Hochkultur bis zur freien Szene – wird von
2051 Berliner*innen geschätzt. Damit alle teilhaben können, muss Kultur niedrigschwellig zugänglich sein.
2052 Kostengünstige oder kostenlose Angebote wie den Museumssonntag führen wir deshalb wieder ein.
2053 Wir fördern barrierefreie Kulturangebote.

2054 Vielfalt und faire Bedingungen in der Kultur

2055 Kulturelle Vielfalt entsteht durch das Miteinander professioneller Kunst, engagierter Amateure und
2056 einer aktiven freien Szene. Eine aktive Vernetzung dieser Akteure mit staatlichen Kultureinrichtungen
2057 fördern wir. Wir sichern kulturelle Strukturen mit verlässlichen Ressourcen für Produktion und
2058 Präsentation. Wir setzen uns für tarifliche Löhne, Mindesthonorare und angemessene
2059 Ausstattungsvergütungen sowie die realistische Berücksichtigung von Tarif- und Kostensteigerungen
2060 ein. Ateliers, Proberäume, Theater, Museen und andere Kulturorte stärken wir als zentrale Orte der
2061 Produktion und Präsentation. Zudem wollen wir Kultur verlässlich fördern. Dazu gehören
2062 mehrjährige Förderungen, frühzeitige Bewilligungen, transparente Verfahren sowie
2063 Förderstrukturen, die Qualität, Kontinuität und kulturelle Vielfalt ermöglichen, statt prekäre
2064 Bedingungen zu verstetigen. Wer Kulturmetropole sagt, muss auch gute Arbeit meinen. Deshalb
2065 setzen wir uns für faire Vergütung, verbindliche Honoraruntergrenzen und die realistische
2066 Berücksichtigung von Tarif- und Kostensteigerungen ein.

2067 Bezirkliche Kulturarbeit und Bibliotheken

2068 Bibliotheken sind Orte für Austausch, Bildung und kulturelle Integration – niedrigschwellig und offen
2069 für alle Berliner*innen. Wir stärken sie dauerhaft durch ein landesweites Bibliotheksgesetz mit
2070 gesicherter Finanzierung, Standards und öffentlichem Eigentum. Außerdem stellen wir sicher, dass
2071 Bibliotheken ihre wachsenden Aufgaben dauerhaft und dezentral erfüllen können, und bauen sie als
2072 Treffpunkte in den Kiezen aus. Die Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) wird nach ihrem Umzug an
2073 den Standort der Amerika-Gedenkbibliothek als Metropolenbibliothek neu eröffnet. Mehr als 30
2074 Jahre nach der Vereinigung beider Stadthälften muss die Spaltung der ZLB auf zwei Standorte
2075 dringend überwunden werden, damit die ZLB ihre Aufgabe als Zentralbibliothek endlich erfüllen
2076 kann.

2077 Kulturelle Bildung öffnet Zugänge, stärkt Persönlichkeitsentwicklung und gesellschaftliche Integration
2078 – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion. Programme für Kinder und Jugendliche sichern
2079 wir langfristig.

2080 Dabei stärken wir die bezirkliche Kulturarbeit, Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen,
2081 kommunale Galerien, Jugendkunstschulen und niedrigschwellige Kulturangebote in allen Kiezen.

2082 Auch Musikschulen, Jugendkunstschulen, kommunale Galerien oder Volkshochschulen sind für
2083 kulturelle Teilhabe unverzichtbar. Wir bauen sie aus und verstetigen sie – besonders in
2084 Außenbezirken und sozial benachteiligten Kiezen. Ein neues Kulturfördergesetz sowie ein
2085 Stadtentwicklungsplan Kultur sollen Kunst und Kultur als feste Bestandteile der Stadtplanung
2086 verankern. Neue lebendige Quartiere planen wir von Anfang an mit kultureller Infrastruktur – in allen
2087 Bezirken, nicht nur im Zentrum. Landeseigene Immobilien sollen stärker für kulturelle Nutzungen
2088 geöffnet und bei Stadtentwicklung und Neubau kulturelle Flächen verbindlich mitgedacht werden.
2089 Analog zum Sport sollen Räume kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Berliner Industriekultur
2090 bewahren wir als Zeugnis von Arbeit, Innovation und sozialer Geschichte und entwickeln sie als
2091 lebendige Orte der Bildung, Kultur und Stadtentwicklung weiter.

2092 Kunst im öffentlichen Raum

2093 Öffentliche Kunst prägt das Gesicht Berlins. Neben „Kunst am Bau“ fördern wir Urban Art und
2094 Graffiti-Kultur stärker. Hierzu führen wir Graffiti Wettbewerbe ein. So stärken wir die Attraktivität
2095 unseres Stadtbilds - auch für den Tourismus. Professionelle Vergabeverfahren sichern Qualität.

2096 Zugleich schaffen legale Flächen und eine „Hall of Fame“ neue Ausdrucksräume. So bleibt Kunst
2097 sichtbar, zugänglich und Teil des urbanen Alltags.

2098 Ostdeutsche Perspektiven

2099 Wir fördern Projekte, die ostdeutsche Erfahrungen, Kunst und Lebensgeschichten bewahren, sichtbar
2100 machen und weiterentwickeln. Den Campus für Demokratie auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-
2101 Zentrale bauen wir zu einem offenen Ort politischer Bildung, Forschung und Kultur aus. Eine neue
2102 Ausstellung zu Opposition und Widerstand in der DDR macht die Vielfalt demokratischer
2103 Bewegungen sichtbar und bezieht die Perspektiven derjenigen ein, die für Freiheit und Gerechtigkeit
2104 eingetreten sind. Die kritische Aufarbeitung des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur ist
2105 unverzichtbarer Bestandteil unserer demokratischen Kultur. Deshalb sichern und stärken wir die
2106 Berliner Gedenkstätten finanziell und personell und entwickeln ihre Vermittlungsarbeit mit
2107 zeitgemäßen Formaten und klarem Gegenwartsbezug weiter. Dazu gehört für uns auch eine
2108 Dauerausstellung zu politischer, insbesondere rechtsextremer, rassistischer Gewalt in (Ost-)Berlin
2109 und (Ost-)Deutschland.

2110 Koloniale Aufarbeitung

2111 Wir verankern das gesamtstädtische Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzept „Kolonialismus
2112 erinnern“ dauerhaft und setzen die Empfehlungen schrittweise um. Dafür schaffen wir einen
2113 zentralen Gedenk- und Lernort zur Kolonialvergangenheit. Gleichzeitig entwickeln wir dezentrale
2114 Erinnerungsorte weiter. Wir arbeiten koloniale Geschichte und ihre Folgen in enger Zusammenarbeit
2115 mit BIPOC-Communities, Nachfahr*innen kolonialisierter Gesellschaften und der Berliner
2116 Zivilgesellschaft auf. Dazu gehört auch die Umbenennung von Straßen, die auch in Berlin noch an
2117 Kolonialverbrecher erinnern. Ziel ist eine gerechte und global vernetzte Erinnerungspolitik.

2118 Digitale Kulturinfrastruktur

2119 Digitalisierung ist Chance und Zukunftsfaktor der Berliner Kultur. Der KI-Hub (#ai_berlin) dient künftig
2120 auch der Vernetzung von KI-Projekten aus Kultur, Wissenschaft und Kreativwirtschaft. Wir fördern
2121 nachhaltige IT-Strukturen, Green IT und Open-Source-Lösungen. Kulturinstitutionen – von großen
2122 Häusern bis zu kleinen Projekträumen – befähigen wir, Digitalisierungsprozesse erfolgreich
2123 umzusetzen und digitale Kompetenzen aufzubauen.

2124 Filmhauptstadt

2125 Wir setzen das Konzept für die Filmfreundliche Metropole Berlin weiter um. Als deutsche
2126 Filmhauptstadt ist Berlin Heimat von rund 80.000 Filmschaffenden. Eine moderne, verlässlich
2127 ausgestattete Filmförderung sichert Arbeitsplätze, stärkt Innovation in Produktion und
2128 Postproduktion und hält Kreativität sowie Investitionen langfristig in der Stadt. Dafür setzen wir uns
2129 auch im Bund ein.

2130 Den Hauptstadtkulturfonds erweitern wir um neue Schwerpunkte wie Demokratievermittlung,
2131 künstlerische Forschung und Weiterbildung in der freien Szene. Ein Vernetzungs- und Transferfonds
2132 Hauptstadt/EU stärkt die Zusammenarbeit zwischen Kultur, Wissenschaft und Bundesinstitutionen.

2133 Medienaufsicht, Medienvielfalt und Medienkompetenz

2134 Freie und vielfältige Medien sind Grundpfeiler der Demokratie. Die Berlin-Brandenburgische
2135 Landesmedienanstalt sichert staatsferne Aufsicht, Medienvielfalt und digitale Kompetenz – von

2136 sozialer Mediennutzung (→ siehe Kapitel [Digitale Bildung und Handynutzung](#)) bis zu KI-
2137 Anwendungen. Dafür braucht sie langfristig gesicherte Finanzierung. Ebenso wichtig bleibt die
2138 Förderung des Lokaljournalismus, damit Kieze eine informierte Öffentlichkeit behalten. Zudem
2139 bekennen wir uns zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seiner Finanzierung.

2140 **Zuhause in der Sportmetropole**

2141 Sport ist wichtig für Kinder und Jugendliche

2142 Sport und frühe Bewegungsangebote stärken die körperliche und kognitive Entwicklung. Deshalb
2143 sollen sie regulärer Bestandteil des Alltags in Kitas und Schulen sein. Wir binden Sportvereine und -
2144 verbände in Schul- und Kitaprogramme ein, damit Sport zu den Kindern kommt. Damit Eltern
2145 Angebote leichter finden, schaffen wir eine zentrale Plattform für Sport- und Freizeitangebote.

2146 Wir halten am Ziel fest, dass alle Kinder am Ende der Grundschule schwimmen können. Deshalb
2147 führen wir verpflichtenden Schwimmunterricht sowie Schwimm-Intensivkurse fort und bauen
2148 Schwimm-Intensivkurse aus.

2149 Zusammenhalt durch Sport

2150 Sport stärkt Zusammenhalt, Fairness und Regeln – er fördert Integration und wirkt Gewalt entgegen.
2151 Mit Partnern wie der Sportjugend stärken wir sportbezogene Jugendarbeit. Wir verbessern zudem
2152 die strukturellen Bedingungen für Menschen mit Behinderungen im Sport.

2153 Sportstätten stellen wir Vereinen weiterhin gebührenfrei zur Verfügung. Wir führen unbürokratische
2154 Instandhaltungsbudgets für Vereine ein. Diese können selbstbestimmt und ohne komplizierte
2155 Antragsverfahren genutzt werden.“ Individuellen Sport fördern wir mit inklusiven
2156 Bewegungsangeboten und mehr generationenübergreifenden Aktivplätzen in Parks, etwa für Boule,
2157 Calisthenics, Disc Golf, Fitnessparcours und Tischtennis. „Sport im Park“ entwickeln wir weiter.

2158 Wir fördern die sportliche Betätigung der Landesbeschäftigten in nicht-kommerziellen Sportvereinen.
2159 Bezirkliche Sportbünde unterstützen wir als Stimme des organisierten Sports in den Kiezen.
2160 Trainer*innen qualifizieren wir weiter und verbessern ihre Einkommenssituation.

2161 Investitionen in Vereine und Sportstätten

2162 Wir setzen Neubau, Sanierung, Barrierefreiheit und inklusive Sportstätten mit Nachdruck fort. Das
2163 Vereinsinvestitionsprogramm entbürokratisieren wir und stärken es finanziell.

2164 Bei der bezirklichen Sportinfrastruktur richten wir uns an der Sportentwicklungsplanung aus und
2165 entwickeln ein Typenbauprogramm für Sportfunktionsgebäude. Eine zentrale Planungs- und
2166 Baueinheit entlastet Bezirke und beschleunigt barrierefreien Bau und Sanierung.

2167 Wir setzen uns für den Neubau des Jahn-Sportparks als inklusiven Sportpark für alle ein. Gemeinsam
2168 mit dem Bund wollen wir das Sportforum zum nationalen Spitzensportzentrum gemeinsam
2169 entwickeln. . Das nationale Spitzensportzentrum an der Paul-Heyse-Straße entwickeln wir mit dem
2170 Bund weiter. Im Olympiapark setzen wir weitere Entwicklungsmaßnahmen um. In Tegel verbinden
2171 wir Angebote für organisierten und individuellen Sport durch neue Hallen und Sportplätze.
2172 Perspektiven für das Wassersportzentrum Grünau entwickeln wir, und den Betrieb des Strandbads
2173 Wannsee sichern wir.

- 2174 Wir investieren in landeseigene Schwimmbäder, bauen Typenschwimmbäder und sanieren
2175 Bestandsbäder klimagerecht. Vereins-, Kita- und Schulschwimmen bleiben gebührenfrei.
- 2176 Die Fördervereinbarung mit dem Landessportbund wollen wir nach 2029 fortführen; Bundes- und
2177 EU-Programme akquirieren wir stärker für Breiten- und Spitzensport.

2178 Die Sportmetropole weiterentwickeln

- 2179 Berlin hat sich mit vielen Bundesligateams und international beachteten Events als Sporthauptstadt
2180 etabliert. Sport ist Wirtschaftsfaktor und Motor für Tourismus, Einzelhandel und Gastronomie. Wir
2181 fördern professionellen Sport und unterstützen sportliche Aushängeschilder – zunehmend auch im
2182 Frauensport.

- 2183 Wir holen weiterhin Veranstaltungen von Weltrang nach Berlin, etwa Welt- und
2184 Europameisterschaften sowie Spiele der NBA oder NFL. Dafür richten wir eine zentrale Anlaufstelle
2185 für sportliche Großevents ein. Fanprojekte, Fankultur und sportlichen Tourismus fördern wir weiter.

2186 Wir wollen Olympische Spiele in Berlin

- 2187 Wir wollen Olympische und Paralympische Spiele nach Berlin holen. Sie sollen nachhaltig sein und
2188 der Stadt langfristig nutzen und sind eine Chance, in Infrastruktur, Sportentwicklung, Stadtplanung
2189 und Barrierefreiheit zu investieren.

- 2190 Wir bieten dem Deutschen Olympischen Sportbund und der Bundesregierung mit „Berlin+“ ein
2191 Konzept für Spiele ohne Gigantismus an, auf Basis bestehender Sportstätten und in einem breiten
2192 Bündnis mit anderen Bundesländern. Gerade im Jahr 2040 – 50 Jahre nach der Wiedervereinigung –
2193 kann das eine Chance sein, die Welt zu Gast bei Freunden zu haben (→ siehe Kapitel [EXPO 2035 und](#)
2194 [Olympische Spiele 2040 als Chance für Berlin](#)).

2195 Verantwortung, die uns alle trägt

2196 Berlin steht vor einer der größten Aufgaben seiner Geschichte. Klimaschutz entscheidet über
2197 unsere Zukunft – und wir handeln. Unser Ziel ist klar: Berlin wird bis spätestens 2045
2198 klimaneutral. Das gelingt nur, wenn wir bereit sind, unsere Stadt zu verändern. Raus aus Öl
2199 und Gas. Rein in Sonne, Wind und andere Erneuerbare. Für eine Stadt, die ihre Kinder
2200 schützt und Verantwortung für kommende Generationen übernimmt. Auch dafür stärken wir
2201 unsere Landesunternehmen und investieren so viel wie lange nicht – verantwortungsvoll,
2202 gezielt und mit klaren Prioritäten.

2203 Denn wir stehen für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik, die alle Spielräume nutzt. An
2204 der Seite derjenigen, die auf einen funktionierenden Staat und öffentliche Daseinsvorsorge
2205 angewiesen sind. Damit Investitionen wirken und unsere Stadt für alle funktioniert, machen
2206 wir unsere öffentliche Verwaltung leistungsfähiger. Zuständigkeiten werden klar, Verfahren
2207 schneller, Entscheidungen verbindlich. Regeln sind transparent und gelten für alle. Wir
2208 übernehmen Verantwortung, um Ergebnisse zu liefern. Zuhören, abwägen, entscheiden –
2209 und dann gemeinsam umsetzen. So entsteht mit uns ein Berlin, das nicht nur gut plant,
2210 sondern auch gut regiert wird. Eine Stadt, die nicht zaudert, sondern vorangeht.

2211 Verantwortung durch Klimaschutz und Energiewende

2212 Wir stehen zu den Klimaschutzzielen, kämpfen für Klimaneutralität vor dem Jahr 2045 und stehen zur
2213 Umsetzung des Berliner Energiewendegesetzes. Berlin hat dafür drei zentrale Hebel: Erstens stellen
2214 wir den fossil betriebenen Verkehr um. Zweitens ersetzen wir fossile Heizsysteme in Gebäuden.
2215 Drittens transformieren wir Strom- und Wärmekraftwerke.

2216 Für den Verkehr verfolgen wir bereits eine klare Strategie: Wir bauen den ÖPNV aus, stellen die
2217 Busflotte auf E-Busse um und erweitern die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität (→ siehe Kapitel
2218 [Ausbau der Ladeinfrastruktur](#)). Wir nehmen eine sozial gerechte Umsetzung als Teil unserer
2219 Verantwortung wahr. Haushalte mit niedrigem Einkommen sollen durch Klimaschutzmaßnahmen
2220 nicht zusätzlich belastet werden.

2221 Mit dem Klimapakt die Klimaschutzfinanzierung sichern

2222 Die landeseigenen Unternehmen spielen auf dem Weg zur Klimaneutralität eine Schlüsselrolle. Sie
2223 haben eine Vorbildfunktion und prägen die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Durch die
2224 Rückkäufe von Wasser-, Strom- und Fernwärmenetzen in den vergangenen Jahren kann Berlin heute
2225 direkt auf ihre Dekarbonisierung einwirken.

2226 Der Klimapakt mit den Landesunternehmen und seine konsequente Umsetzung sichern die
2227 finanzielle Basis der Landesunternehmen für den Klimaschutz.

2228 Energieeinsparung und Umstellung der Wärmeerzeugung in Gebäuden

2229 Über die Wärmeplanung treiben wir den Ausbau der Fernwärme durch den landeseigenen Anbieter
2230 Berliner Energie und Wärme (BEW) voran. Gleichzeitig eröffnen wir Raum für andere Anbieter sowie
2231 für neue dezentrale und genossenschaftliche Wärmenetze. Dafür stellen wir Förderdarlehen bereit
2232 und fordern Kofinanzierungen durch Bundesprogramme.

2233 Zusätzlich richten wir eine zentrale Anfragestelle zur Wärmewende ein und ermöglichen die
2234 Überprüfung von Wärmeabrechnungen.

2235 Für Gebäude ohne Fernwärmeperspektive setzen wir auf quartiers- und kiezbezogene Lösungen, die
2236 durch Bündelungseffekte leistungsfähiger und effizienter sind als Einzelmaßnahmen. Wir
2237 unterstützen diese durch aufsuchende Beratung und aktives Verwaltungshandeln. So fördern wir
2238 etwa die Mehrfachnutzung von Quartiersflächen, die gezielte Integration von Wärmepumpen in
2239 Kombination mit Speichertechnologie sowie den systematischen Einsatz oberflächennaher
2240 Geothermie und Wärmepumpen.

2241 Umstellung der Fernwärme sozial gerecht gestalten

2242 Die BEW verfolgt bereits eine Strategie zur Umstellung ihres Kraftwerksparks auf erneuerbare
2243 Energien. Wir führen sie fort und sorgen zugleich für eine verbraucher*innenfreundliche
2244 Wärmewende mit transparenter Preispolitik. Einfallstore für überhöhte Nebenkosten schließen wir.

2245 Quartiersenergie- und Wärmeberater*innen schaffen neue Anlaufstellen vor Ort. Wir bündeln ihre
2246 Arbeit in einer Berliner Energie- und Wärmeberatung, die bei Fragen zu Preisen, Nebenkosten,
2247 Heizungswechsel und energetischer Modernisierung kostenfrei und niedrigschwellig unterstützt.

2248 Vom Gas- zum Wasserstoffnetz

2249 Das Berliner Gasnetz braucht klare regulatorische Unterstützung für den Aufbau eines Wasserstoff-
2250 Kernnetzes mit Fokus auf Großverbraucher, zu denen auch quartiersbezogene Kraftwerke zählen
2251 können. Wasserstoff in einzelnen Wohnungen wird technisch nur begrenzt möglich sein, da
2252 klimaneutrales Gas insgesamt deutlich weniger zur Verfügung stehen wird.

2253 Deshalb unterstützen wir die Umstellung von Gasetagenheizungen auf fossilfreie Wärme durch
2254 finanzielle Förderung und Beratungsprogramme.

2255 Energetische Gebäudesanierung

2256 Seit den 1990er-Jahren investieren wir in Wohngebäude nur etwa halb so schnell, wie es für die
2257 Klimaziele nötig wäre. Wir setzen die Mittel des Landes und seiner Unternehmen deshalb gezielt dort
2258 ein, wo keine CO₂-Vermeidung über grüne Wärmesysteme wie Fernwärme möglich ist.

2259 Neue EU-Vorgaben verlangen, den Energieverbrauch öffentlicher Gebäude jährlich um 1,9 Prozent zu
2260 senken. Mit der zentralen Immobilienverwaltung BIM ist Berlin dafür gut aufgestellt. Über große
2261 Contracting-Modelle, etwa mit den Stadtwerken, finanzieren wir die nötigen Effizienzinvestitionen.
2262 Auch Großverbraucher wie Bäderbetriebe, Bezirke, Hochschulen und Krankenhäuser binden wir ein.
2263 Öffentliche Gebäude Berlin wollen wir gezielt mit Technik ausstatten, die Energie gespart und zügig
2264 eingebaut werden kann. Dies gilt insbesondere auch für unsere Wohnungsbaugesellschaften, um
2265 Heizkosten zu sparen.

2266 Solarausbau beschleunigen

2267 Berlin ist bundesweit Spitze beim Solarausbau in Relation zur Landesfläche. Bis zum Jahr 2035 wollen
2268 wir 25 Prozent des in Berlin erzeugten Stroms aus Sonnenlicht gewinnen. Um dieses Ziel zu
2269 erreichen, setzen wir auf den Masterplan SolarCity und fördern den Ausbau von Photovoltaik und
2270 netzdienlichen Stromspeichern, u.a. durch das Programm SolarPlus. Großes Potenzial sehen wir vor
2271 allem auf den Dächern von Berliner Unternehmen. Wir unterstützen durch bedarfsabhängige

2272 finanzielle Förderung und Beratungsangebote sie dabei, große Anlagen mit viel Leistung auf die
2273 Dächer zu bringen.

2274 Ein integrierter Netzbetrieb für Wärme, Strom und Gas

2275 Wir treiben die integrierte Entwicklung der Netze weiter voran. Nach der Übernahme von Stromnetz
2276 und Fernwärme streben wir langfristig auch einen Rückkauf der GASAG als Ganzes an. Im Mittelpunkt
2277 stehen dabei die Transformation zur Klimaneutralität und der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft.

2278 Beim Ausbau des Stromnetzes berücksichtigen wir besonders die künftigen Bedarfe der
2279 Wärmeversorgung großer Verbraucher. Dezentrale Lösungen stärken wir zusätzlich durch
2280 bidirektionales Laden als Teil einer Gesamtstrategie. Den Ausbau des Mittelspannungsnetzes gehen
2281 wir forciert an.

2282 Die Verwaltungsreform verlangt klare Zuständigkeiten auf Senatsebene. Das gilt besonders für die
2283 Energie- und Wärmewende. Eine zentrale Koordinierungsstelle soll Planung bündeln, Konflikte lösen,
2284 Zeit sparen und Transparenz schaffen.

2285 Integration von Speichertechnologien für eine bezahlbare und soziale 2286 Energiewende

2287 Speicher ermöglichen es, die Versorgungssicherheit der Stadt Berlin langfristig zu erhöhen sowie die
2288 Kosten für Verbraucher*innen zu senken. Berlin soll daher die Nutzung von Speichertechnologien für
2289 Strom und Wärme konsequent in die Planung und Umsetzung der Energiewende miteinbeziehen.

2290 Wir setzen uns dafür ein, dass sie perspektivisch sowohl bei Quartierslösungen und dezentralen
2291 Wärmenetzen, als auch bei der Integration von Photovoltaik und Wasserstofftechnologien
2292 berücksichtigt werden, um die Berliner Klimaziele effizient, sozial gerecht und planbar zu erreichen.

2293 Energie aus Abfall und Abwasser nutzen

2294 Die BSR soll eine stärkere Rolle für ein klimaneutrales Berlin übernehmen. Abfälle und
2295 Ersatzbrennstoffe recyceln wir oder verwerten sie in Berlin schadstoffarm und nutzen die Abwärme
2296 für Strom und Fernwärme. Auch die Berliner Wasserbetriebe binden wir stärker ein, damit sie
2297 Abwärme aus Abwasser für die Fernwärme nutzbar machen.

2298 Eine starke Verwaltung – bürgernah, sozial und demokratisch

2299 Eine handlungsfähige Verwaltung für einen handlungsfähigen Staat

2300 Wir wollen eine Verwaltung, die funktioniert. Eine moderne öffentliche Infrastruktur bildet die
2301 Grundlage für soziale Sicherheit und Zusammenhalt. Dafür brauchen wir Verwaltungen, die politische
2302 Vorgaben zügig umsetzen und Regeln konsequent durchsetzen. Dazu zählt für uns auch der
2303 unterstützende Einsatz von KI, wie bei der Bearbeitung von Anträgen. Unser Ziel ist ein
2304 handlungsfähiger Staat: gerecht, sozial, zugänglich, effektiv und auf der Höhe der Zeit.

2305 Verwaltungsreform umsetzen

2306 Ob Personalausweis, Pflegehilfe, Kita-Gutschein, Schwerbehindertenausweis oder Baugenehmigung:
2307 Wer sich an die Verwaltung wendet, soll gute und barrierefreie Beratung sowie schnelle und
2308 nachvollziehbare Bescheide erhalten. Deshalb treiben wir die Verwaltungsreform konsequent voran

2309 – mit klaren Zuständigkeiten, zentraler Steuerung und starken Bezirken. Wir sehen in der
2310 Verwaltungsreform eine Chance die digitale Transformation entscheidend voranzubringen. Wir
2311 setzen sie digital so um, dass Verwaltungsprozesse bürgerzentriert und einfach in der Handhabung
2312 sind.

2313 Ein neues Gesetz liegt vor, doch die Umsetzung und die Betrachtung weiterer wichtiger Bereiche wie
2314 Verwaltungsdigitalisierung, Personal, Finanzen und Verwaltungskultur fehlt bislang. Sie muss jetzt
2315 Priorität haben und professionell und zentral gesteuert werden. Die Senatsverwaltungen werden
2316 dabei ihrer gesamtstädtischen Verantwortung und Steuerung der jeweiligen Fachpolitik gerecht. Die
2317 Bezirke übernehmen bürgernah ihre operativen Aufgaben. Die Sicherung von Rechtsstaat und
2318 Demokratie kann weitere Reformen der Verwaltungsstrukturen erforderlich machen.

2319 Verlässliche Finanzierung der Bezirke

2320 Eine funktionierende Stadt braucht starke Bezirke. Jugend- und Sozialämter, saubere Straßen,
2321 Schulen und soziale Einrichtungen sichern den Alltag in den Kiezen. Wir stehen für eine verlässliche
2322 Finanzierung dieser Aufgaben.

2323 Dafür reformieren wir das Finanzierungsmodell der Bezirke, setzen das Konnexitätsprinzip
2324 konsequent um und streben ein Budgetierungssystem an, das einer wachsenden Stadt gerecht wird.
2325 So sichern wir Berlins Handlungsfähigkeit auch in schwierigen Zeiten.

2326 Attraktive Arbeit im öffentlichen Dienst

2327 Eine starke Verwaltung braucht engagierte Beschäftigte. Wer gute Leute gewinnen und halten will,
2328 muss faire Bedingungen bieten. Gleiche Arbeit muss gleich bezahlt werden – unabhängig davon, ob
2329 sie im Bezirk oder auf Landesebene geleistet wird.

2330 Wir sorgen für transparente, diskriminierungsfreie Einstellungsverfahren und moderne
2331 Arbeitsbedingungen. Zur Förderung beruflicher Wechsel stellen wir – wie andere Länder und der
2332 Bund – bei freiwilligem Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis sicher, dass erworbene
2333 Versorgungsansprüche erhalten bleiben wie Betriebsrenten (sogenanntes Altersgeld). Homeoffice,
2334 Jobsharing in Führungspositionen, flexible Zeiten und bessere Aufstiegschancen setzen wir um. Die
2335 Verwaltungsakademie entwickeln wir weiter, die Führungsakademie bauen wir aus. Neue Formen
2336 der agilen, projektbezogenen Zusammenarbeit und des Führens sollen etabliert werden. Wir setzen
2337 uns für die Bündelung von Personalaufgaben ein. Durch die Etablierung einheitlicher Standards,
2338 bspw. bei der Personalentwicklung, erhöhen wir die Qualität. Um den Anteil von Frauen in
2339 Verwaltungsführungspositionen zu erhöhen, fördern wir Mitarbeiterinnen gezielt.

2340 Wohnraumangel erschwert die Personalgewinnung. Deshalb treiben wir den Bau von
2341 Beschäftigtenwohnungen voran und unterstützen auch Unternehmen beim Aufbau von Werks- und
2342 Azubiwohnungen.

2343 Digitale Verwaltungsleistungen – für alle zugänglich

2344 Digitalisierung betrachten wir als Werkzeug für mehr Teilhabe. Entsprechende Angebote müssen
2345 deshalb einfach und intuitiv funktionieren. Eine moderne Berlin-App nach Wiener Vorbild sowie
2346 Digitallotsen sollen dabei unterstützen. Dabei sorgen wir im Sinne von Good Governance auch für
2347 Bürgerbeteiligung. Über ein neues Portal "Berlin besser machen" soll künftig die Bevölkerung
2348 Verbesserungsvorschläge einreichen können; überall dort, wo Prozesse besser gemacht werden
2349 sollen. Die Verwaltung prüft sie und führt sie nach Möglichkeit zum Erfolg.

- 2350 Neben digitalen Services bleibt persönliche Beratung und Hilfe bei der Antragsstellung möglich.
2351 Mobile Angebote in den Kiezen bauen wir aus, um Bürger*innen zu entlasten.
- 2352 Digitale Teilhabe darf kein Privileg sein. Wir bieten Unterstützung bei der Nutzung von digitalen
2353 Services durch Verwaltungslotsen, Chatbots und andere niedrighschwellige Angebote. Menschen, die
2354 sich bei der Nutzung von digitalen Services schwertun, unterstützen wir unter anderem mit
2355 Digitalkursen in Bibliotheken und Volkshochschulen. Digitale Beteiligungsformate machen wir zentral
2356 und niedrighschwellig verfügbar.
- 2357 Statt "auf Antrag" zu arbeiten, soll die Verwaltung eine proaktive Partnerin für die Bürgerinnen und
2358 Bürger Berlins werden. Eine solche Verwaltung denkt mit, beispielsweise wenn die Gültigkeit von
2359 Personaldokumenten abläuft, Kinder geboren werden oder Förderansprüche bestehen, und handelt
2360 von selbst. Daten sollen nur einmal erfasst und bedarfsgerecht weitergegeben werden – nach dem
2361 Once-Only-Prinzip. Zu wichtigen Verwaltungsentscheidungen führen wir
2362 Bürgerbeteiligungsverfahren, öffentliche Anhörungen oder Konsultationen durch, um die
2363 demokratische Teilhabe zu stärken. Bürgerinnen wollen wir ermöglichen, sich aktiv in Planungs- und
2364 Entscheidungsprozesse einzubringen.

2365 Zentrale Digitalisierungskompetenz

- 2366 Wir machen Berlins Verwaltung zum digitalen Vorreiter. Dafür erweitern wir den zentralen
2367 Digitalhaushalt auf alle IT-Ausgaben des Landes und der Bezirke und stärken. Die Fachverwaltungen
2368 begleiten wir eng bei der Umsetzung von Digitalvorhaben und unterstützen sie personell. Wir bauen
2369 das Datenmanagement aus und etablieren eine wirkungsorientierte Steuerung. Ein „Digitaler
2370 Zwilling“ Berlins soll Stadtentwicklung, Umwelt- und Verkehrsplanung mit Simulationen
2371 unterstützen.
- 2372 Künstliche Intelligenz bietet große Potenziale, um die Beschäftigten der Berliner Verwaltung zu
2373 entlasten und die Service-Qualität für Bürger*innen spürbar zu erhöhen. Wir wollen diese
2374 Technologie verantwortungsbewusst nutzen, indem wir ihre Chancen für eine moderne Verwaltung
2375 ergreifen und gleichzeitig mögliche Risiken durch klare Leitplanken minimieren.
- 2376 Open-Source-Software und offene Standards treiben wir voran und stärken damit unsere digitale
2377 Souveränität. Wo sinnvoll, nutzen wir Lösungen anderer Bundesländer und stärken so das EFA-
2378 Prinzip. Wir setzen auf europäische Bezahlendienste bei der Bezahloption für Onlinedienste der Berliner
2379 Verwaltung. Mehr Zentralisierung auf Bundesebene stehen wir offen gegenüber, um Effizienz zu
2380 gewinnen.
- 2381 Die Berliner Verwaltung braucht einen leistungsfähigen, kundenorientierten, öffentlichen IT-
2382 Dienstleister, der modernste Technologie für alle Behörden bereitstellt und nutzbar macht. Er sorgt
2383 für Datensicherheit und Schutz vor Cyberangriffen. Zugleich verbinden wir Digitalisierung und
2384 Ökologie, planen nachhaltige Rechenzentren und speisen ihre Abwärme in das Fernwärmenetz ein.

2385 Für Transparenz und Datenschutz

- 2386 Demokratie lebt von Vertrauen. Deshalb gilt für Daten das Prinzip „Open by default“. Alle nicht-
2387 sensiblen Verwaltungsdaten sollen grundsätzlich öffentlich sein. Daten zur kritischen Infrastruktur
2388 bedürfen eines besonderen Schutzes. Wir streben ein umfassendes Transparenzgesetz und ein
2389 zentrales Transparenzportal an. In einem übersichtlichen Dashboard sollen Daten in Echtzeit
2390 abrufbar sein. Gleichzeitig schützen wir personenbezogene Informationen konsequent und
2391 europarechtskonform. Datenschutz bleibt ein Grundrecht – kein bürokratisches Hindernis.

2392 Verantwortungsvolle Haushaltspolitik

2393 Unsere Haushalts- und Finanzpolitik verbindet soziale Sicherheit, öffentliche Daseinsvorsorge und
2394 Zukunftsinvestitionen. Wir halten die Balance zwischen Investitionen in den Zusammenhalt der Stadt
2395 und verantwortungsvoller Prioritätensetzung.

2396 Mit einer wachstumsorientierten Wirtschafts- und Innovationspolitik stärken wir Berlins
2397 Wirtschaftskraft, schaffen Arbeitsplätze und verbreitern die Einnahmehasis. Dafür helfen massive
2398 Investitionen aus dem Sondervermögen in den nächsten Jahren (→ siehe Kapitel [Investitionen in eine](#)
2399 [funktionierende Stadt](#)), die das Wachstum unterstützen.

2400 Unser Ziel ist eine Zuwendungspraxis, die Planungssicherheit schafft und Verfahren vereinfacht sowie
2401 Ressourcen dort einsetzt, wo sie gebraucht werden: bei den Menschen und in den sozialen
2402 Infrastrukturen unserer Stadt.

2403 Einnahmen erhöhen

2404 Für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik muss das Land seine Möglichkeiten nutzen, um seine
2405 Einnahmen zu verbessern. Wir heben die Grunderwerbsteuer um 0,5 Prozentpunkte an. Große
2406 Unternehmen sollen künftig mehr zahlen, Ausnahmen soll es für Selbstnutzer*innen geben. Der
2407 Steuersatz auf den Erwerb von selbstgenutztem Eigentum soll dann abgesenkt werden, wenn zuvor
2408 die durch Unternehmen zur Vermeidung der Grunderwerbsteuerpflicht verwendeten „Share Deals“
2409 auf Bundesebene unterbunden werden. Zudem führen wir eine Verpackungssteuer ein (→ siehe
2410 Kapitel [Müll vermeiden und recyceln](#)) und passen Bußgelder sowie Parkgebühren an aktuelle
2411 Preisentwicklungen an (→ siehe Kapitel [Parkplätze](#)).

2412 Wir bekämpfen Schwarzarbeit sowie Steuervermeidung und -hinterziehung, indem wir
2413 Steuerfahndung und Betriebsprüfung gezielt stärken. Zugleich verbessern wir den Einzug von
2414 Unterhaltsvorschüssen, Bußgeldern und Gebühren. Dafür investieren wir in eine leistungsfähige
2415 personelle und technische Ausstattung der Bezirke.

2416 Auf Bundesebene kämpfen wir für eine gerechtere Verteilung von Vermögen. Deshalb unterstützen
2417 wir eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die große Vermögen stärker heranzieht,
2418 sowie die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer. Zudem setzen wir uns beim Bund für ein Verbot
2419 von Share-Deals ein.

2420 Ausgaben gezielt steuern

2421 Die ersten Schritte zur Haushaltskonsolidierung der letzten drei Jahre waren für viele Menschen in
2422 der Stadt mit schmerzhaften Einschnitten und Unsicherheit verbunden. Wir haben uns dafür
2423 eingesetzt, nur behutsam Ausgaben zu reduzieren, Spielräume für Ausgaben zu erschließen und die
2424 bestehenden Möglichkeiten zur Kreditaufnahme des Landeshaushalts im vertretbaren Umfang
2425 auszunutzen. Das setzen wir auch in Zukunft fort.

2426 Investitionen in die Zukunft der Stadt wollen wir insgesamt auf einem hohen Niveau fortsetzen und
2427 gleichzeitig das bestehende strukturelle Defizit deutlich verringern. Wir nutzen die Spielräume der
2428 Schuldenbremse aus und fordern vom Bund ihre Abschaffung.

2429 Durch Entbürokratisierung, Verwaltungsvereinfachung und beschleunigte Verfahren machen wir die
2430 Verwaltung effizienter und bürgernäher. Konsequente Digitalisierung sowie der verantwortungsvolle
2431 Einsatz Künstlicher Intelligenz helfen, Prozesse zu vereinfachen, Bearbeitungszeiten zu verkürzen und

2432 Beschäftigte zu entlasten. So gewinnen wir Zeit, Geld und Fachkräfte für das, was wirklich zählt: gute
2433 öffentliche Leistungen und Investitionen in die Zukunft. (→ siehe Kapitel [Digitale Verwaltung](#)).

2434 Daseinsvorsorge durch öffentliche Unternehmen

2435 Wasser, Stromnetz und Fernwärme befinden sich dank unseres Einsatzes wieder in Landeshand –
2436 und das soll so bleiben. Deshalb verankern wir eine Privatisierungsbremse in der Verfassung.

2437 Unsere Landesunternehmen führen wir wirtschaftlich stark, richten sie am Gemeinwohl aus und
2438 sorgen dafür, dass sie ausreichend Eigenkapital für große Investitionen haben (→ siehe Kapitel [Mit
2439 dem Klimapakt die Klimaschutzfinanzierung sichern](#)). Mittelverstärkungen knüpfen wir an klare,
2440 ergebnisorientierte und messbare Vorgaben. Zugleich machen wir sie zu Vorbildern für gute Arbeit
2441 (→ siehe Kapitel [Landesunternehmen gehen mit gutem Vorbild voran](#)).

2442 Verantwortung des Bundes und der EU für Länder und Kommunen

2443 Viele Ausgaben Berlins sind in den letzten Jahren vor allem durch Bundesgesetze gestiegen. Der Bund
2444 verpflichtet die Länder zu Leistungen, bezahlt aber nicht. Gemeinsam mit anderen Ländern setzen
2445 wir uns dafür ein, dass der Bund seine finanzielle Verantwortung umfassender wahrnimmt. Das
2446 Konnexitätsprinzip muss gelten: Wer Aufgaben bestellt, finanziert sie vollständig.

2447 Wir wenden uns entschieden gegen die Pläne der EU-Kommission, die europäische Förderarchitektur
2448 zu zentralisieren, und setzen uns dafür ein, dass die starke regionale Ausrichtung der Strukturfonds
2449 auch in Zukunft erhalten bleibt. Das Land Berlin und die Berliner Bezirke kennen die
2450 Herausforderungen und Bedürfnisse vor Ort am besten! Auch brauchen wir weiterhin einen
2451 eigenständigen Europäischen Sozialfonds mit fest reservierten Mitteln für soziale Projekte.

2452 Die Hauptstadt Berlin weiter stärken

2453 Berlin erfüllt als Hauptstadt besondere Aufgaben, trägt internationale Verantwortung und ist auch
2454 besonderen Gefährdungen ausgesetzt. Der Bund muss diese Rolle weiter angemessen
2455 mitfinanzieren. Wir setzen uns beim Bund für eine Überarbeitung des
2456 Hauptstadtfinanzierungsvertrags ein, der die hauptstadtbedingten Belastungen Berlins, insbesondere
2457 bei Kultur, Infrastruktur und Sicherheit, vollständig und dynamisch ausgleicht. Wir begrüßen es
2458 darüber hinaus, wenn der Bund seine Präsenz in Berlin weiter stärkt und schrittweise auch weitere
2459 Personalstellen in den Geschäftsbereichen der Bundesministerien in die Hauptstadt verlegt.